Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

September 75/3.Jhg.Nr.9 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: S.3.-

Vorschläge zu den Kollektivvertrags-Runden

Ende dieses Jahres laufen die derzeit gültigen Kollektivverträge für die Metall- und Bergarbeiter, für die Industrieangestellten und eine Reihe anderer Gruppen von Lohnabhängigen ab. Diese Kollektivverträge sind meist für 14 Monate in Kraft. In ca. 2 Monaten sollten die Verhandlungen über die neuen beginnen. Von Unternehmerseite wird aber bereits verlangt, neue Abschlüsse um 3 - 6 Monate hinauszuschieben.
Damit wollen sie einerseits Kosten für Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen sparen, andererseits die sich ständig verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt ausnützen, um noch stäker die auf die Forderungen der Arbeiterschaft drücken zu können.
Für die Lohnabhängigen ist eine Verschiebung aber untragbar! Es wäre an der Zeit, daß sich die Gewerkschaftsführungen unmißverständlich dazu äußern.

Die Entwicklung seit den letzten KV-Abschlüssen

In den Monaten seit den letzten KV-Abschlüssen ist der Preisanstieg unvermindert weitergegangen, die Inflation bewegt sich weiterhin zwischen 8 und 9%.
Der letzte KV-Abschluß der Metallarbeiter z.B. (ab 1.11.74) hat eine Brutto-Erhöhung der Ist-Löhne um 12,5% gebracht, dem waren Preissteigerungen bis zu 10% vorangegangen.
Wenn man auch die Lohnerhöhung auf 12 Monate umrechnet, standen 10% Preissteigerungen gegen 10,7% des Bruttolohns: Netto gerechnet also bereits sinkender Reallohn trotz Lohnerhöhung.
Dadurch, daß der laufende KV wieder für 14 Monate gilt, wird der Nachholbedarf der Metallarbeiter bei den laufenden Preissteigerungen usw. so groß, daß es schwierig wird, Lohnerhöhungen in diesem Ausmaß durchzusetzen.
In den anderen Branchen schaut es nicht anders und vor allem nicht besser aus.
Das Entscheidende, was sich seit dem letzten KV-Abschluß verändert hat, sind aber folgende Sachen:

In vielen Betrieben hat es bereits Kündigungen, teilweise Massenentlassungen (Puch, Schrack) gegeben. Einige haben überhaupt zugesperrt (Schmid/Wilhelmsburg, Junior/Köflach). In einer Reihe von Betrieben wurden die Belegschaften zu Kurzarbeit oder Zwangsurlaub (Kapsch, Philips-Hornyphon, zahlreiche Textilbetriebe, usw.) gezwungen.
Dadurch ist es den Kapitalisten bereits in vielen Fällen gelungen, die Lasten der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern und Angestellten aufzubürden:
Die Lohnabhängigen haben dafür nicht nur mit Arbeitsplatzverlust oder Lohnverlusten bezahlt, sondern auch mit verschärftem Arbeitsdruck für die verbleibenden Kollegen bzw. für viele Kollegen nach den Kurzarbeitsperioden und Zwangsurlauben.
Aber auch in solchen Betrieben, die noch nicht mit Auftragsmangel konfrontiert sind, haben die Beschäftigten den verschärften Konkurrenzkampf der Kapitalisten auszubaden: indem versucht wird, ihnen schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen (wie die Einführung der Schichtarbeit bei Waagner-

Fortsetzung Seite 9

Portugal



Unter der Losung: "Sie werden uns nicht einschiffen" demonstrierten am 1. September Tausende Soldaten gegen die geplante Entsendung von Truppen nach Angola. Auch Angehörige dort stationierter Soldaten forderten ihren sofortigen Abzug.

BERICHTERSTATTUNG ZU PORTUGAL SIEHE SEITE 22-23

Todesstrafe für 2 spanische Antifaschisten

Das Terror-Regime Francos ist so angeschlagen, daß ihm nur mehr die Hoffnung bleibt, durch verschärfte Unterdrückung und blutige Einschüchterung seinen unvermeidlichen Sturz hinauszuschieben.
Freitag letzter Woche wurden 2 Basken nach rund fünfstündiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Der 33-jährige Mechaniker Angel OTAEGUI und der 23-jährige Student José Antonio GARMENDIA waren angeklagt, einen Obergefreiten der Guardia Civil und bekannten Folterknecht ermordet zu haben. Die Beweise des Staatsanwalts waren ein mit seinem Fingerabdruck unterzeichnetes "Geständnis" Garmendias und eine schriftliche Zeugenaussage. Den Wert des Geständnisses kann man daran messen, daß Garmendia nach einem Kopfschuß bei seiner Verhaftung und einer darauffolgenden vierwöchigen Einzelhaft ohne jede Kommunikationsmöglichkeit unter "absoluter Geistesschwäche" leidet, wie wissenschaftliche Gutachten bestätigten.
Um jeden Preis will Franco "hart durchgreifen", um sich wieder Respekt zu verschaffen und festen Boden unter den Füssen zu bekommen. Ließ das Regime Ende Juli noch den Ausnahmezustand im Baskenland auslaufen, weil er angeblich seinen Zweck erfüllt hatte - und der war, die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes um wirtschaftliche Forderungen und politische Freiheiten abzuwürgen - so waren die Faschisten kurz darauf gezwungen, ein neues "Terroristengesetz" zu verabschieden, das praktisch den Ausnahmezustand über ganz Spanien verhängt:

Fortsetzung Seite 25

Erklärung zu den Nationalratswahlen

Die Wahlen im Oktober finden in einer Situation statt, in der sich die Krise der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab und auch in Österreich verstärkt und alle grundlegenden Widersprüche sich verschärfen. Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion verstärken ihre Rivalität und bereiten hinter dem Rauchvorhang von Entspannung eine fieberhafte Aufrüstung. Den Ausweg aus ihren Schwierigkeiten werden sie unvermeidlich im Krieg suchen, wenn ihnen nicht die Völker in den Arm fallen und die Revolution in einigen wichtigen Ländern siegt.

Die Kapitalisten in Österreich suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen. Gleichzeitig vertieft sich die Finanzkrise des bürgerlichen Staates und es verstärkt sich die Ausplünderung des Volkes durch den Staat.
Für die Arbeiterklasse zeigt das den absoluten Gegensatz ihrer Interessen gegenüber den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat. Die Arbeiterklasse kann kein Interesse an der Erhaltung dieses Systems haben. Sie muß den

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Erklärung zu den Nationalratswahlen

Klassenkampf führen, um sich vor den Folgen der Krise zu schützen, ihre Kampfkraft und die Einheit ihrer Reihen zu erhalten und zu stärken. Das braucht sie, um den Kampf für den Sturz der bestehenden Ordnung und um den Sieg des Sozialismus führen zu können.

Der Klassenkampf in Österreich wird sich in den nächsten Jahren unvermeidlich verschärfen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob es der Arbeiterklasse gelingt, der Bourgeoisie entgegenzutreten und vorwärts zu marschieren in Richtung sozialistischer Revolution.

Ob ihr das gelingt, entscheidet sich im Klassenkampf, nicht bei den Wahlen zum Parlament. Die ÖVP spricht von "Schicksalswahlen", die SPÖ erklärt, daß "vier weitere gute Jahre" durch ihren Wahlsieg zu erreichen wären, und auch die FPÖ und die KPÖ betonen, wie wichtig ein Wahlerfolg ihrer Partei sei. Aber "Schicksalswahlen" sind die Wahlen nur für die bestehenden Parteien, nicht für die Arbeiterklasse. Wenn die Arbeiterklasse ihre Sache selbst in die Hand nehmen will, dann kann sie das nicht mittels des Stimmzettels oder des Parlaments. Im Gegenteil muß sie sich von allen Illusionen freimachen, mittels des Parlaments ihre Interessen zur Geltung bringen zu können. Das Parlament ist nur eine "demokratische" Fassade vor der Diktatur der Bourgeoisie. Die Konkurrenz und das Gezänk der bestehenden Parteien im Parlament sollen verschleiern, daß die wirklichen Entscheidungen außerhalb dieser Einrichtung zum Betrug der Volksmassen fallen, daß es unter den Parteien der Bourgeoisie doch nur um die gutbezahlte Teilnahme an der Verwaltung des Staatsapparates geht, mit dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeuterordnung aufrechterhalten werden sollen. Die bestehenden Parteien darf die Arbeiterklasse nicht daran messen, was sie über sich selber sagen. Sie muß sie an ihrer tatsächlichen Haltung zu den brennenden Fragen der Arbeiter- und Volksmassen messen. Weil sie alle die Sanierung und Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im Sinn haben und dies nur auf dem Rücken der Arbeiter- und Volksmassen zu erreichen ist, ist keine dieser Parteien ein kleineres Übel für die Arbeiter. Das Interesse der Arbeiterklasse besteht nicht darin, sich zwischen verschiedenen Übeln zu entscheiden, sondern daß im Kampf eine neue, eng mit den Massen verbundene, wirklich kommunistische Partei aufgebaut wird, die ihre Kämpfe zusammenfassen und führen kann.

Bei diesen Wahlen gibt es für die Arbeiterklasse und das Volk nichts zu wählen. Trotzdem können sie den Wahlen nicht interesselos gegenüberstehen. Jede Stimme, die für eine der bestehenden Parteien abgegeben wird, wird von der herrschenden Klasse genutzt werden, um vier weitere Jahre "im Namen des Volkes" gegen das Volk zu regieren. Deshalb ist es wichtig, ihren Parteien auch bei den Wahlen entgegenzutreten. Heute haben sich die marxistisch-leninistischen Kräfte noch nicht so viel politisches Vertrauen unter den Arbeitern und dem Volk erworben, um auch die Wahlen durch eine selbständige Kandidatur zu einer Kampfansage gegen das Ausbeutersystem zu machen. Sie sind noch zu schwach verankert, um den Massen in der Praxis bewiesen zu haben, daß für die Kommunisten das Parlament nur dafür von Interesse ist, auch die Tribüne des Parlaments zu nutzen zur Anprangerung der herrschenden Klasse und zur Entlarvung der "parlamentarischen Demokratie".

Trotzdem rufen wir alle auf, auch bei diesen Wahlen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, den Klassenkampf zu führen bis zum Sturz des bürgerlichen Staates, zur Auseinanderjagung des Parlaments und zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Wir schlagen vor, den Stimmzettel ungültig zu machen durch die Aufschrift: VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION !

Linz, 17.8.1975

Beschlossen von

KB Graz, KB Linz, KB Tirol, KB Wien und KG Klagenfurt

Auseinandersetzung um die Konzentrationsregierung

Die Arbeiterklasse hat esse an Regierungsko

Die zukünftige Form der nächsten Regierung war in den letzten Wochen Gegenstand der heftigsten Auseinandersetzungen zwischen den großen bürgerlichen Parteien. Die ÖVP hat den Wahlkampf von Anfang an mit dem Angebot zur Zusammenarbeit geführt. "Unser Ziel ist die Zusammenarbeit auf Regierungsebene nach der Wahl. Da die derzeitige Führung der SPÖ diese Zusammenarbeit ablehnt, muß der Wähler die SPÖ dazu bringen" (Taus, Ende Juli).
Eine Konzentrationsregierung aus Vertretern der ÖVP, SPÖ und FPÖ sei deshalb notwendig, weil "die auf uns zukommenden Probleme so groß sind, daß sie nur bei Einsatz aller



Kräfte gemeistert werden können"(ÖVP-Wahlprogramm) und weil "die Kooperation auf Regierungsebene nun einmal die intensivste Form der Zusammen arbeit sei"(Taus).
Die drei Parteien sollen sich nach den Vorstellungen der ÖVP auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zur Sanierung der österreichischen Wirtschaft einigen, welches für die Regierung und parlamentarische Fraktion allein verpflichtend ist. Um dieses Konzentrationsmodell zu untermauern, hat die ÖVP noch vorgeschlagen, diese Regierungsform durch eine Verfassungsänderung zu einer angeblich "demokratischeren" Dauerkoalition zu machen, die "sich allen Österreichern verpflichtet fühlt".
Diese Vorschläge sind bei der SPÖ auf keine Gegenliebe gestoßen. Kreisky hat wiederholt sowohl eine Koalition mit der ÖVP als auch ein Konzentrationsregierung abgelehnt. Die Arbeiter Zeitung hat ganz richtig festgestellt, worum es der ÖVP bei dem ganzen Zusammenarbeitstheater eigentlich geht: nämlich "daß der ÖVP jedes Mittel recht ist, das sie wieder in die Regierung bringt"(AZ vom 19.8.). Und was die Demokratie anlangt, so ist der AZ unfreiwillig ebenfalls die Wahrheit entschlüpft: "Es ist gar keine Frage: Koalitionen oder Allparteienregierungen sind nicht mehr oder weniger demokratisch als die Regierung einer Partei."(AZ, 19.8.)
Sehr richtig, können wir dazu nur sagen! Ob eine oder mehrere Parteien, die sich allesamt von Programm, Verhalten und vom Auftreten her mit Haut und Haaren der Bourgeoisie verschrieben haben, die Regierungsgeschäfte der Herrschenden führen, ändert überhaupt nichts am Wesen des parlamentarischen Systems. Und das besteht eben in der ausdrücklichen, verfassungsmäßig festgehaltenen Entmündigung der Volksmassen. Diese Entmündigung drückt sich darin aus, daß den Volksmassen durch die sogenannte "Gewaltenteilung" von vornherein jede Einflußund Kontrollmöglichkeit über einen wesentlichen Teil des Staatsapparates entzogen wird, über die staatliche Bürokratie und damit über Polizei, Bundesheer und über das Justizwesen. Die ganze Richterschar und das Heer der Berufsbeamten ist verfassungsmässig jeder Einflußnahme durch die Volksmassen entzogen. Gewählt werden dürfen nur Parlamentarier und diese alle vier Jahre, während der sie ausschließlich ihrem Gewissen und ihren Geldgebern verantwortlich sind. Und auch die Parlamentsabgeordneten können nicht viel mehr machen, als an dem Rahmen herumzutun, in dem die Bürokraten und die Justiz tätig werden. Wählen kann das Volk aber bekanntlich auch nicht einfach die Abgeordneten, sondern lediglich die Parteien, die diese Figuren zur Wahl stellen. Und diese Parteien halten alle an der Aufrechterhaltung und Sicherung des Kapitaleigentums fest.
Die Demokratie, in der wir leben, ist keine Volksherrschaft,

kein Inter- mbinationen

sondern die verschleierte, aber durch nichts eingeschränkte, ungeteilte Macht der Bourgeoisie.
Und da hat die AZ recht: daran wird keinerlei Regierungskombination etwas ändern.
Aber woher kommen dann die Differenzen unter den bürgerlichen Parteien? Ist es der herrschenden Klasse vielleicht lieber, wenn "ihre ÖVP" wieder herkommt?

Die österreichische Kapitalistenklasse hat derzeit keinerlei Interesse, die ÖVP wieder in die Regierung zu bekommen. Und zwar gerade deshalb, weil es stimmt, "daß Österreich schweren Zeiten entgegengeht" (ÖVP-Wahlprogramm). Die Kapitalisten suchen den Ausweg aus der sich immer mehr vertiefenden Krise in einer ungeheuren Steigerung der Ausbeutung und der Ausplünderung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Jeder zukünftigen Regierung wird die Aufgabe zufallen, im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen den Kapitalisten Milliardenbeträge aus Steuergeldern zuzuschanzen.

Für die Bourgeoisie ist es auch besonders wichtig, daß die kommenden kollektivvertraglichen Lohnrunden "im Rahmen des Möglichen" bleiben werden, d.h. nicht einmal die Teuerung abgelten sollen. Gleichzeitig wird der Spielraum für Reformen immer enger. Statt Ausbau von Sozialleistungen wird es einen Abbau geben. In dieser Situation ist die Bourgeoisie natürlich brennend daran interessiert, daß die Arbeiter diese Verschlechterungen alle ruhig hinnehmen, im Vertrauen darauf, daß es bald wieder besser wird. Und dieses Hinnehmen wird viel eher der Fall sein, wenn alle diese "notwendig unpopulären Maßnahmen" von der Sozialdemokratie durchgeführt werden, die noch immer, trotz aller Abnützungserscheinungen, das Vertrauen weitester Teile der Arbeiterschaft genießt, die die Unternehmerinteressen nicht so offen auf ihre Fahnen geschrieben hat wie die ÖVP und die nicht von einem so offensichtlichen Vertreter der Monopolbourgeoisie geführt wird, wie es der Bankdirektor Taus ist.
Mit der SPÖ und der ÖVP stehen der Bourgeoisie eben zwei Parteien des Monopolkapitals zum Zweck des Volksbetruges zur Verfügung. Derzeit steht für die österreichischen Kapitalisten als Klasse nicht die Zusammenarbeit der Parteien im Vordergrund, sondern die Zusammenarbeit der "Sozialpartner". In dieser Frage sind sich SPÖ-Führung und Industriellenvereinigung völlig einig: die Arbeiter müssen ruhig gehalten werden. Und wenn Benya vom Gedanken der Konzentrationsregierung als einer "Beleidigung der Sozialpartnerschaft" spricht, so redet er ganz den Großindustriellen das Wort, die erklärt haben, daß sie sich aus dem Wahlkampf heraushalten werden, keine der beiden Parteien unterstützen werden und gleichzeitig ihr unbedingtes Ja zur "Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner" bekräftigt haben.

Es ist klar, daß eine ÖVP-Alleinregierung oder eine Regierungsbeteiligung der ÖVP das bisher verhältnismäßig ruhige Ausbeutungsklima anheizen würde. Es ist klar, daß die ÖVP gerade in den Kernschichten der österreichischen Arbeiterklasse verhaßt ist, daß ihre fadenscheinige soziale Demagogie bei den Arbeitern wenig verfängt. Und es ist auch klar, daß im Fall einer Regierungsbeteiligung der ÖVP der Spielraum der SPÖ gegenüber den Arbeitern kleiner würde, wenn sie sich nicht mehr hinter der alleinigen "Regierungsverantwortlichkeit für Österreich" verschanzen könnte. Und daran hat auch die Bourgeoisie jetzt kein Interesse. Deshalb bleibt das ganze ÖVP-Modell einer "Zusammenarbeit für Österreich" nur der Wunsch dieser Partei, an die staatlichen Futterkrippen zu kommen, weil sie es sich nicht zutraut, mandatsstärkste Partei zu werden.

Daß sich auch die SPÖ nicht mehr so sicher ist, nach fünfjährigem Verschleiß als Geschäftsführer der Kapitalistenklasse wieder bei den Wahlen die absolute Mehrheit zu erringen, zeigen die neuesten Kreisky-Vorschläge: einerseits versucht er, die FPÖ regierungsfähig zu machen, weil er plötzlich "mit den jungen Progressiven in der FPÖ in vielen Fragen Übereinstimmung erzielt hat" (Presse), andererseits "könne er sich bei Verlust einer absoluten Mehrheit sehr gut eine 'Regierung der Persönlichkeiten' unter Einschluß eines oder mehrerer ÖVP-Politiker vorstellen" (Presse, 3.9.)
Der Ausgang der Wahlen am 5. Oktober wird an der Lage der Arbeiter und der übrigen Werktätigen genausowenig ändern, wie die dann zustandekommende Regierungsform.

W.K.

SPÖ-Wahlwerbung



Unmut unter den SP-Mitgliedern

An die 1oo Millionen wird die SPÖ für Plakate, Broschüren und Postwurfsendungen bis zum 5.Oktober ausgegeben haben. 1oo Millionen für eine Wahlpropaganda, die aus Lüge und Täuschung besteht, die zum großen Teil auf politische Argumente verzichten muß und anstelle dessen mit Waschmittel-Werbemethoden auf Stimmfang geht. Das ist nicht weiter verwunderlich: diese Partei kann keine Antwort geben auf die ungelösten sozialen Probleme.
"Ich will die heile Welt verkaufen, weil Österreich 1975 ist ja die heile Welt", meinte Heinz Brantl, Wahlkampfmanager der SPÖ. Für Brantl mag das zutreffen. Sein Lohnstreifen weist sicher eine runde Summe auf. Für die arbeitenden Österreicher aber besteht diese "heile Welt" aus wachsender Unsicherheit, ob morgen noch ein Arbeitsplatz für sie da sein wird, aus wachsender Sorge, wie das tägliche Leben bewältigt werden soll, wenn alles teurer wird und der Lohn nicht mehr reicht. Die berechtigten Existenzsorgen vieler Menschen werden geradezu ausgenützt und verhöhnt, wenn die SPÖ auf ihren blauen Plakaten mit goldenen Lettern "weitere gute Jahre" verkauft. Der bestickte Zierpolster mit der Inschrift "Zu Hause ist es doch am Schönsten - SPÖ" spricht Schichten an, die vom eigenen Häuschen träumen, zu dem es für die meisten doch nicht langt.
Gleichzeitig wird vorgegaukelt, es sei alles in Ordnung in Österreich, unser Land sei eine Insel, fernab von den stürmischen Veränderungen, die in der Welt vor sich gehen.
Mit dieser Art von Wahlwerbung hat die SPÖ auch in den eigenen Reihen Widerstand entfacht. SP-Betriebsräte des Elin-Werkes in Weiz/Stmk. protestierten gegen die "heuchlerische Darstellung einer heilen Welt, zu einer Zeit, in der die Arbeiter um ihre Posten zittern müßten" (Profil, 32/75).
Um den Unmut der eigenen Mitglieder abzufangen, greift die SPÖ zu klassenkämpferischen Tönen in der Arbeiterzeitung: Vor dem Kreisky-Rivalen Taus wird gewarnt, er sei Banker und vertrete die Interessen der Privatindustrie, der Chef der Jungen SPÖ, Konecny, wird herbeigeholt und man liest plötzlich die Worte "Kapitalismus" und "Arbeiterklasse", während es zu anderen Zeiten immer "unsere Wirtschaft" und "Arbeitnehmer" heißt. Da freut sich ein Graz: "wie gut, daß die Schwerindustrie verstaatlicht" und nicht den Machenschaften der Industriellenvereinigung ausgesetzt ist.
Als ob es für den Arbeiter einen Unterschied macht, wie der Kapitalist heißt, der ihn ausbeutet und in dessen Taschen der Profit fließt, oder ob dieser Kapitalist der Staat selber ist. Daß es nicht den geringsten Unterschied macht, kann sich Graz von den 113o Arbeitern der Felten& Guilleaume-Werke sagen lassen, die bis Jahresende zu Kurzarbeit unter dem Titel "Umschulung" gezwungen werden. Oder von den Arbeitern der VÖEST-Alpine in Donawitz, denen die Firmenleitung auf die Forderung nach Angleichung der Lohngruppen und Erhöhung der Stundenlöhne um durchschnittlich 2,8o S folgende innerbetriebliche Lohnerhöhung anbietet: 5o,17 S im Monat!
"Sicherheit und eine gute "Zukunft" verspricht die SPÖ. Dabei hat sie aber nichts anderes im Auge, als eine gute Zukunft für das Monopolkapital, dessen größte Partei sie eben ist. Dafür kämpft sie um die Wählerstimmen, deswegen richtet sie ihre Propaganda gezielt aus: gegenüber den Arbeitern präsentiert sie sich als Vertreterin der Arbeiterinteressen, gegenüber der Jugend als Jugendpartei, kleinbürgerlichen Strömungen in der Bevölkerung kommt sie entgegen, indem sie das "sichere zu Hause" beschwört. All das mit der Auflage, daß die Zeiten nicht ganz so schlecht sind, aber doch schlechter werden, daß es deswegen das kleinere Übel sei, die SPÖ zu wählen. Denn die anderen Parteien seien ja noch schlechter.
Der Bourgeoisie allerdings versichert sie durch ihre Spitzenpolitiker ständig, daß sie weiterhin getreu die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten gedenkt. Das ist auch der einzige Punkt, in dem man dieser Partei glauben kann.

H.H.

ANDROSCH: 'Struk - turbereinigungen' und 34 Milliarden Defizit

Finanzminister Androsch gab bei seiner Rückkehr von der Weltwährungskonferenz eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung von sich. Für die nächste Zeit hat er noch sehr wenig Hoffnungen auf eine Veränderung der Lage und er verspricht uns für den kommenden Winter eine "schwächere Periode"(Presse,6/7.9.)

Doch darüber hinaus rechnet er doch mit einer Erholung und gründet diese Hoffnung nicht auf einen Konjunkturaufschwung, sondern auf eine "Strukturbereinigung". Was er genauer darunter versteht, erfährt man sogleich, wenn man weiter hört, daß es dafür bereits gute Beispiele in der Papier- und Textilindustrie gibt. Daher weht also der Wind! Eine Erholung der Profite auf dem Rücken der Arbeiter steht ins Haus! Besonders niedrige Löhne, verstärkter Lohndruck bei den letzten Kollektivvertragsabschlüssen, Kurzarbeit, schädliche Arbeitsbedingungen und laufend Betriebssperren der wirtschaftlich schwachen Betriebe - und damit wieder Arbeitslosigkeit für einen Teil und verschärften Druck auf den anderen Teil der Arbeiter. Das waren die "Strukturbereinigungen" in der Textil- und Papierindustrie.

Doch darüberhinaus stellte Androsch bereits entschieden fest daß das Volk in der nächsten Zeit erheblich mehr geschröpft werden wird. Auf der Tagesordnung des Finanzministers stehen eine zweiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer, neue Postgebühren und eine sogenannte "Anpassung" der Sozialversicherungsbeiträge. Das immer größer werdende Budgetdefizit muß ja schließlich bezahlt werden.

Für heuer erwartet Androsch ein Defizit von 31 Milliarden - VIERMAL SO VIEL, WIE IM VERGANGENEN JAHR.

Red.

Helbich-Affäre

Nur die Spitze des Eisberges

Der ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat, Helbich, hat versucht, den Kronen-Zeitung-Journalisten Novotny zu bestechen. Die Sache ist aufgeflogen, und die bürgerlichen Politiker haben sie zum Anlaß genommen, die Korruption zum Ausnahmefall zu erklären und die "Unabhängigkeit" des Journalismus zu verteidigen. In der bürgerlichen Politik ist die Korruption aber nicht Ausnahme, sondern Regel.
Einen"unabhängigen Journalismus" gibt es nicht: die grossen Zeitungen, die Druckereien und Verlage sind Privateigentum der Kapitalisten und ihrer Verbände oder direktes Sprachrohr der bürgerlichen Parteien. Nicht die Journalisten können bestimmen, was in den Zeitungen drinsteht, sondern deren Eigentümer. Das ist eine Tatsache, und demgegenüber mutet es geradezu mittelalterlich an, wenn der ÖVP-Mandatar mittels geheimer Absprachen und verschlossener Geldkuverts einen Journalisten ködern will. Insofern ist die "Affaire Helbich" ein Einzelfall.
Zur Kronen-Zeitung scheint dieser "Volksvertreter" ansonsten recht gute Verbindungen zu haben:
Helbich ist Gesellschafter und Geschäftsführer verschiedener Granitwerke, Aufsichtsrat der STUAG Straßen- und Tiefbauunternehmung und hat etliche Posten mehr. Als die Kronen-Zeitung die Dauerkampagne für die Südautobahn startete, wurden in der Steiermark Stimmen laut, daß hinter der Kampagne der Straßenbau- und Granitkapitalist Helbich stecke. Die Gerüchte werden wohl stimmen. Welche Summen da im Spiel waren, kann man bestenfalls erahnen.
Helbich war überdies als Bautenminister in einer eventuellen ÖVP-Regierung vorgesehen!
Die SPÖ hat sich anläßlich des Bestechungsversuchs die Hände in Unschuld gewaschen. Alles spricht aber dafür, daß die SPÖ von Novotny informiert wurde - zu welchen Gegenleistungen wird man kaum erfahren.
Novotnys Bande zur SPÖ wurden schon vor Jahren geknüpft: er ist ehemaliger Artikelschreiber der aufgelassenen SP-Zeitung "Express" und hat für seinen Wechsel zur Kronen-Zeitung angeblich Millionen kassiert. Das gibt den Worten Novotnys einen tieferen Sinn, der erklärt hat, daß "die Summe von 100 000 Schilling zu den geforderten Leistungen in keinem Verhältnis stünden". Die SPÖ hat die Helbich-Geschichte kräftig ausgenützt, um die moralische Reinheit der eigenen Partei zu beteuern. Endlich konnte sie der ÖVP auf diesem Gebiet etwas auswischen, deren Wahlkampftaktik zum großen Teil aus dem Aufdecken von SPÖ-Skandalen bestanden hat. "Was ist die ÖVP für eine Partei", meinte Kreisky. Korruption in der SPÖ - das gäbe es nicht!
Wer aber die Villen der SPÖ-Funktionäre sieht, die der Bauring billigst gebaut hat, wer nachfragt, wo die Provisionsgelder aus dem Saudiarabiengeschäft geblieben sind usw., wird zweifellos zu einer anderen Auffassung kommen.
Das Ansehen der bürgerlichen Parteien, die sich wechselseitig mit Schmutz bewerfen, hat sich durch die letzte Skandalgeschichte nicht gerade erhöht. Schon gar nicht, wenn man weiß, daß meist nur die kleinen Brocken ans Licht kommen.

H.H.



Die KPÖ hat es aufgegeben, auch nur in Worten gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Statt dessen beteuert sie, daß sie "unabhängig vom Kapital"sei. Vom Mautner- Markhof vielleicht schon, aber werden dadurch die vielen KPÖ-Firmen aus der Welt geschafft, die u. a. 85% des österreichischen Kohlenhandels in ihrer Hand haben? Kaum.

SPÖ-Geständnisse

Die Leute von der SPÖ- Landesorganisation Wien haben eine Broschüre mit dem Titel "Wir - die Sozialistische Partei Österreichs" herausgegeben, mit der sie den Lesern "einiges über die SPÖ sagen wollen, von dem wir glauben, daß es wichtig ist, daß sie es wissen".
"Wunder kann auch die Partei nicht wirken, und wer dem alten Irrtum aufsitzt, die SPÖ sei eine Wohnungsvermittlung, ist selber schuld."

Und waren auch die Gemeindemieter der Großfeldsiedlung - empört über die 60% Heizkostenerhöhung - nicht dem alten Irrtum aufgesessen, die SPÖ für eine Wohnungsvermittlung zu halten, so unterlief ihnen doch ein neuer Irrtum: Rechenschaft von einem Gemeinderat verlangen zu wollen, der in seiner Mehrheit aus SPÖ-Funktionären besteht und in dessen Mitte sich ein Herr Hofstetter befindet, der zum Beispiel für das Grundstück seiner Döblinger Villa einen Quadratmeterpreis von 500.-S zahlte, obwohl der ortsübliche Preis 2240.-S betragen hätte. Offenbar vermag die Partei also doch Wunder zu wirken, denn wer würde annehmen, daß sich's "die da oben" richten können, wenn sie gar nicht existieren?

"'Die da oben' gibt es bei uns nicht....Natürlich hat auch die SPÖ ihre Spitzenpolitiker", aber wer da denkt, "das seien irgendwelche Leute, niemandem verantwortlich, von niemandem kontrolliert", der hat nicht etwa recht.
Mag auch das österreichische Volk keine Möglichkeit haben, 'die da oben' zur Verantwortung zu ziehen, so gäbe es doch parteieigene "Kontrollkommissionen". Zum Beispiel in Oberösterreich. Und als der dortige Obmann der Kontrollkommission, Baumgartner, die Millionen-Geschäfte des SP-Werberinges mit dem SP-Gemeindevertreterverband aufdeckte, die auf Steuerhinterziehung hinausliefen, wurde das Übel flugs an der Wurzel gepackt: Baumgartner wurde aus der SPÖ ausgeschlossen.
"Pressure Groups, Geheimzirkel und die Geber von Millionenspenden haben bei der SPÖ keine Chance", heißt es weiter. Na ja. Wer auf jeden Fall bei der SPÖ eine Chance hat, das sind Beweihräucherer vom Schlage eines Albrecht Konecny, der den Text dieser Broschüre verfaßt hat. Seiner Aufgabe, über den stinkenden Sumpf der Korruption wohlriechende Schleier zu breiten, ist er dennoch eher schlecht nachgekommen, wenn er überschwenglich lobhudelt:

"Das ist der Bogen, der sich von der Bewegung rechtloser, hungernder Proletarier bis zur Partei, die die Verantwortung für den Staat trägt, spannt."

Wenn man die Konecny-Broschüre durchliest, hat man eher den Eindruck, daß da jemand den Bogen überspannt hat.

H.S.

Ein Ja zur ÖVP ist ein Ja zur kapitalistischen Ausbeutung

Seit 28.8.1975 verteilt die ÖVP ihr Wahlprogramm. Mit diesem Wahlprogramm legt die ÖVP den politischen Plan vor, mit dem sie regieren würde.

Die Hauptpunkte im ÖVP-Wahlprogramm sind neben dem Vorschlag zur Bildung einer Konzentrationsregierung

- *ein Wirtschafts- und Sozialpakt zwischen Regierung, Parteien, Kapitalisten und ÖGB-Führung*
- *Verlängerung der Kurzarbeiterunterstützung von drei auf 6 Monate*
- *doppelte Familienbeihilfe für Arbeitslose und*
- *Einrichtung eines gemeinsamen "Feuerwehrfonds" von Bund und Ländern für die gesamte Wirtschaft, indem Bund und Länder je 200,-- pro Kopf der Erwerbstätigen bereitstellen.*

DER "WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPAKT: DIE KAMPFBEDINGUNGEN FÜR DIE WERKTÄTIGEN SOLLEN VERSCHLECHTERT WERDEN

"In einem Wirtschafts- und Sozialpakt soll als stabilitätspolitische Absicherung für kräftige Konjunkturbelebungsmaßnahmen zwischen Regierung, Parteien und Sozialpartnern bindend vereinbart werden, daß im Laufe eines Jahres die Lohn-, Preis- und Steuerpolitik aufeinander abgestimmt werden." (Wahlprogramm der ÖVP).

Die Lohn- und Preispolitik sollen aufeinander abgestimmt werden, für eine "kräftige Konjunkturbelebung". Im Kapitalismus sind naturgemäß die Lohn- und Preispolitik aufeinander abgestimmt, wenn es um die Steigerung der Profite geht. Die Preise werden entsprechend den Profitbedürfnissen des Kapitals erhöht, die Löhne gesenkt. Während des Lohn-Preis-Pakts in den 50er-Jahren und auch während des Benya-Sallinger-Paktes haben die Kapitalisten die Preise erhöht - die Sozialpartner und die Regierungen haben in der Paritätischen Kommission zugestimmt. Während all dieser Pakte wurde bei den Löhnen gebremst - die Sozialpartner und die Regierung haben zugestimmt.

Jedesmal dann, wenn die Werktätigen ausreichende Lohnerhöhungen wollten, waren Kapitalisten und Gewerkschaftsführer mit dem Pakt zur Hand, um zu bedauern, daß die Arbeiter sich an einen Vertrag eben halten müßten.

Jetzt in der Krise sind die Bedingungen für die Arbeiter und Angestellten schlechter. Die Kapitalisten haben genügend Arbeiter auf die Straße gesetzt. Viele Arbeitssuchende und kein Bedarf an Arbeitskräften braucht die Kapitalisten nicht fürchten lassen, daß ihnen wertvolle Arbeitskräfte verloren gehen. Die Angst um den Arbeitsplatz macht viele Arbeiter gefügig.

Umso wichtiger wird die Kollektivvertragsrunde, um die Reallöhne in der Krise zu verteidigen. Hier aber wäre es für die Arbeiter ein zusätzliches Hindernis auf dem Weg, die Gewerkschaftsführer zur Verteidigung der Reallöhne zu zwingen, wenn jene den Arbeitern einen Sozialkontrakt vor die Nase halten können.

Eine Partei, die einen Sozialkontrakt verwirklichen will, kann für die Arbeiter und anderen Werktätigen nicht wählbar sein, da sie sonst die Verschlechterung ihrer Lage wählen würden.

DAS ZIEL DER ÖVP-FORDERUNGEN: SANIERUNG DER AUSBEUTERORDNUNG

Wie stehts mit den anderen Forderungen im Wahlprogramm der ÖVP?

Die Kurzarbeiterunterstützung soll von 3 auf 6 Monate ausgedehnt werden. Damit vertritt die ÖVP eine direkte Kapitalistenforderung. Die Kapitalisten haben rasch erkannt, daß die Kurzarbeit eine gute Rationalisierungsmaßnahme ist. Während der Kurzarbeit müssen die meisten Arbeiter Lohnverluste hinnehmen. Die Kapitalisten steigern die Arbeitshetze und viele Arbeiter können durch enorme Rackerei den Lohnverlust geringer halten.

Die ÖVP will die Kurzarbeiterunterstützung nicht erhöhen, nein, sie will sie auf 6 Monate ausdehnen. Damit hält sie grundsätzlich an der Kurzarbeit als Rationalisierungsmaßnahme fest, denn auch ein Arbeiter, der 6 Monate lang weniger verdient, wird sich anstrengen, den Lohnverlust möglichst gering zu halten. Gerade damit aber wird die Frist für die Kapitalisten verlängert, in der sie Lohnkosten sparen und aussieben können. Verständlich, daß sich die Kapitalisten die Hände reiben, denn sie könnten dann von vornherein gleich 6 Monate ganz legal und mit Unterstützung kurzarbeiten lassen.

Wie das Magazin "Profil" aufgedeckt hat, handelt es sich auf diesem ÖVP-Plakat um Fotomodelle - aus ENGLAND ! Es ist kein Wunder, wenn sich für die arbeiterfeindliche Propaganda dieser Partei keine österreichischen Arbeiter hergeben.

Das Problem der Arbeitslosen und ihrer schlechten finanziellen Lage kann kein bürgerlicher Politiker mehr vertuschen. Um Stimmen zu bekommen, nimmt sich die ÖVP des Problems an und fordert eine doppelte Familienbeihilfe für Arbeitslose. Der Hintergedanke ist augenscheinlich der, daß die ÖVP ein paar Stimmen von Arbeitslosen ergattern will. So mancher wird auch wirklich denken: besser als nichts.

Für die gesamten Werktätigen steht das Problem doch so, daß erstens die Arbeitslosen in eine schlimme Lage geraten und daß zweitens dies der Grund dafür ist, daß die Arbeitslosen gefügig jede noch so schlecht bezahlte Arbeit annehmen wollen und müssen, um ihre Existenz halbwegs zu sichern. Machen die Arbeiter, die Arbeit haben, im Betrieb den Mund auf, dann versuchen die Kapitalisten, sie mit den Arbeitssuchenden mundtot zu machen. Das verschlechtert die Kampfbedingungen der Arbeitenden arg. Sie tun sich so schwer, für sich und für die Arbeitslosen Forderungen durchzukämpfen, die aller beider Lage bessern und sie zusammenschließen würden. Das ist auch der Grund, warum wir Kommunisten für die Forderung eintreten nach 80 % Arbeitslosengeld für dei gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die ÖVP will den Arbeitslosen ein lächerliches Almosen geben, das an den Problemen der gesamten Werktätigen gar nichts ändern würde. Schon die Höhe des Betrags ist Beweis genug dafür. Die Kapitalisten reiben sich die Hände, denn die doppelte Familienbeihilfe kommt ohnehin aus Steuergeldern der Arbeiter, die Arbeitslosen werden weiterhin in einer schlimmen Lage sein und die Spaltung können sie weiterhin nutzen, um ihre Arbeiter im Betrieb niederzuhalten.

Die letzte Forderung nach einem "Feuerwehrfond" von Bund und Ländern unterscheidet sich von den SPÖ-Kapitalspritzen für die Kapitalisten nur dadurch, daß der Betrag von je 200,-- Schilling festgelegt und in den Fond bezahlt werden soll. Wohlweislich verschweigt die ÖVP, daß diese 200,-- Schilling aus Steuergeldern des Volkes stammen. Aufgabe des "Feuerwehrfonds" ist es, solchen Kapitalisten, die in Schwierigkeiten geraten sind, mit Kapitalspritzen die Profitmacherei zu sanieren. Diese Kapitalspritzen sollen es den Kapitalisten ermöglichen, die Ausbeutung seiner Arbeiter rationeller weiterzuführen und weiterhin den Profit zu sichern. Bereits die Kapitalspritzen der SPÖ-Regierung haben einen lebendigen Beweis dafür geliefert, daß dadurch keine Arbeitsplätze gesichert werden. Die Kapitalisten haben rationalisiert und dann Arbeiter auf die Straße gesetzt. Die Profitquelle wurde gesichert.

Das ÖVP-Wahlprogramm zeigt, daß die ÖVP wie die SPÖ, FPÖ und KPÖ auch, eine Partei ist, deren Hauptziel die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung ist. Ihre Forderungen sind nicht für, sondern gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gerichtet. Ein Ja zur ÖVP bedeutet ein Ja zur Profitwirtschaft und ein Ja zur Ausbeutung der Arbeiter. P.F.

Puch-Graz **Erst Rationalisierungen - dann Kündigungen**

"Man hat in der Unternehmensleitung überlegt, ob man mit einer Stellungnahme zu der Situation in Thonsdorf an die Öffentlichkeit gehen soll. Aber da hätte man nur das Gleiche sagen können wie bisher", meinte der Prokurist Hans Stadlinger von der Wiener Unternehmensleitung und schloß sich der Haltung der Werksleitung und des Betriebsrates an: er schwieg.
Das ist die Reaktion auf die Sorge der Arbeiter und Angestellten des Werkes Thonsdorf der Steyr-Daimler-Puch AG, die sich seit Anfang August einer neuen Kündigungswelle gegenübersehen. Nachdem im März (wir berichteten darüber) im Grazer Werk 440 Arbeiter entlassen worden waren, versprach die Firmenleitung dem Sozialministerium und dem Landesarbeitsamt,heuer niemanden mehr zu entlassen. Dafür wurde sie aus den Mitteln der Arbeitsmarktförderung belohnt. Wie profitabel sie die 6 Millionen Schilling angelegt hatte, sahen die Arbeiter am 8.August: da wurden erneut blaue Briefe abgeschickt, die - Gerüchten zufolge - 170 Arbeiter erreichen sollten.
Die Gerüchte wichen nicht den genauen Zahlen, weil die Arbeiter, als sie vom Betriebsrat konkrete Informationen forderten, den Bescheid erhielten, daß die zuständigen Männer auf Urlaub seien und die unzuständigen von nichts wüßten. "Aber laßt's euch durch die Gerüchte nicht beeinflussen", meinte der Betriebsratsobmann Alfred Gerth und sprach damit seinem Werksdirektor Dipl.Ing.Dr.Gerfried Zeichen aus dem Herzen: "Alles Gerede über Kündigungen ist eine Spekulation ohne Basis. Es handelt sich um eine natürliche Fluktuation, wie sie in den Sommermonaten völlig normal ist."
Der "natürlichen Fluktuation" fielen bis Mitte August 300 Arbeiter zum Opfer. Unter ihnen sind 120 Gastarbeiter, so daß fast keine Gastarbeiter mehr im Werk Thonsdorf arbeiten. "Ich bin seit 1945 im Betrieb, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt", sagte ein älterer Arbeiter.

Am 22. August entließ man dann 16 Arbeiter aus der Motorenproduktion, und zugleich wurden die ersten Angestellten gekündigt. Einem Betriebsrat löste sich jetzt die Zunge und er verkündete, daß am 29.8. weitere 150 Arbeiter der Fahrradabteilung entlassen werden, mehr könne er aber nicht sagen, "denn das wäre geschäftsstörend".

Für die Arbeiter ist die verhängnisvolle Kumpanei Werksleitung - Betriebsrat deutlich erkennbar: "Der Betriebsrat macht da auch mit, man erfährt nichts Konkretes". Man kann sich nicht vorstellen, wie die Atmosphäre im Moment ist. "Viele Arbeiter befürchten, daß bis Dezember 700 Kündigungen erfolgt sein werden, aber die Firmenleitung hat für sie nur Hohn übrig: "Viel Lärm um Nichts!" meint sie und kündigte für 2.September eine Pressekonferenz in Graz an. Nicht etwa, um zu den Entlassungen Stellung zu nehmen, sondern um ein neues Mopedmodell der Öffentlichkeit vorzustellen....

H.Sch.

Puch - Arbeitshetze

Wie diese Rationalisierungsmaßnahmen bei Puch in der Praxis ausschauen, berichten unsere Grazer Genossen in einer kurzen Aufstellung.

--*in der <u>Galvanik</u> wurde eine Anlage stillgelegt. Auf der anderen muß diese Arbeit jetzt mitgemacht werden. Einige Kollegen wurden dabei eingespart - für die anderen ist das Arbeitstempo wesentlich gestiegen.*

--*<u>Gießerei:</u> Acht Kollegen sind gekündigt worden. Aber nicht, weil keine Arbeit mehr da ist ! In den letzten Wochen wurden mehrmals neue Stoppungen durchgeführt, was zu einer scharfen Erhöhung des Arbeitstempos führte. Es arbeiten jetzt also weniger Gießer - aber die dafür umso schneller. Auch die Kollegen am Ofen müssen mit dem gesteigerten Arbeitstempo mithalten, obwohl sie Regiearbeiter sind, bedeutet auch für sie die Akkordverschärfung höheres Arbeitstempo. Bei allen diesen Stoppungen war ein Betriebsrat anwesend. Aber was hilft uns das, wenn der Betriebsrat der Verschärfung der Akkordhetze genauso zusieht wie den Kündigungen?*

--*<u>Maxi-Montage:</u> obwohl das Arbeitstempo schon die längste Zeit so hoch ist, daß man nur schwer mitkommt, wurden 6 Kollegen gekündigt. Die anderen müssen jetzt noch schneller arbeiten.*

--*<u>der Autobau</u> ist die einzige Sparte, in der die Puch-Kapitalisten noch die Produktion ausweiten können. Trotzdem sollen auch hier nächste Woche 8 Kollegen gekündigt werden. Dadurch wollen die Herren von der Firmenleitung Druck auf die Arbeiter ausüben, um besser das Arbeitstempo hinaufschrauben zu können.(Niemand braucht sich Illusionen machen, er könnte seinen Arbeitsplatz sichern, wenn er sich in den Autobau versetzen läßt).*

--*zu <u>Versetzungen</u> kommt es immer wieder im Werk. Ein Kollege aus dem Mopedbau ist innerhalb von 14 Tagen 7mal versetzt worden! Meistens bedeuten Versetzungen auch Lohnverlust. Außer der Senkung der Löhne wollen die Kapitalisten mit den Versetzungen noch eines erreichen: Den Druck auf die Kollegen, die Angst um den Arbeitsplatz und die allgemeine Unsicherheit zu stärken sowie die Spaltung unter den Arbeitern vertiefen.*

Öffentlicher Dienst **Staat will Milliarden einsparen**

"Beamte wollen dem Staat Millionen ersparen" lautete die Schlagzeile im Kurier am 28.8. Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (Bund, Bahn, Post und Gemeinde) werden gelobt, daß sie "nur so viel Einkommensverbesserung wie die übrigen Arbeitnehmer - also weniger als in den letzten Jahren" verlangen. Zusätzlich seien sie "scheinbar bereit, auf Nachzahlung der Teuerungsabgeltung für den Zeitraum 74/75 zu verzichten".
Sämtliche KV-Abschlüsse der letzten Zeit (Bau, Textil) zeigen deutlich, daß die Kapitalisten den Lohndruck in den Kollektivverträgen verankern wollen und daß sie dabei von der Gewerkschaftsführung tatkräftig unterstützt werden. Sparappelle und Verzichtserklärungen hört man dauernd, wenn es um die Löhne geht.
In diesem Jahr läuft das seit 1971 bestehende Lohnabkommen der Öffentlich Bediensteten aus - Verhandlungen über ein neues Abkommen haben im Juni begonnen. Ziel der Verhandlungen von Seiten der Dienstgeber ist natürlich ein möglichst niedriger Abschluß. Um diesen durchzusetzen, wenden sie die verschiedensten Methoden an, u.a. auch solche Artikel wie den im Kurier.
Der Zweck dieses Artikels ist es, den Beamten des Öffentlichen Dienstes den Lohnkampf zu erschweren. Das geschieht einerseits dadurch, daß gesagt wird: Die Gewerkschaft ist zum Lohnverzicht bereit - für die Beamten soll das als vollendete Tatsache dastehen - ihnen will man einreden: Da könnt ihr nichts mehr machen, das ist von eurer Vertretung beschlossen worden.
Hauptsächlich aber soll die Stimmung in der Bevölkerung gegen die Beamten angeheizt werden. Das geschieht durch solche Bezeichnungen für die Beamten wie: Schreibtischhengste, Amtsschimmelreiter. Durch die Feststellung: Sie wollen nicht mehr als die anderen - soll der Eindruck erweckt werden, sie hätten jetzt schon mehr als die anderen.
Der Trick dabei ist, daß alle Beamten in einen Topf geworfen werden: die Krankenschwestern,die Briefträger, die Straßenkehrer, die Lokführer und die Schaffner mit den Ministerialräten und den Sektionschefs, den Ministern und den Bürgermeistern. Während die einen täglich harte Arbeit leisten wie alle anderen Teile des Volkes und mit niedrigen Gehältern auskommen müssen, mästen sich die Spitzenbeamten an den Früchten fremder Arbeit genauso wie die Kapitalisten und alle ihre Handlanger.
Der Unmut des Volkes über "Schreibtischhengste und Amtsschimmelreiter", der sich gegen die Ausdehnung des bürokratischen Apparates , gegen die Bevormundung, Gängelung und Unterdrückung des Volkes durch diesen Staat wendet, soll gegen die Beamten insgesamt gerichtet werden. Die Empörung des Volkes über die ständig steigende staatliche Ausplünderung soll in Empörung gegen "die Beamten" umschlagen, die schon wieder mehr wollen und den Staat am Sparen hindern. Erreicht soll damit werden, daß sich die Empörung gegen alle Beamten richtet und nicht nur gegen die, die Spitzengehälter beziehen, die Steuererhöhungen beschließen und über die Verwendung der Steuergelder entscheiden: direkte und indirekte Unterstützung der Kapitalisten durch "Konjunkturspritzen" und Steuerbegünstigungen, Ausbau des Militär- und Polizeiapparates, Politikergehälter usw.
Wenn die Öffentlich Bediensteten auf Lohnerhöhungen verzichten, so können sie die staatliche Ausplünderung nicht verhindern, denn sie haben dabei genausowenig mitzureden wie alle anderen Werktätigen. Ihr Verzicht schafft dem Staat nur zusätzliche Mittel für den Ausbau seiner Maschinerie zur Unterdrückung des Volkes; ihr Verzicht hilft dem Staat, gerade in den Bereichen einzusparen, die dem Volk von Nutzen sind: bei den Krankenhäusern, den Schulen, den öffentlichen Verkehrsmitteln ...
Die Löhne und Gehälter der kleinen Beamten sind extrem niedrig. Ein großer Teile der Öffentlich Bediensteten ist daher gezwungen, sich Nebenjobs zu suchen, pfuschen zu gehen. Viele gehen auch zu ihren Chefs (den Spitzenbeamten) aufräumen, Fensterputzen, Wohnung renovieren, weil sie mit ihrem Lohn einfach nicht auskommen können.
Aufschlußreich ist auch ein Vergleich mit den Gehältern in der Privatindustrie: Im Jahr 1973 verdiente ein Facharbeiter im Durchschnitt 8132.- (brutto im Monat); eine Krankenschwester, die ebenfalls über eine dreijährige Ausbildung verfügt, erhielt 4317.- (brutto), das entspricht etwa dem Gehalt einer ungelernten Hilfsarbeiterin in der Privatindustrie. Heute ist das Verhältnis sicher nicht viel anders, denn das letzte Lohnabkommen für den Öffentlichen Dienst hat die Gehälter nicht mehr erhöht (um so viel). Die niedrigen Lohngruppen haben noch heute ein Gehalt von ca 4 000.- brutto. Diese Gehälter müßten kräftig angehoben wer-

Beispiel Waagner-Biro: Was nützt der Osthandel den österreichischen Arbeitern?

Die KPÖ schlägt in ihrem Wahlprogramm vor, daß die Durchsetzung der Forderung nach Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Oststaaten das Recht auf Arbeit durchsetzen helfe. Wir wollen an Hand eines konkreten Beispiels untersuchen, wem diese Forderung nun wirklich nützt.

OSTHANDEL VERHINDERT KRISE?

Nun behauptet die 'Volksstimme' in einem Artikel der Wochenendbeilage vom 30./31.August, daß "die Waagner-Biro AG... einer der vielen österreichischen Großbetriebe (ist), die auf Grundlage der Aufträge aus sozialistischen Ländern die kapitalistische Krise haben abwehren können."

Dies würde bedeuten, daß bei einer weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise, wie wir sie heute haben, es Betriebe geben kann, die die Auswirkungen dieser Krise nicht zu spüren bekommen, da sie Aufträge aus der Sowjetunion oder einem anderen Ostblockstaat haben.

Sehen wir uns das näher an: Nach welchen Kriterien vergibt z.B. die Sowjetunion ihre Aufträge an den Westen? Die Aufträge bekommt der, der am billigsten ist - das ist einsichtig und ihr nicht vorzuwerfen. D.h. auch, daß die Waagner-Biro ihre Aufträge nur unter Konkurrenzbedingungen bekommt, denn Brücken und Kessel produzieren auch andere Betriebe. Und nun sind durch die Wirtschaftskrise die Konkurrenzbedingungen schlechter geworden, jeder einzelne Betrieb sieht sich mehr Konkurrenten gegenüber. Und um den Auftrag zu bekommen, muß man billiger produzieren. Und billiger produzieren heißt rationalisieren, die Ausbeutung der Arbeiter verschärfen. Diese "Notwendigkeit" spüren auch die Kollegen bei Waagner-Biro, trotz Osthandel - genau wie in jedem anderen Betrieb.

OSTHANDEL VERBESSERT KAMPFBEDINGUNGEN DER ARBEITER?

Die 'Volksstimme' schreibt weiters: "Osthandel (bei Waagner-Biro) als bessere Bedingung für die Arbeiter und Angestellten, ihre Rechte durchzusetzen".

Das ist ja auch die zentrale Frage: Was ändert sich durch den Ausbau des Osthandels für die Arbeiter bei Waagner-Biro?

Das wichtigste "Ergebnis" für die Kollegen bei der Biro: die verschärfte Arbeitshetze.

Es werden nicht mehr Arbeiter eingestellt, die Kollegen stöhnen unter dem verstärkten Überstundendruck, Schichtarbeit wird eingeführt, Kollegen müssen einen Gießereiofen zusätzlich übernehmen - die Arbeitsintensität steigt ständig. Diese verschärfte Arbeitshetze wird mit der Drohung der Entlassung durchgesetzt. Vorigen Monat wurde sogar das Gerücht ausgestreut, daß größere Entlassungen bevorstünden. Was wurde damit bezweckt: Unsicherheit unter den Kollegen zu erzeugen. Die Angst um den Arbeitsplatz soll die Kollegen zu verstärkter Arbeitsleistung antreiben (U.a. läuft der Vertrag mit einigen Dutzend ungarischen Arbeitern im Herbst aus - wer wird ihre Arbeit machen?!) - Und das sind nun die verbesserten Kampfbedingungen!

Die Kampfbedingungen hängen gerade in der Krise immer weniger von den Bedingungen in einzelnen Betrieben ab, sondern wie die Arbeiter einer ganzen Branche oder die gesamte Arbeiterschaft dastehen. Denn jeder arbeitslose Kollege, auch wenn er nicht bei der Biro flog, wird von den Kapitalisten benutzt, Druck auf die Belegschaft auszuüben. Den Spruch "draussen stehen genug, Du kannst ja gehen, wenn Dir hier was nicht paßt" kennen bereits alle Kollegen bei Waagner-Biro, die ihre Unzufriedenheit über die Arbeitshetze oder die zu geringen Löhne oder sonst was geäußert haben, oder denen sonst halt irgendetwas nicht "paßte".

DIE OBJEKTIVE FUNKTION DIESER FORDERUNG

Daß sie die Kampfbedingungen für die österreichische Arbeiterklasse nicht ändert, zeigt das Beispiel Waagner-Biro. Fördert sie die Einsicht der Arbeiter in das Wesen des kapitalistischen Systems? Nein - sie versucht Illusionen zu schaffen, daß der Kapitalismus reparierbar wäre. Fördert sie die Feindschaft der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft? Nein - sie versucht die Unterordnung unter die Kapitalisteninteressen zu fördern, nach dem Motto: "Treibt schön Handel mit dem Osten, dann geht's uns gut" - ziemlich sicher den Waagner-Biro-Kapitalisten, aber nicht den Arbeitern.

J.K.
Waagner-Biro-Kollektiv



FLIESSBANDARBEIT IM KAPITALISMUS. Für die Arbeiter ist es egal wem der Unternehmer seine Waren verkauft. Die Ausbeutung und Arbeitshetze bleibt immer gleich.

Betriebssperre und Arbeiterbetrug

Anfang August hat die Druckerei Metten gesperrt und alle 180 Arbeiter und Angestellten auf die Straße geschmissen. Doch bis heute haben sie weder den letzten Lohn noch die ihnen zustehende Abfertigung erhalten. Ihre einzige Möglichkeit besteht jetzt nur mehr in einer gerichtlichen Klage. Allerdings kann es da ohne weiteres ein Jahr dauern, bis sie auf diesem Wege zu ihrem Geld kommen. Wie bewußt die Metten-Kapitalisten auf diesen Arbeiterbetrug hingearbeitet haben, zeigt sich am Beispiel eines Kollegen, der bereits knapp vor der Sperre selbst kündigen wollte. Mit dem Argument, er würde ja, wenn er selbst kündigen würde, einen Teil der Abfertigung verlieren, beschwätzte man ihn zum Bleiben. Außerdem seien die Gerüchte von einer Sperre des Betriebes unwahr. Einen Monat später wurde der Betrieb geschlossen und er stand ohne Geld da.

Überstundenpauschale hilft Gemeinde sparen

Für das Pflegepersonal in den Wiener Gemeindespitälern gibt es keine 40 Stundenwoche. Die Kollegen sind verpflichtet, Überstunden zu machen. Für diese Überstunden wird ein Pauschale bezahlt. Was tatsächlich an Überstunden gemacht wird, geht meist weit über die durch das Pauschale abgegoltenen hinaus. Viele Kollegen rechnen sich aus, wie viele Stunden sie gratis für die Gemeinde arbeiten müssen.
Eine Kollegin war 5 Monate lang auf 47 Stunden/Woche eingestuft. Das Pauschale dafür beträgt monatlich 1372.- (d.h. pro Überstunde 49.-) In Wirklichkeit arbeitete die Kollegin aber 51 Stunden pro Woche, das waren in den 5 Monaten ca 80 Stunden mehr als ihr durch das Pauschale bezahlt wurde. Für die 80 Stunden Mehrarbeit bekam sie 44 Stunden Zeitausgleich in Form von Guttagen; sie hat also in 5 Monaten 36 Stunden gratis für die Gemeinde gearbeitet.

den, damit man damit halbwegs auskommen kann.
Bei ihrem Kampf um den Lohn finden die öffentlich Bediensteten viele Hindernisse vor. Der Diensteid bindet sie besonders stark an die Interessen ihrer Dienstgeber. Durch die Aufspaltung in verschiedenste Gehaltsgruppen und Dienstklassen, durch ein sehr umfangreiches, undurchsichtiges Zulagenwesen, durch den Zwang für einen Teil der Belegschaft, Überstunden zu machen, werden sie täglich gegeneinander ausgespielt. Dazu kommt noch die Hetze durch die bürgerliche Presse und die Massenmedien, die sie vom übrigen Volk isolieren und ihren Kampf erschweren soll.
Für diese Beamten ist es jetzt nötig, sich durch diese Hetze nicht einschüchtern zu lassen.
In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Unterstellungen des Kurier-Artikels zurückwiesen und ihre Absicht bekundeten, keinesfalls auf die Teuerungsabgeltung zu verzichten. An diesem Kurier-Artikel und den dauernden Sparappellen der bürgerlichen Politiker läßt sich schon ablesen, wie ernst sie es meinen mit dem Lohndruck gegenüber den Öffentlich Bediensteten: Im Budgetvorschlag für das kommende Jahr ist kein Posten für eine Erhöhung der Bezüge vorgesehen!

Gerade in dieser Situation wird es der Gewerkschaft nur dann gelingen, ausreichende Forderungen durchzusetzen, wenn die Masse der Gewerkschaftsmitglieder sich aktiv in die Auseinandersetzung einschaltet, wenn in allen Bereichen die Kollegen gemeinsam mit ihren Gewerkschaftsvertretern die Lohnforderungen diskutieren und über die Wege zu ihrer Durchsetzung beraten.

Spitalskollektiv

Die Kollektivverträge einiger wichtiger Branchen laufen im Herbst aus. Die Frage der Lohnforderungen wird wieder besonders aktuell. Das entscheidende Problem dabei ist: Woran sollen sich die Lohnforderungen orientieren - und wie, also in welcher Form und in welcher Höhe (auch für wie lange Gültigkeitsdauer) sollen sie daher von den Einzelgewerkschaften aufgestellt werden. Darüber findet in der Gewerkschaft eine Debatte statt - das ist sehr gut. Je breiter diese Debatte geführt wird, je mehr Gewerkschaftsmitglieder, je mehr Arbeiter und Angestellte daran teilnehmen, desto besser sind die Chancen, zu einer einheitlichen Meinung der Gewerkschaftsmitglieder in dieser Frage zu kommen.

Woran sollen sich Lohnerhöhungen orientieren?

Unter anderem beschäftigt sich auch Sepp Wille als führender Funktionär der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft in der Juli/August-Nummer von "Arbeit und Wirtschaft" mit dieser Frage. Sein Artikel hat die tiefsinnige Überschrift "Begegnung mit der Gerechtigkeit". Und die "Gerechtigkeit" ist auch der Ausgangspunkt seiner lohnpolitischen Überlegungen. Er geht dabei davon aus, "Gerechtigkeit" auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse anzustreben, also an der Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung arbeitet und eine kleine Minderheit davon profitiert, nicht rütteln. Daß auf der Basis dieser fundamentalen Ungerechtigkeit die Kritik, die Sepp Wille übt - z.B. an der Überbezahlung von Vorstandsmitgliedern der AGs - bestenfalls auf kleine kosmetische Korrekturen hinausläuft, ist einleuchtend.

Wenn man die bestehenden Verhältnisse nicht ändern will, muß man bei der Lohnpolitik natürlich vor allem von der Lage der Wirtschaft, "unserer" Wirtschaft, also von der Lage der Kapitalisten ausgehen. In einem Arbeitspapier der Gewerkschaft für den ÖGB-Kongreß heißt es dazu: "Würde man die Steigerungsraten der kollektivvertraglichen Lohnabschlüsse nur in der bisherigen Höhe beibehalten, muß dies allein schon zu steigenden Inflationsraten führen. Noch größer würden natürlich die Inflationsraten werden, würde man versuchen, die Steigerungsraten der kollektivvertraglichen und der betrieblichen Lohnabschlüsse weiter zu steigern, wie es vielleicht den Erwartungen breiterer Schichten der Arbeitnehmer entsprechen würde. Eine solche Trendumkehr ist absolut erforderlich, denn eine weiter steigende Inflationsrate würde zu einer geringeren Wachstumsratedes Bruttonationalprodukts führen, da sie zu einem Fehleinsatz der Produktionsfaktoren und zu einem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht führen muß."

Im Klartext heißt das: die Lohnabschlüsse müssen niedriger werden als bisher, damit die Wirtschaft nicht noch mehr belastet wird. Man muß aber davon ausgehen, daß die Inflation den Lebensstandard der Werktätigen stark beeinträchtigt hat, weil die meisten Reallöhne bereits sinken. Dem müßte mit ausreichenden Lohnerhöhungen entgegengetreten werden, um den Lebensstandard einigermaßen halten zu können. Eine Lohnpolitik, die tatsächlich im Interesse der Lohnabhängigen ist, darf sich also ausschließlich an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten orientieren.

Auch in der Frage der Form der Lohnerhöhungen wird klar, daß Wille nicht von den Interessen der Arbeiter und Angestellten ausgeht. Er meint, daß die Form, in der die kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen bisher stattfanden, nicht geändert werden sollte. "Jedoch möchte ich vor den schnellen Bastlern warnen. Lohnpolitik ist eine zu ernste Aufgabe, als daß man vor jeder Lohnrunde noch gleich eine neue Idee ins Spiel bringen dürfte." Er meint, daß die Prozenterhöhungen ohnehin in Ordnung sind: "Die prozentuelle Erhöhung der Löhne läßt die derzeitige Lohnstruktur bestehen........ Die Behauptung, daß eine derartige Teuerungsabgeltung, die nur auf einem Index beruht, die unteren Einkommen benachteiligt, ist höchstwahrscheinlich falsch(!). Abgesehen davon, daß eine andere Regelung eben Indizes zum Beispiel für 5.ooo-, 1o.ooo-, 15.ooo-, 2o.ooo-Schilling-Warenkörbe erfordern würde, stützt sich die erwähnte Behauptung auf die Tatsache, daß die Preise für Grundnahrungsmittel stärker steigen als die Preise für langlebige Konsumgüter, die vor allem bei höheren Einkommen wirksam werden. Diese Behauptung ist zwar richtig, birgt aber nur die halbe Wahrheit. Sie läßt unberücksichtigt, daß mit steigendem Einkommen die "Dienstleistungen" stark zunehmen und diese überdurchschnittlich stark verteuert werden............ Weiters bleibt unberücksichtigt, daß die Lebenshaltungskosten natürlich nicht den Baukostenindex berücksichtigen, der ebenso wesentlich stärker gestiegen ist als die Preise für Grundnahrungsmittel."

Die entscheidende Frage, nämlich daß die Prozentform der Lohnerhöhungen spalterisch ist, weil sie für jeden etwas anderes bringt, wird in dieser Weise gar nicht gestellt - denn die Einheit der Arbeiter interessiert den Kollegen Wille offensichtlich nicht. Dadurch, daß hinter Prozentforderungen nur äußerst schlecht die Einheit hergestellt werden kann, ergibt sich fast immer, daß alle zu wenig erhalten. Außerdem vertiefen Prozentforderungen den Graben zwischen Niedrig- und Hochverdienern, lassen die "Schere" immer weiter auseinanderklaffen. Somit ist es natürlich richtig, daß die unteren Einkommen durch Prozenterhöhungen benachteiligt werden. Denn Wille gibt selbst zu, daß die grundlegenden Lebensmittel, die ja den überwiegenden Teil der Ausgaben der meisten Arbeiterfamilien bilden, stärker steigen als die ebenfalls im Index enthaltenen "langlebigen" Konsumgüter. Das scheinheilige "Argument" mit den Dienstleistungen und dem Baukostenindex, die noch stärker steigen, kann nur jemand anwenden, der die Spitzenverdiener - oder vielleicht auch sich selbst - dafür bemitleidet, daß die Preise etwa diverser Massagesalons ("Dienstleistungen") oder die Baukosten für Swimming-Pools noch stärker steigen als die Preise der Grundlebensmittel!

Aber welche Möglichkeiten gibt es außer der Prozentform noch ?

Mindestbetrag

Dabei wird eine Prozenterhöhung abgeschlossen, dazu aber ein fixer Mindestbetrag festgesetzt, also z.B. 12%, aber mindestens 6oo Schilling. Die bereits genannten wesentlichen Nachteile der Prozentforderung bleiben bestehen, der Zweck dieser Regelung war immer der, durch den Mindestbetrag zu erreichen, daß die untersten Lohngruppen nicht völlig beschissen dastehen und ihre Unzufriedenheit über den miesen Abschluß abzublocken. -Aber die Mindestbeträge waren meistens so niedrig gehalten, daß die Einheit hinter ihnen nicht hergestellt werden konnte.

Sockelbetrag

Eine ähnliche Variante wird häufig von der KPÖ vorgeschlagen. Ein fixer Sockelbetrag für alle gleich - und darüber eine Prozenterhöhung. Durch diese Form der Lohnerhöhung wird ebenfalls weder die Spaltung beseitigt, noch verhindert, daß die Schere zwischen Hoch-und Niedrigverdienern sich weiter öffnet. Bei beiden Varianten kommt es darauf an, wenn sie irgendwo zum Tragen kommen, einen möglichst hohen Festbetrag zu fixieren, um die Spaltung einzuschränken.

Lineare Lohnerhöhung

Viel besser ist es allerdings, Lohnerhöhungen in Form eines fixen Betrags, in Schilling für alle gleich, anzustreben. Durch diese Form der Lohnerhöhung wird verhindert, daß der Abstand zwischen Hoch- und Niedrigverdienern größer wird. Zweitens kann man den Betrag, den man braucht, eindeutig festlegen, jeder Arbeiter kann sich darunter was konkretes vorstellen, wenn man z.B. fordert: "1.5oo.- Schilling mehr für alle gleich !"

Somit sind gute Bedingungen geschaffen, um die Einheit möglichst vieler Kollegen herzustellen hinter einer solchen Forderung. So wird vermieden, daß durch die spalterische Wirkung von Prozentforderungen alle zu wenig erhalten, sondern die Kampfkraft z.B. einer ganzen Branche kann bestmöglich zur Geltung gebracht werden.

Auf die Frage,"Woran sollen sich Lohnerhöhungen orientieren" antworten die Kommunisten: Der entscheidende Ausgangspunkt ist, was die Arbeiter und Angestellten brauchen. Um solche ausreichenden Lohnerhöhungen auch zu erreichen, muß eine Form gewählt werden, durch die die Einheit der Arbeiter und Angestellten hergestellt und ihre Kampfkraft am besten zur Wirkung gebracht werden kann. Die beste Form dafür ist die Forderung nach einer Lohnerhöhung in Schilling für alle gleich !

R.B.

Alpine-Donawitz: Lächerliches Angebot

Bei den derzeit laufenden innerbetrieblichen Lohnverhandlungen getraute sich die Konzernleitung des verstaatlichten Konzerns den Arbeitern mit einem lächerlichen Angebot entgegenzutreten. Ganze 5o Schilling und 17 Groschen soll die Erhöhung Brutto im Monat (!) betragen, die sie den Arbeitern "zugestehen" wollen. Alle Fraktionen des Betriebsrates lehnten dieses "großzügige" Angebot ab und beharrten weiter auf ihrer Forderung von durchschnittlich 2,8o Schilling pro Stunde Erhöhung.

Fortsetzung von Seite 1

Vorschläge zu den KV – Runden

Biro bzw. ein derartiger Versuch bei den Werkzeugmachern von Eumig).
Daß das noch nicht alles ist, zeigt das Beispiel der Firmenleitung des Gasherdwerkes GEBE in Wien, die die Emaillierer von ihrem Akkordlohn von 45 S auf den kollektivvertraglichen Mindestlohn von 27 S herabdrücken wollte....

Was die Kapitalisten wollen, hat sich also in letzter Zeit ganz klar abgezeichnet: Immer schärfer und mit allen Mitteln gegen die Arbeiter, die die Lasten der Krise tragen sollen.

Worum geht es bei den KV-Verhandlungen

Eine betriebliche Gegenwehr gegen das Vorgehen der Kapitalisten ist nur in einzelnen Fällen zustandegekommen, den Belegschaften sind durch Streiks Erfolge gelungen (Engel/Schwertberg gegen die Arbeitshetze, Teppichfabrik/Pottendorf gegen die Schließung).

Im allgemeinen ist aber eine betriebliche Gegenwehr immer schwieriger zustandezubringen. Deshalb bekommen die KV-Vertragsabschlüsse entscheidende Bedeutung: Hier stehen den Kapitalisten immerhin die Arbeiter einer ganzen Branche gegenüber. Hier geht es um Abschlüsse, die für ein Jahr den Lohn und die Arbeitsverhältnisse für Hunderttausende Arbeiter und Angestellte regeln.

Das macht es notwendig, daß die Arbeiter und Angstellten verstärkt ihr Augenmerk auf die anstehenden Verhandlungen und Abschlüsse richten. Es stehen dringende Fragen an, über die sie sich eine Meinung bilden und zu einem einheitlichen Willen kommen müssen.

Die Ist-Löhne und Gehälter

Bei den Ist-Löhnen und -Gehältern gilt vor allem: keiner darf aus den Verhandlungen mit weniger herauskommen, als die Lebenshaltung sich seit dem letzten Abschluß verteuert hat.

Das klingt selbstverständlich, ist es aber offensichtlich nicht. Bei den Bauarbeitern z.B. sind Lohnerhöhungen abgeschlossen worden, die weit unter der Teuerung seit dem letzten Abschluß liegen. Für einen großen Teil der Textilarbeiter war es nicht anders.

Am besten für ein einheitliches Auftreten gegenüber den Kapitalisten wäre eine einheitliche Forderung in Schilling. Prozentforderungen spalten nur auf und bringen den unteren Lohngruppen fast nichts.

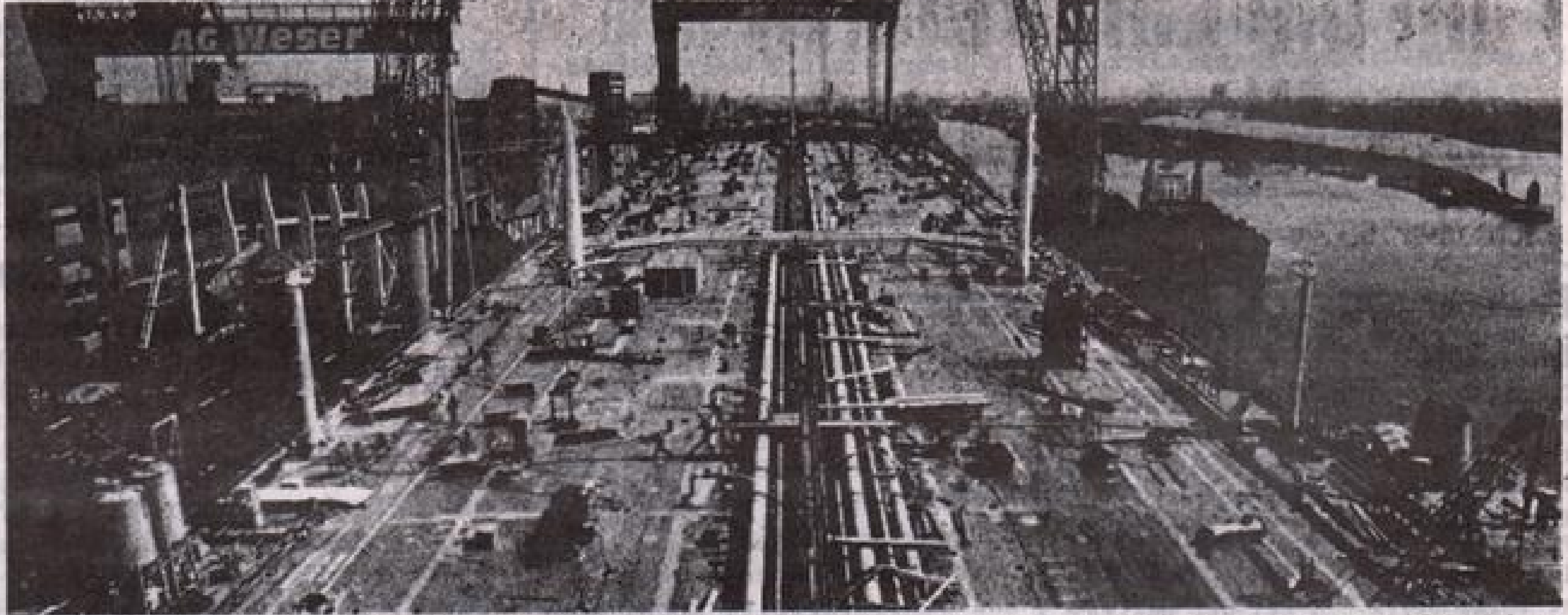
Jedenfalls muß aber für jeden mindestens ein Schillingbetrag netto herausschauen, der die Teuerung der 14 Monate Laufzeit voll abgilt und auch die Verteuerung der Lebenshaltung einkalkuliert, die in keinem Index aufscheint: die durch die steigenden Arbeitsbelastungen gestiegenen Ausgaben usw.

Werke aufbaute, weil er dort zum wesentlich niedrigeren KV-Lohn Leute einstellen konnte.

Auch das erwähnte Beispiel von GEBE zeigt die Folgen der großen Differenz zwischen Mindest- und Ist-Löhnen: Die KV-Löhne sind gesetzlich stärker abgesichert und schwer zu untergehen, die Ist-Löhne können leichter gedrückt werden. Vor allem heute, wo genug Arbeitskräfte auch zum Mindestlohn zu haben sind.

Das zeigt, daß es eine Notwendigkeit ist, daß die MINDESTLÖHNE KRÄFTIG IN RICHTUNG IST-LÖHNE ANGEHOBEN WERDEN!

Auch bei den Mindestlöhnen und Mindestgehältern haben sich in den letzten Jahren die Abstände zwischen den Lohngruppen vergrößert (bei den Metallarbeitern sind z.B. zwischen Lohngruppe 10 und



Dieser Tanker, der viertgrößte der Welt, hatte am Freitag, 8. August, in Bremen Stapellauf: der 396 000 Bruttoregistertonnen-Tanker World Giant. Die Bauzeit für Schiffe dieser Größenordnung haben die Werftkapitalisten heruntergeschraubt auf 18 Wochen. 18 Wochen Knochenarbeit von 5 000 Arbeitern werden jetzt stillgelegt. Sie haben sich im Nachhinein als überflüssig herausgestellt. Sekt und Kaviar für die Kapitalisten, die sonst aufgetischt werden, wenn es den Werftherren gelungen ist, das von den Arbeitern gebaute Schiff zu versilbern, blieben diesmal im Keller. Die Taufe fiel ins Wasser, weil sich bis jetzt kein Reeder fand für dieses Schiff. "Was wir mit diesem Schiff machen, ist unsere Sache", erklärte der Direktor auf der letzten Betriebsversammlung. Wie kann das angehen, fragen viele Kollegen, daß dieses Schiff nun irgendwo angebunden wird und vergammelt? Weil in der kapitalistischen Gesellschaft nicht planmäßig, sondern anarchisch produziert wird und eine ungeheure Verschwendung herrscht, ist die Antwort.

Lohngruppe 1 um die 20 S pro Stunde Unterschied). Auch hier ist daher eine einheitliche Forderung in Schilling anzustreben.

Zur Höhe der notwendigen Forderungen wäre es gut, in möglichst vielen Betrieben eindeutige Beschlüsse zu fassen, die die Betriebsräte in den Gewerkschaftsortsgruppen zu vertreten haben.

Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und Mindestgehälter

Die KV-Löhne und Mindestgehälter bekommen in der heutigen Situation immer größere Bedeutung. Sie sind in den letzten Jahren immer stärker hinter den Ist-Löhnen, die in den Gebieten ohne Arbeitskräfteüberschuß gezahlt werden mußten, zurückgeblieben.

Die bittersten Erfahrungen mit dieser Tatsache machen derzeit die Kollegen von Schrack/Meidling, wo Arbeitskräfte abgebaut werden, während der Unternehmer im Waldviertel

Die Lehrlingsentschädigung

Die kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigungen werden kaum überbezahlt. Bei den Metallarbeitern betragen sie z.B. derzeit im ersten Lehrjahr 300.-, im zweiten Lehrjahr 420.-, im dritten Lehrjahr 520.- und im 4.Lehrjahr 700.-. Bei den Angestellten und in den anderen Branchen sind sie kaum höher, z.T. sogar noch niedriger.

Das hat sich immer schon schädlich ausgewirkt. Nicht nur, daß die Eltern ihre Kinder bis zum 18., 19.Lebensjahr unterstützen müssen:

Erstens ist die niedrige Lehrlingsentschädigung ein wesentlicher Anreiz für die Kapitalisten, die Lehrlinge möglichst früh voll in die Produktion und den normalen Bürobetrieb einzugliedern, wodurch die Ausbildung der Lehrlinge zu kurz kommt und Arbeitsplätze Erwachsener gefährdet werden.

Zweitens ist die niedrige Lehrlingsentschädigung seit jeher ein entscheidender Grund dafür, daß Jugendliche keinen Beruf erlernen können. Beide schädlichen Auswirkungen verstärken sich in der heutigen Situation durch den Konkurrenzkampf der Kapitalisten bzw. den sinkenden Lebensstandard der Arbeiterschaft und kleinen Angestellten.
Es wäre ein entscheidender Fortschritt, wenn für die Lehrlinge nicht länger gesondert niedrige Erhöhungen abgeschlossen würden, sondern in demselben Ausmaß wie die einheitliche Schillingforderung für die erwachsenen Kollegen. Das würde die Jugend in den Betrieben in der Lohnfrage fest mit der Belegschaft zusammenschließen.

Die »Spezial« - Lohngruppen für Frauen und Jugendliche müssen weg!

In den Arbeiter-Kollektivverträgen finden sich Lohngruppen, deren einziger Zweck in der Niederhaltung der Löhne bestimmter Arbeitergruppen besteht. Das hat für die gesamte Arbeiterschaft zur Folge, daß diese Gruppen als Lohndrücker eingesetzt werden können, indem sie für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden.
Die Lohngruppen 9 und 10 sind z.B. die niedrigst bezahlten Lohngruppen im Metallarbeiter-Kollektivvertrag. Die einzige Begründung für die niedrige Bezahlung besteht darin, daß es sich dabei um Jugendliche handelt. Die Arbeit eines 17-,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

Vorschläge zu den KV – Runden

18-jährigen Mädchens am Fließband in der Elektroindustrie unterscheidet sich durch nichts von der ihrer Kolleginnen. Ihre niedrigere Bezahlung wird höchstens z.B. im Einzelakkord dazu führen, daß sie durch vermehrte Anstrengung die Handhabe zur Erhöhung der Normen für alle Kolleginnen liefert. Daran haben nur die Kapitalisten Interesse.

Die Lohngruppe 6 des Metallarbeiter-KV dient zur Niedrighaltung der Frauenlöhne. Seit die eigene Frauenlohngruppe, um den Schein zu wahren, abgeschafft wurde, werden eben die angelernten Frauen in diese Gruppe eingestuft (nach einer Untersuchung des Bundeskanzleramtes sind zwei Drittel der Frauen in dieser Branche in dieser Lohngruppe). Zwei Drittel der Männer, die Anlerntätigkeiten verrichten, befinden sich in Lohngruppe 4. Die Vorsitzende der Frauensektion der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Kollegin Braun, hat die Lohngruppe 6 als "illegale Frauenlohngruppe" bezeichnet.
Auch diese Lohngruppe gehört weg, genauso wie alle entsprechenden Lohngruppen in den Kollektivverträgen der anderen Branchen!

Mindesturlaub auf 4 Wochen

In den meisten KVs ist der Urlaubsanspruch bei einer Dienstzeit von weniger als 10 Jahren mit 3 Wochen festgelegt. Der bevorstehende 8.Gewerkschaftstag wird die Forderung nach 4 Wochen Urlaub beschließen. Das war längst notwendig.

Die Unternehmer beabsichtigen aber, die Verwirklichung noch weiter hinauszuschieben, und diesen Absichten wird die Gewerkschaftsführung nicht entgegentreten. Die zunehmende körperliche und nervliche Belastung durch die Arbeit, durch Überstunden, Akkord- und Schichtarbeit, macht aber die baldigste Durchsetzung dieser Forderung zu einer wichtigen Frage für die Gesundheit und Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeiter.

Die KV-Verhandlungen für die Metallindustrie und andere wichtige Branchen sowie für die Industrieangestellten sind eine der ersten Gelegenheiten nach dem Gewerkschaftstag, wo sich zeigen wird, ob sich der Wille der Mitglieder zur baldigen Verankerung der Urlaubsforderungen durchsetzen kann.

Festlegungen für Kurzarbeit und Zwangsurlaub in die Kollektivverträge

Außer daß auch bei Kurzarbeit das Urlaubsentgelt nach der Normalarbeitszeit berechnet werden muß, gibt es in den Arbeiter-KVs keine Bestimmungen über solche unternehmerische Zwangsmaßnahmen.

Es wäre gerade angesichts der heutigen Situation eine entscheidende Verbesserung der Position der Belegschaften, wenn im KV Bestimmungen durchgesetzt würden, die den Kapitalisten die Ausnützung von Kurzarbeit und Zwangsurlaub zur Steigerung der Arbeitshetze und zum Wegrationalisieren von Arbeitskräften erschweren.

Solche Bestimmungen müßten bei vollem Lohnausgleich untersagen, daß, während kurzgearbeitet wird,

- Überstunden gemacht werden,
- weiterhin Arbeiten im Akkord und Prämienlohn vergeben werden.

Für Zwangsurlaube müßte festgelegt werden, daß sie bei voller Bezahlung und zusätzlich zum normalen Erholungsurlaub für die gesamte Belegschaft stattfinden müssen, um die von den Unternehmern geübte Praxis der Weiterarbeit von Abteilungen mit vermindertem Personalstand zu unterbinden.

Für Kurzarbeit und Zwangsurlaub müßte voller Lohnausgleich gesichert werden.

Mit solchen Regelungen im Kollektivvertrag wäre auch ein Schritt in Richtung der allgemeinen Beseitigung der spalterischen Antreibersysteme Akkord- und Prämienarbeit getan.

Weg mit der spalterischen Ausländerklausel

In den Kollektivverträgen findet sich die Spalterklausel, die jetzt auch noch zum Gesetz erhoben worden ist: daß die ausländischen Kollegen zuerst zu entlassen sind, bevor ein Betrieb auf Kurzarbeit gehen darf oder österreichische Kollegen entlassen werden.

Viele Kollegen fallen noch immer auf die Argumente herein, die zur Rechtfertigung dieser Regelung erfunden worden sind. Die Tatsachen aber beweisen: wo immer die Firmenleitung ungestört die ausländischen Kollegen rausschmeißen konnte (mit Berufung auf den Vertrag mit der Gewerkschaft, oft mit Zustimmung der Betriebsräte), waren bald auch die Österreicher dran. Wo es keine Einigkeit unter den Arbeitern gibt, egal ob Ausländer oder Inländer, treffen letzlich jeden die Maßnahmen der Kapitalisten und mit der Gegenwehr schaut es dann schlecht aus. Das ist in der Frage der Entlassungen genauso wie beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen.

Es ist eine Schande, wenn eine Gewerkschaft, die die Interessen aller Arbeiter organisiert vertreten soll, Verträge darüber abschließt, welche Sorte ihrer Mitglieder als erste kampflos den Druckmaßnahmen der Kapitalisten preisgegeben werden! Raus mit dieser Spalter-Klausel aus allen Kollektivverträgen! Klare Stellungnahme der Gewerkschaft gegen das Ausländergesetz, das frontal gegen die Arbeitereinheit gerichtet ist!

Die Arbeiter und Angestellten müssen ihren Willen zum Ausdruck bringen

Was sich an den Äußerungen Benyas den Lohnforderungen der Gewerkschaftsführung ablesen läßt, gilt für die Haltung der Gewerkschafts-Spitze auch zu den anderen brennenden Problemen. Wie mit einer Lohnforderung von 9,5% (Benya) auf die Interessen der Kapitalisten Rücksicht genommen wird, so soll es auch beim Urlaub usw. sein.

Für die Arbeiter und kleinen Angestellten hat sich durch die Entwicklung seit den letzten "maßvollen" KV-Abschlüssen gezeigt, daß jedes Nachgeben die Kapitalisten nur zu neuen Angriffen ermutigt, ja sie ihnen erleichtert: Ein Nachgeben beim Lohn von seiten der Lohnabhängigen erleichtert es den Unternehmern, die Arbeiter und Angestellten zur Hinnahme von Verschärfungen beim Leistungslohn, Überstunden usw. zu bringen.

Diese Entwicklung zu bremsen, wird immer notwendiger.

Dazu ist Voraussetzung, daß unter den Lohnabhängigen Einigkeit darüber erzielt wird, daß Nachgeben nichts nützt, und daß die Bereitschaft zum Zusammenschluß hinter Forderungen gegen die Kapitalisten wächst.

Diese Bereitschaft wird sich in Beschlüssen in den Betrieben zeigen müssen, wozu die für die 2.Jahreshälfte anstehenden Betriebsversammlungen eine gute Gelegenheit sind.

Nur der stärkere und entschlossenere Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder hinter klaren Beschlüssen bietet auch die Möglichkeit, die Einheit für die Durchsetzung der eigenen Interessen auszubauen. Damit wird es den bürgerlichen Funktionären und Führern, die sich in unserer Gewerkschaft breitgemacht haben, schon schwerer fallen, unsere Interessen bei den Verhandlungen mit den Kapitalisten kampflos zu opfern.

Vor allem werden damit die Voraussetzungen, selbst in einem solchen Fall noch die hergestellte Einheit zum erfolgreichen selbständigen Kampf in den einzelnen Betrieben zu nützen, verbessert.

A.R./G.St.

Produktionsrückgang im Juni

Den stärksten Produktionsrückgang seit 1967 hatte im Juni die österreichische Industrieproduktion zu verzeichnen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr ging die Produktion um 12,1% zurück. Bei langlebigen Konsumgütern betrug er sogar 22,7% und bei der Bekleidung 19,2%.

Investitiosrückgang um 8,5%

Nach den letzten Umfragen des Instituts für Wirtschaftsforschung zeichnet sich für 1975 ein Rückgang der Investitionen von 8,5% ab. Lediglich die Verstaatlichte Industrie und Betriebe mit mehr als 1ooo Beschäftigten investierten mehr als der Durchschnitt. Sie konnten die höheren Profitpolster für Rationalisierungsinvestitionen nutzen. Gleichzeitig vergrößern sich aber die Warenlager: bei den Eisenhütten türmen sich 1975 um 46% mehr Fertigwaren als im Vorjahr. Die Papierindustrie sitzt derzeit auf 91% höheren Vorräten als 1974. Insgesamt hatten die Lagerbestände schon 1974 um 25% zugenommen und damit den höchsten Wert seit 1966 erreicht.

Indirekte Kurzarbeit

Um jetzt vor den Wahlen nicht in einen schlechten Geruch zu kommen, haben sich die Unternehmen der verstaatlichten Industrie einen neuen Trick ausgedacht: Fortbildung. Die Arbeiter werden einfach mit einigen Lehrheften in der Hand nach Hause geschickt, und dies scheint daher weder als Arbeitslosigkeit noch als Kurzarbeit auf.
Bei der Styria Edelstahl in Judenburg betrifft das 64o Arbeiter, die jedes Monat für eine Woche zu Hause sind. Bei der Alpine Krieglach und in Kindberg starten diese "Fortbildungsaktionen" im September. Bezahlt werden alle diese Aktionen, die der SPÖ vor den Wahlen helfen soll, ihre "glänzende Erfolgsbilanz" unter's Volk zu bringen, aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung.



Was die ÖGB-Spitzen nicht begreifen können

"Solidarität" (ÖGB-Illustrierte, Septembernummer) fragt HAN Suyin (bekannte chinesische Schriftstellerin): "Sie haben festgestellt, daß sich in China die Löhne in den letzten Jahren zweimal um zehn Prozent erhöht haben, aber gleichzeitig die Preise nicht gestiegen sind. Das ist für uns kaum begreiflich." Da sieht man's wieder: Was fürs 'Kapital', dem 'Sozialpartner', nicht sein kann, ist für den ÖGB unbegreiflich!

Han Suyin versuchts zu erklären: "... Wenn es mehr Güter gibt, sollten die Preise doch sinken. Wenn es also eine Preis- und Lohnkontrolle gibt, wird man den Profit natürlich auf die arbeitende Bevölkerung aufteilen. Eine sehr einfache Regelung." - Die natürlich nur möglich ist, wenn die Menschen die Kontrolle über die gesellschaftlichen Verhältnisse haben; wenn die Arbeiterklasse auch Eigentümerin der Produktionsmittel ist und die politische Macht fest in der Hand hat - und das liegt offensichtlich außerhalb der Begriffswelt unserer ÖGB-Führung.

Röhrenwerk Hall/Tirol

Die Haller Röhrenwerke haben ihren letzten Berichten zufolge im vergangenen Jahr bei einem um 2,3% gesunkenen Personalstand ihre Produktion um 14% erhöhen können. Wie sie selbst weiterschreiben, wird dies auch weiterhin ihre "unternehmerische Linie" bleiben. Auch im ersten Halbjahr 1975 habe man "durch Absenkung der Personalbestände bei erhöhter Produktivität die Lage verbessern" können. Offener kann man es nicht mehr sagen, auf wessen Rücken die Kapitalisten den Profit herausschinden.

Kündigungen in Schuhfabrik Rehberg

Vor einigen Tagen wurden in der niederösterreichischen Schuhfabrik 48 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt. Vor einigen Monaten wurden einmal 18 und ein anderes Mal 2o Beschäftigte gekündigt. Der Belegschaftsstand des Betriebes verringerte sich von etwa 4oo auf 3oo Arbeiter. Diesmal stimmte, im Gegensatz zu den vorhergehenden Kündigungen, der Betriebsrat geschlossen gegen diese Kündigungen.

SPÖ-Reform: Mutter-Kind-Paß

In einer großangelegten Plakataktion streicht die SPÖ die "Leistungen" des unter ihrer Regierung geschaffenen Gesundheitsministeriums heraus. Vor allem den Mutter-Kind-Paß und die Gesundenuntersuchung.

Österreich hat nach Portugal die höchste Kindersterblichkeit Europas. Das ist nicht gut, auch für den Staat ist das keine erfreuliche Angelegenheit. Um diesen Zustand zu ändern, hat sich die SP-Regierung den Mutter-Kind-Paß (MKP) einfallen lassen. Jede Mutter erhält, sofern sie österreichische Staatsbürgerin ist und den gesetzlichen Bestimmungen folgt, 16 000 S in zwei Raten. Diese Bestimmungen verpflichten zu vier ärztlichen Untersuchungen und zwar:

1. Blutuntersuchung
2. Interne Untersuchung
3. wie schon in der Blutuntersuchung: Bestimmung des Hämaglobin und des Hämokritwerts (Konzentration des Blutfarbstoffes, prozentueller Anteil an roten Blutkörperchen)
4.

Über diese Untersuchung sagt die Verordnung überhaupt nichts weiteres aus, außer daß sie in der 35. bis 38. Schwangerschaftswoche stattfinden muß.

Zur Erlangung des ersten Teilbetrags muß das Neugeborene in der ersten Lebenswoche untersucht werden.

Zur Erlangung des zweiten Teilbetrags sind wieder vier Untersuchungen nötig. Über diese wird lediglich ausgesagt, wann sie stattfinden müssen. Allgemein heißt es aber in §2, Absatz 6, daß das Körpergewicht und die Länge des Kindes eruiert werden sollen, sowie eine "eingehende" ärztliche Untersuchung vorgenommen werden soll.

Sind diese Maßnahmen ausreichend und geeignet?

Bei den Blutuntersuchungen wird keine Blutanalyse des Vaters vorgenommen. Dies ist aber nötig, wenn man bei nicht zusammenpassenden Blutgruppen Fehl- und Totgeburten sowie Gehirnschädigungen vermeiden will.

Die Toxoplasmoseuntersuchung (= eine häufige, meist unbemerkt verlaufende Virusinfektion, die beim Embryo schwere Gehirnschädigung bewirkt) wird oberflächlich mit Streifentests durchgeführt. Hiebei kann man nichts Entscheidendes feststellen. In Österreich gibt es ja nur ein einziges Institut, welches in der Lage ist, darüber korrekte Diagnosen zu erstellen. (Die Wartezeiten dort überschreiten beträchtlich die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zur Erlangung des MKP).

Zumeist fehlt auch eine Feststellung der Rötelnantikörper; nicht einmal Erhebungen darüber sind für den MKP erforderlich. Hat aber die Mutter zuwenig Antikörper, so führt dies zum Erblöden des Kindes, falls die Mutter mit Menschen in Kontakt kommt, die von Röteln befallen sind.

Die Geburten"beihilfe" ist wahrlich sauer "verdient". An der Kindersterblichkeitsrate wird sich aber sicher nichts wesentliches ändern. Einen ausreichenden Schutz der Mütter (Verlängerung der Karenzzeit, ausreichende Untersuchungen, bei akuter Gefahr Schwangerschaftsabbruch) können diese Maßnahmen nicht gewährleisten. Die Untersuchungen genügen dem Gesetzestext, sekkieren die Mütter und schützen weder sie noch die Kinder.

R.Sch.
(VUV/Sektion Gesundheitswesen)

LANDES-SONDERKRANKENHAUS UND -SONNENHEILSTÄTTEN
STOLZALPE
DER ÄRZTLICHE DIREKTOR
WIRKL. HOFRAT PROF. DR. H. BUCHNER

Quälerei von Kindern

IHR ZEICHEN: IHR SCHREIBEN VOM: UNSER ZEICHEN: [redacted] DATUM: [redacted]

BETRIFFT: [redacted]

Ich möchte Sie recht herzlich bitten, meine Zeilen zu veröffentlichen, weil ich mir davon erhoffe, daß arme kranke Kinder, die durch ihre Krankheit von ihren Eltern getrennt sein müssen, eine bessere Betreuung erfahren.
Wenn ich Ihnen kurz meinen Fall schildern darf.

Unsere Tochter, knapp 3 Jahre alt, leidet seit längerer Zeit an Asthma. Nach einigen Spitalsaufenthalten legt man uns Eltern nahe und verspricht uns eine Besserung von einem Aufenthalt auf der Stolzalpe.

In den ersten Wochen ist für Kleinkinder Besuchsverbot. Nach fast 5 Wochen besuchen wir das erste Mal am Samstag unsere Tochter, die mit eineinhalb Jahren sauber geworden ist und sich selber auszieht und auf den Topf geht.

Im Mauthner Kinderspital ist es möglich, daß bei jedem Bett ein Topf steht und die Kinder ihn alleine benützen können. Meine Tochter hat nun, mit fast 3 Jahren Windeln, weil es im Kinderspital Stolzalpe die Schwestern bestimmen, wann die Kleinkinder menschliche Bedürfnisse haben. Es gibt im Kinderzimmer außerhalb dieser Zeit keine Töpfe.

Am nächsten Tag (Sonntag) müssen wir wieder sehr lange nach einer Schwester suchen, um unseren Wunsch, unsere Tochter zu besuchen, aussprechen zu können. Die Schwester erklärt uns, daß das Kind gerade schläft und wir ins Zimmer dürften. Wir kommen in einen kleinen kahlen Raum mit 3 Betten und ohne Tisch, ohne Spielzeug. Alle 3 Kinder waren an die Betten angebunden. Die Schwester schob das Bett unserer Tochter auf den Gang, wo sich noch mehr Besucher aufhielten. Auf unsere Frage, warum das Kind, das nicht bettlägerig ist und spazierengehen darf, angebunden ist, erklärt uns die Schwester, das wird gemacht, damit die Kinder nicht aus dem Bett steigen können. Wir haben in Wien schon viele Kinderspitäler von innen gesehen, aber noch nie, daß die Kinder beim Schlafen ans Bett gebunden werden. Die Kinder bekommen einen ca. 2 cm dicken Gurt um die Brust und um beide Schultern gelegt, der auf der Rückseite, wo das Kind mit dem Rücken und Kopf draufliegt, fest verknotet wird. Links und rechts von der Brust und rückwärts am Hals wird dieser Gurt am Bett festgebunden. Unserer Tochter war es unmöglich, ihren Körper um nur 2 bis 3 cm zu verschieben. das einzige, was sie vom Oberkörper bewegen konnte, war der Kopf, von links nach rechts oder umgekehrt. Ein Besucher stellte fest: "Da haben meine Kühe im Stall mehr Bewegungsfreiheit als diese Kleinkinder hier."

Wir haben unsere Tochter, die in den 5 Wochen Aufenthalt Bettnässerin geworden ist, sofort nach Hause genommen und versuchen nun mit viel Liebe ihr diesen seelischen Schock vergessen zu lassen.

Name und Adresse sind der Redaktion bekannt.

KJÖ/KPÖ zur Ausbildungsmisere

Die KJÖ geht, wie das ÖGJ-Programm, davon aus, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt "den Bedarf an qualifizierten Fachkräften wachsen" läßt. Das heißt, die KJÖ geht aus von dem Bedarf der kapitalistischen Wirtschaft, wieviele Fachkräfte benötigt werden. Heute ist es aber gerade so, daß es in weiten Gebieten Österreichs zuwenig Lehrstellen gibt und zu viele Arbeiterjugendliche, die eine Lehre besuchen wollen. Was soll dann das Gerede, der wissenschaftlich-technische Fortschritt erhöht den Bedarf an Fachkräften. Im Kapitalismus gehts nach dem Profit, auch bei der Lehrlingsausbildung. Wenn die Ausbildung von Lehrlingen zuwenig Profit verspricht, werden weniger ausgebildet.

Zusammengefaßt bedeutet das, die KJÖ und die KPÖ gehen nicht davon aus, eine einheitliche, umfassende polytechnische Ausbildung zu erkämpfen, um so der Arbeiterjugend zu ermöglichen, einen Überblick über alle Hauptzweige der Produktion zu bekommen, sich in alle Staatsangelegenheiten einmischen zu können. Kurz, um den Klassenkampf besser führen zu können, bessere Bedingungen für die Erkämpfung des Sozialismus zu schaffen. Nein, davon geht die KPÖ und die KJÖ nicht aus, sondern sie richten sich nach dem Bedarf der kapitalistischen Wirtschaft, und das nennen sie dann eine "echt moderne Berufsausbildung".

Mit dem ÖGJ-Programm sind sie einverstanden, stellen aber noch einige "zusätzliche Forderungen" auf, um zu ihrer "echt modernen Berufsausbildung" zu kommen.

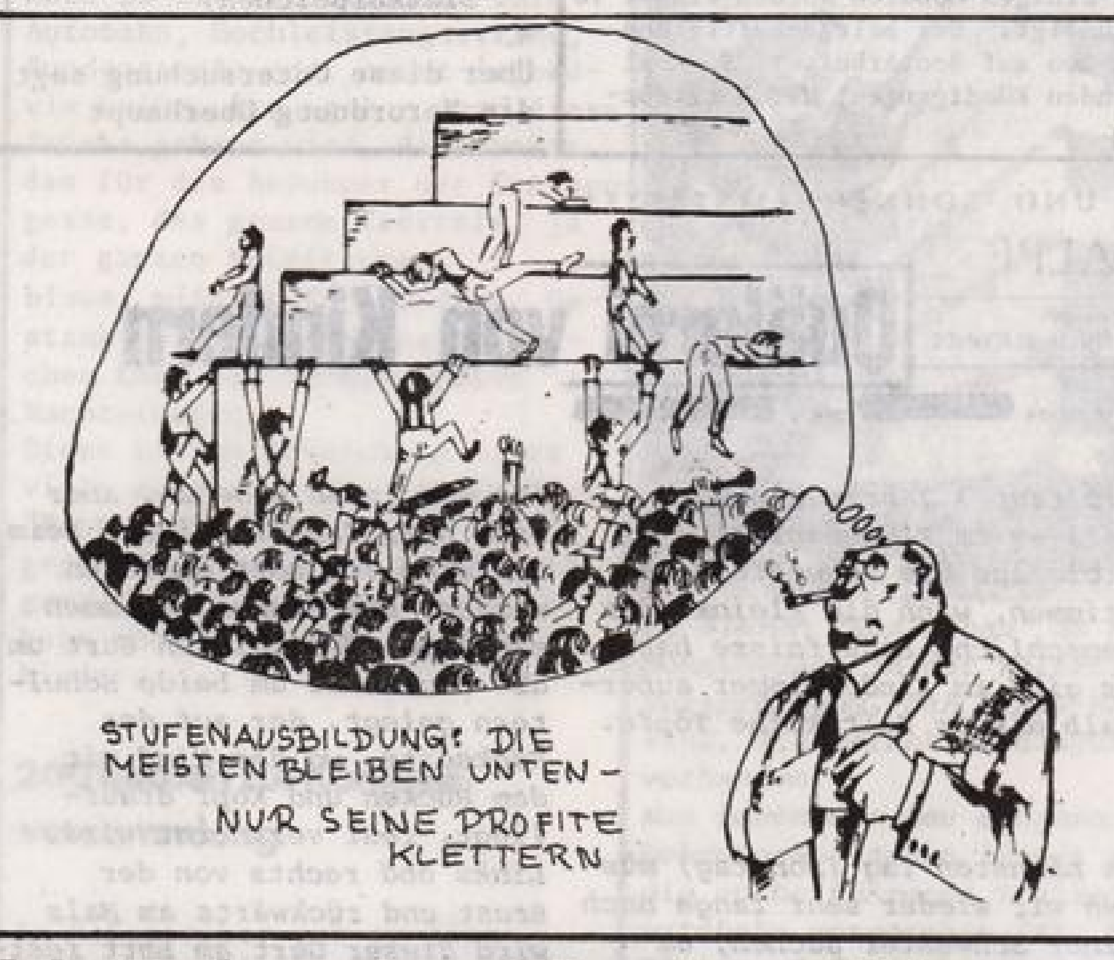
So verlangen sie die "Gelegenheit(!) zum Berufsschulunterricht" für jugendliche Hilfsarbeiter und Angelernte. Dabei kann sich die KJÖ nicht viel gedacht haben, denn wozu soll z.B. ein jugendlicher Hilfsarbeiter auf die Berufsschule gehen, wenn er trotzdem keine Facharbeiterprüfung machen kann und es außerdem noch gar nicht klar ist, ob die Kapitalisten die Zeit in der Berufsschule auch bezahlen. Gerade aber aus Geldnöten haben die meisten jugendlichen Hilfsarbeiter auch auf eine Lehre verzichten müssen. Die jugendlichen Hilfsarbeiter und Anlernlinge brauchen nicht bloß eine Gelgenheit zum Berufsschulunterricht, sondern:

- das Recht auf eine Berufsschulklasse ihrer Wahl und unbedingt Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfuhg ablegen können!
- Bezahlung der Zeit in der Berufsschule durch die Kapitalisten.

Dies muß auch für arbeitslose Jugendliche gelten, welche auch eine Unterstützung in einem solchem Umfang, daß sie sich selbst erhalten können, bekommen müssen.
Zur Jugendarbeitslosigkeit sagt die KJÖ überhaupt nichts.

Die KJÖ hält nichts davon, die Berufsschule dafür zu nutzen, dort für alle Jugendlichen das Recht auf eine Berufsausbildung zu erkämpfen. Dort auch den Kampf zu führen gegen die Kontrolle der Berufsschule durch den bürgerlichen Staat und die Kapitalistenverbände, damit eine einheitliche und polytechnische Ausbildung, die Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes erkämpft werden kann. Sie will lieber "staatliche Lehrwerkstätten" schaffen, um den Lehrstellenmangel auszugleichen. Auch die staatlichen Lehrwerkstätten, die die KPÖ als Rettung in der Krise vorschlägt, sind ein ausgedachtes Hirngespinst: in der Krise, wenn die Kapitalisten nicht zurecht kommen, soll der Staat einspringen und in eigenen Lehrwerkstätten diejenigen, die keinen Lehrplatz bei den Kapitalisten bekommen haben, ausbilden. Der Staat soll in Konkurrenz mit den privaten Kapitalisten als Lehrherr einspringen. Er wird dann natürlich auch darüber entscheiden, wen er zu seinen Lehrwerkstätten zuläßt. Da soll es dann neben den jugendlichen Arbeitern ohne Berufsausbildung, den Lehrlingen bei den privaten Kapitalisten auch noch staatliche Lehrlinge geben. Diese zusätzliche Spaltung durch die staatlichen Lehrwerkstätten bringt die Arbeiterjugendlichen in ihrem Kampf gegen die Ausbildungsmisere nicht weiter. Mit solchen Forderungen und Vorschlägen kann die Arbeiterjugend nichts anfangen, sie verhindern nur, daß sie gemeinsam den Kampf gegen die Ausbildungsmisere aufnehmen.

E.P./R.K.



Keine Stufen

Derzeit ist die Situation so, daß es immer noch über 200 Lehrberufe gibt, obwohl die überwältigende Mehrheit der Lehrlinge in einigen Berufen konzentriert ist.
Das heutige Lehrlingswesen bewirkt durch die frühzeitige Spezialisierung in einzelne Lehrberufe die Verkümmerung der Talente und Fähigkeiten der Arbeiterjugend. Es ist daher durchaus positiv, wenn die ÖGJ in der "Aktion 75" ("Für eine moderne Berufsausbildung") fordert, daß die bestehenden Lehrberufe zu Grundberufen zusammengefaßt werden sollen. Dies würde bedeuten, daß die Jugendlichen eine einheitliche Grundausbildung bekommen und die Spezialisierung erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt wird. Es besteht aber die Gefahr, daß diese Forderung dazu benutzt wird, um gleichzeitig die Berufsausbildung abzustufen.

Stufenausbildung bedeutet Spaltung

Was bedeutet die Stufenausbildung?
Stufenausbildung bedeutet, daß die Berufsausbildung nicht für alle Lehrlinge gleich ist, sondern abgestuft.
Der ÖGB (Enquete "Zukunft der Berufsausbildung", März 1973 Wien) formuliert das so:
Die "Berufsausbildung sollte differenziert erfolgen, und zwar den Gegebenheiten und der Berufswelt (!) und den Menschen und ihrer Begabungsstruktur entsprechend im Hinblick auf Ausbildungsinhalte, Organisation, Dauer der Ausbildung, Zuordnung der Ausbildungszeit am Lehrbetrieb und Berufsschule usw."
Was heißt das?
"Nach den Gegenbenheiten und der Berufswelt", das heißt nichts anderes, als man muß die Berufsausbildung nach den Wünschen der Kapitalisten organi-

Arbeiterjugend und Berufsausbildung

Die neunjährige Schulpflicht kann nicht verbergen, daß die Ausbildung der Jugendlichen tatsächlich kein gleiches Recht für alle ist. Schon nach wenigen Jahren Grundschule wird ein Großteil gerade der Arbeiterjugend auf die Nebengleise der Volks- und Hauptschule abgeschoben. Nach der gesetzlichen Schulpflicht haben jugendliche Hilfsarbeiter und Arbeitslose überhaupt kein Recht auf Schulbildung mehr. Die anderen Arbeiterjugendlichen, die in einer Lehre stehen, bekommen nur noch die für ihren Fachzweig minimalsten Grundkenntnisse verpaßt. Dieses schreiende Unrecht dokumentieren auch die Bildungsausgaben des kapitalistischen Staates.

Für einen Studenten pro Jahr ca S 36 000.-
für einen HTL-Schüler im Jahr ca 40 000.-
für einen Pädak-Schüler ca 26000.- im Jahr
für einen AHS-Schüler ca 14 000 .-- im Jahr
für einen Berufsschüler ca 2000.-- im Jahr.

Schulbuchaktion 1975/76:
Für einen AHS-Schüler S 1 200.
Haupt-und Volksschüler S 800.--
Berufsschüler S 200.--

Darüberhinaus sind die staatlich verfügten Berufsschullehrpläne ausschließlich an den Bedürfnissen der Profitproduktion ausgerichtet. Der Großteil der Berufsausbildung der Arbeiterjugendlichen unterliegt der unmittelbaren Verfügung durch die Kapitalisten, die ihnen rücksichtslos Profite abpressen. Im vergangenen Jahr wurden in 62% von 1268 inspizierten Betrieben 1590 Übertretungen der Ausbildungsbestimmungen - meist Übertretungen der Arbeitszeit und Nichtbezahlung der Überstunden festgestellt.

ausbildung!

...ieren. Bedeuten tut das konkret, daß die Arbeiterjugendlichen unterschiedlich lang ausgebildet werden; die einen ein Jahr, andere wieder zwei Jahr und einige dürfen Facharbeiter werden ("differenzierte Ausbildung"). Damit können die Kapitalisten ihren Bedarf an Arbeitskräften, die keine oder nur eine teilweise Berufsausbildung haben, genau steuern. Sie können dann schlechter ausgebildete Jugendliche an Arbeitsplätze setzen, für die früher noch ein Facharbeiter notwendig war, aber die Anforderungen des Arbeitsplatzes auch durch eine geringere Berufsausbildung erfüllt werden. Die Kapitalisten brauche dann natürlich noch weniger zahlen für diese Arbeitskräfte.
Wir sind auch deshalb gegen eine Stufenausbildung, weil sie die Konkurrenz und die Spaltung unter den Arbeiterjugendlichen nur noch verschärfen würde. Und zwar die Spaltung der Jugendlichen mit Berufsausbildung in schlechter und besser Ausgebildete.
An einer Stufenausbildung darf sich die Arbeiterjugend deshalb nicht orientieren.
Beim Jugendkongreß 1973 der ÖGJ wurde in einer Resolution gefordert: "Im Rahmen der Berufsausbildung Schaffung neue Ausbildungsmodelle; Einführung der Stufenausbildung."
Es muß verhindert werden, daß die Forderung nach einer Stufenausbildung am ÖGJ-Kongreß im September gefordert wird.
Vielmehr muß sich die Arbeiterjugend daran orientieren, daß es um die einheitliche ...bildung aller Jugendlichen geht.
Die Schaffung von Grundberufen ist ein positiver Schritt in diese Richtung - die Stufenausbildung stellt sich dem direkt entgegen.

R.K.



Lehrlings-Leserbrief
Welche Rechte haben wir eigentlich ?

Drei Stunden Fachzeichnen: Unser Lehrer liebt es mit mir zu diskutieren. Wie meistens setzt er sich neben mich und versucht mich zu überzeugen, daß die meisten Lehrlinge "unwillig" sind, etwas zu lernen. Ich argumentierte in der Weise, daß ich sagte, es sei nicht in erster Linie die Schuld der Lehrlinge, daß sie "unwillig" sind, sondern daß das an den bestehenden Verhältnissen liege. Daß sie im Betrieb unterdrückt werden, in der Schule unter Druck stehen, und zu Hause auch. Daß man unter solchen Bedingungen meistens nicht mit heller Begeisterung in der Schule bei der Sache ist, scheint mir logisch. Daraufhin behauptete der Herr Fachlehrer, daß es den meisten Lehrlingen im Vergleich zu früher doch viel besser gehe. Ich machte ihm den Vorschlag, doch meine Mitschüler zu fragen, wie es ihnen im Betrieb geht. Zuerst wollte er darauf nicht eingehen. Aber da die meisten unserer Diskussion zugehört hatten und ich diesen Vorschlag laut und deutlich gemacht hatte, entspann sich sofort eine heftige Diskussion. Die Burschen und Mädchen begannen zu erzählen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen. Die Palette reichte von unbezahlten Überstunden und berufsfremden Arbeiten (Aufwischen, Einkaufen...) bis zu Eingriffen in die Privatsphäre des Einzelnen von Seiten des Lehrherren.

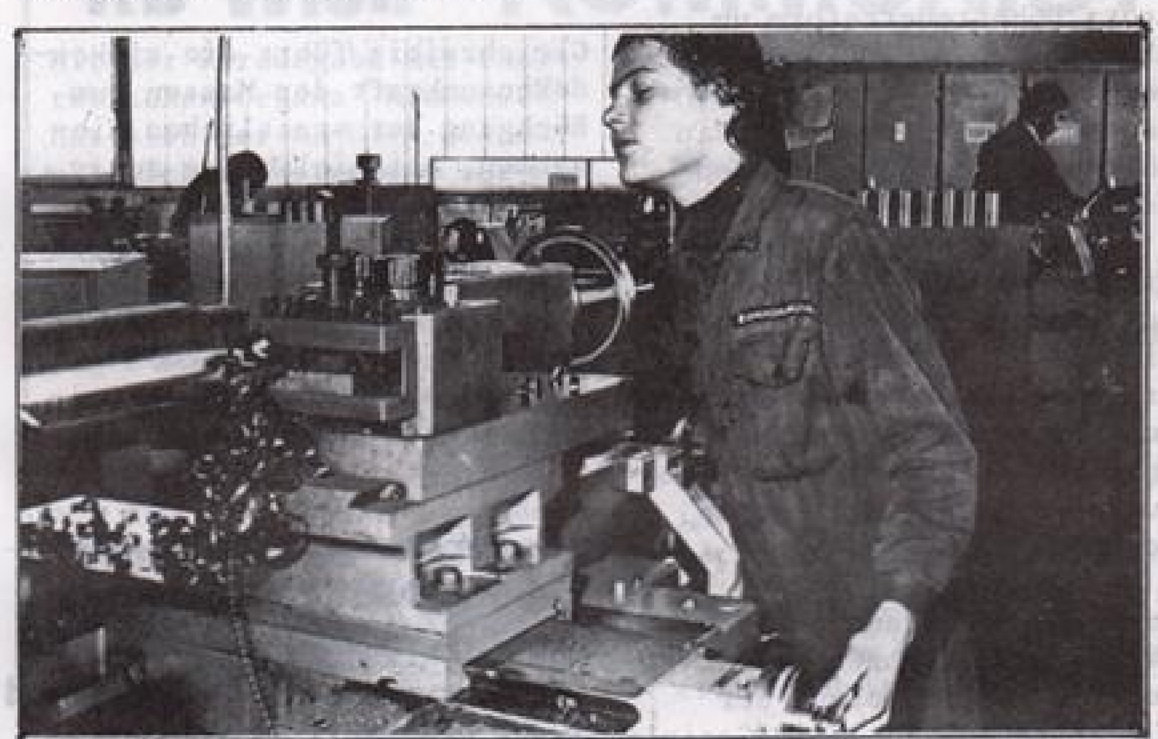
Am größten war eigentlich die Empörung darüber, daß man in Wirklichkeit genausoviel arbeitet wie ein ausgelernter Facharbeiter, jedoch nur einen Bruchteil bezahlt kriegt. In der Diskussion kamen wir auch darauf, daß der Grund, warum sich der Unternehmer Lehrlinge hält, der ist, daß der Lehrling so ziemlich die billigste Arbeitskraft ist.

Jetzt tauchte die Frage auf, wie man sich gegen solche Mißstände wehren kann, welche gesetzlichen Rechte der Lehrling eigentlich hat. Es war erschreckend zu bemerken, daß wir eigentlich keine Ahnung hatten über die gesetzlichen Möglichkeiten. Sowas wird uns in der Schule ja auch nicht beigebracht. Da lernen wir lediglich etwas über unsere Pflichten dem Lehrherrn gegenüber. Welche Möglichkeiten es für den Lehrling gibt sich gegen Übergriffe des Lehrherrn zu wehren, das wird nur ganz, ganz am Rande gestreift.

Vielleicht könnte man auf der neugeschaffenen Arbeiterjugendseite des "KLASSENKAMPF" einmal über die Rechte und Möglichkeiten, die ein Lehrling hat, schreiben. (Z.B.: Wie ist das mit berufsfremder Arbeit, Überstunden...) In unserer Diskussion kam heraus, daß die Lehrlinge sich gegen die Mißstände durchaus wehren wollen, aber uns überhaupt nicht klar ist, wie. Es ist mir auch nicht gelungen aufzuzeigen, daß das nur organisiert im gemeinsamen Kampf geht.

Ich glaube, daß die Schaffung einer Arbeiterjugendorganisation ein ausgezeichnetes Mittel wäre, um den Kampf der arbeitenden Jugend gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Entrechtung zu vereinheitlichen und zum Sieg zu führen.

R.N.- Zelle Hansson-Siedlung



Karlstein/ Thaya
So sorgt man sich um die Uhrmacherlehrlinge

Zwei Monat im Jahr verbringen die Uhrmacherlehrlinge Österreichs (z.T. auch Südtirols) in der Bundesberufsschule Karlstein mit angeschlossenem Internat. Der Schuldirektor (Ing.Proidl) ist zugleich Bürgermeister und wichtiger Funktionär des Fremdenverkehrsvereins. Der Internatsleiter ist zugleich Vizebürgermeister und Lehrer an der Schule.(Hinter dem Internat steht der von der Innung getragene Verein zur Förderung des Uhrmachergewerbes).
13 Hunderter müssen die Lehrlinge pro Monat für das Internat hinblättern, also ihr gesamtes Lehrlingsgehalt. Dafür werden sie wenigstens gut untergebracht und verpflegt - denkt man sich, und kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Zum Frühstück gibts nicht selten ranzige, völlig ungenießbare Butter. Das Mittagessen ist zwar (im Schnitt) nicht schlecht, aber meistens muß man mächtig "geiern", um satt zu werden. Dieses Glück haben aber bei weitem nicht immer alle. Dafür bekommt man am Abend Tee und Brot und ganze 5 Scheiben schlechter Wurst. Die Lehrlinge haben nach der Auffassung des Internats offenbar Geld genug, sich das nötige Essen "billig" in den Ortsgeschäften zu holen.
Damit die Lehrlinge vor Zorn über diese Zustände keinen zu heißen Kopf bekommen, gibt's nur an zwei Tagen in der Woche warmes Wasser. Energiesparen heißt die Devise der Internatsleitung. Und die nicht gewaschenen Decken bescheren jedesmal einzelnen Lehrlingen pro Kurs einen neckischen Ausschlag; damit sie etwas zu tun (kratzen) haben, wenn ihnen beim Unterricht fad wird, in Klassen mit 40 Schülern und in einer Werkstatt, die für Schlosser ganz brauchbar wäre.
Wer will es noch bezweifeln, Gewerbe und Staat leisten (sich) allerhand, nicht nur wenn es um die Uhrmacherlehrlinge geht, die auch dazu beitragen werden, daß den bestehenden Zuständen einmal die Stunde schlägt.

P.

Der bürgerliche Staat will seine Fi
das Volk muß gegen den sta

Das vergangene Jahr brachte den Werktätigen in Österreich neben der wachsenden Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes, neben verschärfter Ausbeutung im Betrieb, neben Preissteigerungen und steigenden Mieten auch empfindliche Erhöhungen bei Gebühren und Tarifen und wachsende Steuerlasten.

In nahezu allen Bundesländern wurden die Tarife und Gebühren für Strom, Gas, Müllabfuhr, usw.,und vor allem für die öffentlichen Verkehrsmittel empfindlich erhöht.

In den ersten zwei Monaten 1975 ist - verglichen mit dem Vorjahr - das Steueraufkommen der Werktätigen beträchtlich gestiegen, das der Kapitalisten um einiges gesunken (bei der Lohnsteuer kamen in den ersten 2 Monaten trotz Lohnsteuerreform um 626 Millionen Schilling mehr herein als im Vorjahr, bei der Einkommensteuer war ein Rückgang von 327 Millionen Schilling zu verzeichnen).

Mit Beginn 1976 werden die Postgebühren um durchschnittlich 50% hinaufgesetzt. Die Erhöhung der Fernsprechgebühren ist durchgeführt und die Anhebung der Rundfunkgebühren wurde nur vorläufig aufgeschoben.

Im selben Zeitraum, in dem Tarife und Gebühren hinaufgesetzt werden, plant der bürgerliche Staat, die Sozialleistungen zu kürzen. So soll im Rahmen eines "Sozialstopp-Programms" die Wohnungsbeihilfe gestrichen und die staatlichen Zuschüsse für die Sozialversicherungsbeiträge gekürzt werden, was zur Anhebung der Sozialversichungsbeiträge durch die Versicherungen führen wird.

Und da damit für den bürgerlichen Staat die Staatsfinanzen noch immer nicht saniert sind, soll die Mehrwertsteuer nach den Vorstellungen der SPÖ-Regierung am 1.1.1976 auf 18% angehoben werden. Außerdem überlegt man sich in SPÖ-Kreisen auch die Einführung neuer indirekter Steuern. Bürgermeister Gratz erwägt z.B. für Wien die Möglichkeit einer Verkehrssteuer.

Dies alles wäre noch durch die Erhöhung der Organstrafmandate auf 300.- Schilling und durch einzelne Erhöhungen von Gebühren und Tarifen in den verschiedenen Bundesländern zu ergänzen.

Dieser massive Ausplünderungsfeldzug des bürgerlichen Staates hat seine Ursache in der Verschärfung der kapitalistischen Krise. Um die Milliardenbeträge hereinzubekommen, die durch Subventionen und Steuergeschenke an die Kapitalisten abgeführt werden müssen und um die steigenden Lasten zu decken, die zur Stabilisierung des gesamten kapitalistischen Systems zu Zeiten der Krise notwendig sind, ist der bürgerliche Staat (Bund, Land und Gemeinde) dazu gezwungen, dem Volk noch größere Lasten aufzubürden. Den Kapitalisten müssen in dieser Situation Lasten abgenommen werden. Ihnen soll ja der kapitalistische Staat den Weg aus der Krise ebnen.

Gleichzeitig führt die sinkendeKonsumkraft der Massen zum Rückgang der staatlichen Einnahmen, beispielsweise aus der Mehrwertsteuer. Dies macht bei den gleichzeitig steigenden Kosten zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems für den bürgerlichen Staat den kommenden Raubzug gegen die Volksmassen zwingend notwendig.

Steuergeschenke an die Unternehmer: Nicht zur Sicherung der Arbeitsplätze, sondern zur Sicherung der Kapitalisten und ihrer Profite

Bundeskanzler Kreisky erklärte zur geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer: "Die Bevölkerung wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer als vernünftigen wirtschaftspolitischen Schritt zur Sicherung der Arbeitsplätze werten." Das Kapitalistenorgan "Industrie" offenbart mit seinen Aussagen dagegen, was von dieser Sicherung der Arbeitsplätze durch den Staat zu halten ist. Die "Industrie" schreibt: "Die Stützungen der öffentlichen Hand werden vor allem zu "Strukturbereinigungen" verwendet."

In den vergangenen Jahren wurden eine Menge Steuermillionen, die in die Wirtschaft gepumpt wurden, für umfassende Rationalisierungsmaßnahmen verwendet. Das Ergebnis dieser Maßnahme war, daß viele Arbeiter "wegrationalisiert" wurden. Unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit wurde gleichzeitig in den Betrieben der Akkord hinaufgesetzt, die Löhne wurden gedrückt. Es mußten Überstunden gemacht werden, während in anderen Abteilungen die Arbeiter kurzarbeiten mußten.

Jetzt vor der Wahl wollen sich die bürgerlichen Politiker mit Versprechungen überbieten, wer nach den Wahlen besser die Arbeitsplätze sichern wird. Sichern wird aber die Arbeitsplätze keine bürgerliche Partei, weil in der kapitalistischen Profitwirtschaft die Arbeitsplätze nur solange sicher sind, wie die Profite der Kapitalisten. Außerdem wollen die bürgerlichen Parteien alle dasselbe, nämlich unter dem Deckmantel "Sicherung der Arbeitsplätze" den Kapitalisten mehr Subventionen hineinstecken, die diese für Rationalisierungszwecke verwenden werden. Von diesen Maßnahmen aber haben die Werktätigen nichts zu erwarten.

Die bürgerlichen Politiker haben außer der Drohung mit der Arbeitslosigkeit noch ganz andere Argumente auf Lager, wenn sie den Werktätigen Maßnahmen unterjubeln wollen, die deren schmalen Geldbeutel noch mehr schmälern sollen. So sagt z.B. Androsch: "Wir stehen vor der Alternative: Mehr Steuern oder Arbeitslosigkeit, weniger Sozialleistungen, weniger Sozialen Wohnbau."

Aber wie sieht es denn wirklich aus mit dieser Alternative? Mußten nicht vor einiger Zeit Androsch und Häuser zugeben, daß die SPÖ für 1976 das Sozialbudget kürzen will? Und daß mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu rechnen ist, weil der Staat nicht mehr so viel zuschießen will? Und das, obwohl die Werktätigen schon heuer empfindlichere Steuerlasten zu tragen hatten?!

Haben die Steuermillionen, die den Kapitalisten in den Rachen geworfen wurden, die Arbeitsplätze gesichert? In der Steiermark wurden seit 1967 bis April 1975 1.746 Milliarden staatliche Förderung den Kapitalisten hineingesteckt. Demgegenüber standen im April um die 12.000 Arbeitslose in der Steiermark.

Der bürgerliche Staat erhält und schützt die Ausbeuterordnung der Kapitalisten

Die Steuerspritzen, die der bürgerliche Staat den Kapitalisten zukommen läßt, dienen also nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern der Sicherung der Profite einer Handvoll Kapitalisten, die auf Kosten der Werktätigen aus der Krise herauskommen wollen. Und der bürgerliche Staat hilft ihnen dabei nach Kräften. Nicht nur bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten greift er ihnen unter die Arme. Er sorgt auch dafür, daß alle gesellschaftlichen Bereiche (vom Ausbildungswesen bis zum Gesundheitswesen) so organisiert werden, daß sie den Interessen der Kapitalisten entsprechen. Und weil ganz klar ist, daß sich die Werktätigen die Ausbeutung auf die Dauer nicht gefallen lassen werden, baut der bürgerliche Staat auch den Unterdrückungsapparat aus. Natürlich versucht er auch hier, das ganze als "Stützung der heimischen Industrie zur Sicherung der Arbeitsplätze" hinzustellen. So verpaßte Androsch der Bauindustrie eine Finanzspritze und für 300 Millionen Schilling entstand in Wien ein neues Polizeipräsidium, während es bei der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses noch Jahre dauern wird.

Alle diese Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen bringen die Massen natürlich immer mehr in Wut. Alle bürgerlichen Parteien, besonders aber die SPÖ, benutzen diesen Unmut als Vorwand, um gegen die Arbeiter und Angstellten im öffentlichen Dienst (Postler und Eisenbahner z.B.) Verschlechterungen ihres Lohnniveaus und ihrer Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die SP-Regierung spricht von den hohen Kosten, die die öffentlichen Bediensteten verursachen und daß Rationalisierungen, "bessere Zeiteinteilung" (das heißt schnelleres Arbeitstempo) und Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst notwendig seien.

Die Massen haben kein Interesse, den bürgerlichen Staat zu finanzieren

Mit solchen Argumenten versucht die Regierung die Werktätigen gegeneinander auszuspielen und von den wirklichen Ursachen der ständig steigenden Steuer-, Gebühren- und Tariflasten abzulenken: Davon, daß das Volk mit seinen Steuern herhalten muß, für die ständig steigenden Ausgaben zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, damit auch

e Finanzkrise auf das Volk abwälzen: staatlichen Raubzug auftreten

in Zeiten der Krise alles so bleibt wie es ist, nämlich im Interesse der Kapitalisten.

Und gerade weil die Interessen der Kapitalisten, dieser kleinen Minderheit der Ausbeuter immer durchgesetzt werden, werden die Zustände für die Volksmassen immer chaotischer.

Nehmen wir z.B. das Verkehrswesen: Da stopft der bürgerliche Staat Millionen und Abermillionen in eine Städteplanung, die im Interesse der Kapitalisten die Städte in ein Handels- und Bankzentrum und in Wohnsiedlungen am Stadtrand zersiedelt. Jeden Tag ersticken dann die Städte zu den Stoßzeiten im Chaos. Gleichzeitig versucht der bürgerliche Staat das durch so eine Städteplanung verursachte Chaos im Nahverkehrswesen in den Griff zu bekommen. Und obwohl er immer mehr Mittel aufwenden muß, werden die Zustände immer ärger für die Massen, während sie immer kräftiger zur Kasse gebeten werden.

Mit den Kapitalisten und ihrem Staat können die Massen gar nichts gemeinsam haben. Das ganze System ist fehlerhaft und zu ungunsten der Massen. Weder können in einem solchen System durch den bürgerlichen Staat die Arbeitsplätze gesichert werden, noch können sich die Massen die Erfüllung ihrer sozialen Bedürfnisse erwarten. Diese können erst erfüllt werden, wenn die Arbeiterklasse die Produktionsmittel in ihre Hand gebracht hat, damit sie planmäßig die Produktion organisieren kann nach den Bedürfnissen der Massen und nicht für die Profite einer Minderheit von Ausbeutern. Dazu muß die Arbeiterklasse den Staat der Kapitalisten zerschlagen und selbst die Macht ergreifen.

Alle bürgerlichen Parteien befürworten die Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat

SPÖ, ÖVP und FPÖ schlagen für die staatliche Ausplünderung der Massen nur verschiedene Formen vor, keine dieser Parteien stellt sie aber prinzipiell in Frage. Die SPÖ-Regierung tritt offen für die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Tarifen auf und geht dann noch mit ihrer Offenheit und Ehrlichkeit hausieren. Die ÖVP und FPÖ sind aus wahltaktischen Gründen z.B. gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, haben aber noch niemals den Finger gegen die Fülle von Erhöhungen bei Tarifen, Gebühren und Steuern gerührt.

Die ÖVP verspricht nur: "Wir wirtschaften besser". Woher sie das Geld zur Aufrechterhaltung der Kapitalistenherrschaft, die immer kostspieliger wird, nehmen will, deutet sie nur grob an: "Wir müssen alle Opfer bringen". Bei einiger Überlegung sieht man, daß hier dasselbe angepeilt wird: Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat.

Die KPÖ tritt jetzt gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf. Sie äußert sich aber nirgends prinzipiell gegen das kapitalistische Steuersystem. Sie will nur, daß die dem Volk abgepreßten Steuern mehr für das Volk ausgegeben werden, obwohl die Tatsachen beweisen, daß dieser Staat eben der Staat der Kapitalisten ist, der solchen frommen Wünschen nicht folgen kann. Allen bürgerlichen Parteien gemeinsam ist das Ziel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten. Und das heißt eben, daß das Volk herhalten muß.

Das Volk kann und wird aber nicht immer dafür herhalten. Es wird den Kampf dagegen aufnehmen, daß der bürgerliche Staat seine Mittel aus der Ausplünderung des Volkes bezieht. Gegen den bevorstehenden Raubzug des Staates gilt es für folgende Forderungen einzutreten:

- keine Erhöhung der Mehrwertsteuer
- keine Einführung neuer indirekter Steuern
- Löhne und Gehälter bis 10.000 S monatlich steuerfrei
- keine Streichung der Wohnungsbeihilfe.

Haben wir diese Forderungen schon jemals auf den teuren Werbeplakaten der bürgerlichen Parteien gesehen oder hat sie jemals ein bürgerlicher Politiker unterstützt?
Nein, diese unterstützen die Forderungen und Interessen der Kapitalisten und halten deshalb die Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat für gerechtfertigt.

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen daraus ihre Schlüsse ziehen:

- Erstens, daß nur im Klassenkampf gegen den Staat, ohne, ja gegen die bürgerlichen Parteien, die Arbeiterklasse und das Volk dem ungeheuren staatlichen Raubzug entgegentreten wird können, der nach den Wahlen mit voller Wucht einsetzen wird,
- und zweitens, daß den bürgerlichen Parteien keine Stimme gegeben werden darf, denn sie werden in den nächsten 4 Jahren jede einzelne Stimme dazu verwenden, ihre volksfeindliche Politik zu rechtfertigen.

KB-Graz, KB-Linz, KB-Salzburg/Hallein, KB-Tirol, KB-Wien, KG-Klagenfurt

Zur Herausgabe des theoretischen Organs des KB Wien ›KOMMUNIST‹

Mit der Herausgabe des theoretischen Organs "Kommunist" hat sich der KB-Wien ein zusätzliches Instrument zur öffentlichen und umfassenden Entwicklung, Darlegung und Begründung seiner Anschauungen in allen Fragen der Ideologie und Politik der Kommunisten geschaffen. In der gegenwärtigen Zeit, wo die Kommunisten ihre Anstrengungen auf die Herstellung der ideologischen und politischen Einheit und auf den organisatorischen Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischer Kräfte richten, stellen wir das theoretische Organ auch in den Dienst dieser Bestrebungen.

Der "Kommunist" bietet die Möglichkeit, alle Fragen, wie sie auch im "Klassenkampf" behandelt werden, umfassender zu behandeln, sie in umfassender Weise von der Theorie des Marxismus-Leninismus her zu beleuchten und umfangreichere theoretische Untersuchungen durchzuführen.
Der "Kommunist" erscheint vier Mal im Jahr. Er wird von der Leitung des KB-Wien herausgegeben, die Redaktion wird vom Ständigen Ausschuß der Leitung besorgt.

Die Nummer 1 enthält folgende Artikel :

- Verstärken wir den Kampf um die politische Einheit und den organisatorischen Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung!
- Dokumente zu den Bemühungen um ein einheitliches Auftreten der marxistisch-leninistischen Organisationen zu den Nationalratswahlen 1975
- Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen!
- Beschluß des KB-Wien: Ausbildung der Arbeiterjugend und ÖGJ-Kongreß
- Einige Erfahrungen und Lehren aus dem Kampf gegen die Tariferhöhungen in Wien im Winter 1974/75
- Zur Politik der Kommunisten in den parteilosen internationalistischen Komitees
- Über die Wirtschafts- und Finanzkrise der kapitalistischen Welt
- Aderlaß des kapitalistischen Währungssystems.

Der erstgenannte Artikel legt unsere Auffassungen darüber dar, welchen Weg die kommunistische Bewegung gehen und welche nächste Schritte sie machen muß, um vorwärts zu kommen bei ihren Bemühungen um Einheit und Zusammenschluß. Einer dieser Schritte ist die Ausarbeitung eines Programmentwurfs als Vorschlag an die gesamte Bewegung, sich auf seiner Grundlage zusammenzuschließen. Der Artikel legt auch unsere Auffassungen über Charakter, Inhalt und Aufbau eines Programms, wie wir es brauchen, dar. Der Artikel korrigiert zugleich einige Fehler, die in der Vergangenheit in der Frage der nationalen Vereinheitlichung gemacht wurden. Wir schlagen den Artikel allen marxistisch-leninistischen Organisationen, allen Kommunisten als Diskussionsgrundlage vor und fordern sie auf, dazu Stellung zu beziehen. Im nächsten "Klassenkampf" werden wir ebenfalls unsere Auffassungen kurz zusammenfassen und über die Debatte in der kommunistischen Bewegung darüber berichten.

Leserbrief aus Ottakring

»Zuhause ist es doch am schönsten«

Vor drei Jahren ist ohne mein Verschulden meine gesamte Wohnung abgebrannt. Ich mußte samt meinen Kindern zu meiner Mutter ziehen und hatte eine Menge von Scherereien. Ich mußte hunderterlei Amtswege machen, Duplikate von Dokumenten anfordern, etliche Formulare ausfüllen usw. Am Ende dieser traurigen Periode sicherte man mir jedoch schriftlich zu, mich als Dringlichkeitsfall einzustufen und daß ich in Kürze eine Gemeindewohnung zugewiesen bekomme.

Inzwischen sind drei Jahre vergangen und ich lebe noch immer bei meiner Mutter. Unsere Wohnbedingungen sind ein Graus. Wir leben zu acht (!) in Zimmer, Küche und Kabinett. Dauernd gibt es Streitereien infolge des Platzmangels. Wir müssen jeden Abend Campingbetten aufstellen; will sich jemand baden oder umziehen, müssen sich die anderen im übrigen Raum noch mehr zusammendrängen. Die Lernerfolge meiner Kinder sind in den letzten Jahren natürlich ebenfalls gesunken.

Ich schreibe dies, um zu zeigen, daß wir nicht auf die Parteien vertrauen dürfen, sondern nur auf uns selbst. Drei Jahre habe ich nun gehofft, daß sich etwas für mich verbessern wird, doch umsonst. Es ist ein Hohn, wenn auf riesigen Wahlplakaten der SP steht: "Zu Hause ist es doch am schönsten!" Unsere Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung, wo acht Personen auf engstem Raum wohnen, kann damit sicher nicht gemeint sein!

R.H. (Ottakring)

Demnächst erscheinen:

BROSCHÜRE ZUR FRAGE DER KRIEGSGEFAHR;

BROSCHÜRE ZUR KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFTSKRISE

Zu beziehen über unsere Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer, sowie über den KB Wien, 1o7o Wien, Halbgasse 12

Nationalratswahlen:

Ein einheitliches Auftreten der marxistisch-leninistischen Organisationen konnte nicht erreicht werden

Auf zwei Konferenzen, am 2./3. in Wien und am 16./17.8. in Linz, wurde von Vertretern des KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Klagenfurt, MLB (Tirol) und der VRAÖ(ML) die Haltung und das Auftreten der Marxisten-Leninisten zu den Nationalratswahlen beraten und versucht, eine Einheit in diesem Auftreten herzustellen. Während die KBs und die KG Klagenfurt eine weitestgehend einheitliche Position bezogen, konnte mit der VRAÖ(ML) und dem MLB (Tirol) letzlich keine Einigung erzielt werden.

Bei der Wiener Konferenz am 2./3.8. schien eine Einigung aller vertretenen Organisationen in den Bereich des Möglichen gerückt zu sein ("Klassenkampf" Nr. 8/75). Es gab von Anfang an Einigkeit darüber, daß das Parlament ein nur zum Volksbetrug bestimmter Aufputz des bürgerlichen Staatsapparates, dieses bürokratischen und militärischen Apparates der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus und zur Niederhaltung der Massen, ist; daß die Arbeiterklasse daher ihren Interessen nicht mittels Parlament und Wahlen Geltung verschaffen kann, sondern nur durch den Klassenkampf; und daß sie letzten Endes den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, das Parlament auseinanderjagen und ihre eigene Staatsmacht, die Diktatur des Proletariats, errichten muß, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Keine Einigkeit gab es zunächst darüber, welche Taktik die Marxisten-Leninisten gegenüber dem bürgerlichen Parlament einschlagen sollen. Der KB Wien und die anderen KBs vertraten die Meinung, daß die Arbeiterklasse, daß die Kommunisten auch Wahlen und Parlament zur Kampfansage gegen die herrschende Klasse ausnutzen müssen, solange es noch unter Teilen der Bevölkerung Illusionen über die "parlamentarische Demokratie" und über die Möglichkeit der "demokratischen" Einflußnahme des Volkes auf den Staat mittels Wahlen gibt; daß daher eine Kandidatur der Marxisten-Leninisten gegenwärtig wünschenswert, aber aufgrund ihrer noch geringen politischen Verankerung unter den Massen nicht möglich ist. Die Delegation der VRA vertrat demgegenüber die Meinung, daß jede Beteiligung an den Wahlen, ungeachtet der Politik, die man dabei vertritt, von vornherein "Beteiligung am Wahlschwindel und Volksbetrug" bedeutet und daher absolut ausgeschlossen sei. Allerdings kleidete sich diese Position in verschiedene Gewänder und trat nicht immer gleich offen zutage. So meinten z.B. Vertreter der VRA, die Illusionen der Massen in die bürgerliche Demokratie seien heute bereits "weitestgehend verschwunden" und deshalb sollte man die Wahlen boykottieren. So wurde auch von einigen Vertretern der VRA versucht, uns eine revisionistische Entstellung der marxistisch-leninistischen Staatsauffassung zu unterschieben. Die Debatte zeigte jedoch klar, daß sich die Differenzen auf die Taktik der Kommunisten gegenüber dem Parlament beziehen.

Nachdem es am 2.8. heftige Kontroversen über diese Differenzen gegeben hatte, trat am 3.8. plötzlich eine Wende ein. Die VRA-Delegation stimmte unerwartet einem Beschlußantrag des KB Wien zu und brachte selbst einen Zusatzantrag ein, in dem festgehalten wurde, daß der Grund, warum die Marxisten-Leninisten heute noch nicht kandidieren, ihre erst geringe politische Stärke und Verankerung ist. Auf dieser Grundlage wurde die Linzer Konferenz zwei Wochen später vorbereitet.

Am 15.8. vollzog indessen die VRA durch einen Leitungsbeschluß einen neuerlichen Schwenk, zog die Zustimmung ihrer Delegation zu den Beschlüssen der Wiener Konferenz zurück, kritisierte diese Zustimmung als "Schritt in Richtung Opportunismus und Revisionismus" und legte fest, daß die VRA-Delegation in Linz keinerlei Vereinbarung zustimmen dürfe, die - und sei es in Einzelheiten und einzelnen Losungen - von der Position der VRA abweicht. Damit waren die Versuche, zu einer endgültigen Einigung mit der VRA hinsichtlich der Wahlen zu kommen, gescheitert.

Die Linzer Konferenz konnte nur mehr die Aufgabe erfüllen, die Haltung zu Wahlen und Parlament sowie das Auftreten im Wahlkampf seitens der KBs und der KG Klagenfurt einheitlich festzulegen. Das geschah durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Wahlaufrufes sowie von Beschlüssen zur Frage der Kriegsgefahr in Europa und zum Kampf gegen die staatliche Ausplünderung des Volkes, auf deren Grundlage gemeinsame Agitations- und Propagandamaterialien ausgearbeitet werden.

Trotz vollständiger inhaltlicher Übereinstimmung stimmte der KB Salzburg/Hallein dem Wahlaufruf nicht zu, weil er der Meinung war, daß ein Dokument, das "lediglich" die Position der Kommunisten zu Wahlen und Parlament darstellt und den Massen ein bestimmtes Wahlverhalten vorschlägt, ohne Antworten auf die brennenden sozialen Fragen der Massen zu geben, bedeutungslos sei.

Die MLPÖ war zweimal eingeladen worden, hatte auch schriftlich zugesagt, hatte dies bei einer Unterredung zwischen dem 1. Sektretär des ZK und Vertretern unserer Leitung bestätigt, ist dann aber dennoch nicht erschienen, ohne bisher einen Grund dafür zu nennen.

Eine genauere Darstellung der Bemühungen um ein einheitliches Auftreten der Marxisten-Leninisten zu den Nationalratswahlen haben wir in unserem theoretischen Organ "Kommunist" gegeben, wo auch die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen und die Beschlüsse der beiden Konferenzen dokumentiert sind.

Zu erwähnen ist noch, daß am 21.8. eine gemeinsame Mitgliederversammlung von VRA und KB Wien stattfand, auf der die Haltung und Politik der Kommunisten zu den Nationalratswahlen quer durch die Organisationen erörtert wurde und auf der das Wesen der Meinungsverschiedenheit neuerlich klar zutage trat.

W.L.

Bauring-Affäre

Korrupte Politiker und Geschäftemacher bereichern sich mit Steuergeldern

Eine runde Milliarde Schilling hat der Bauring in den letzten Jahren verspekuliert. Der Bauring, die größte Baufirma Österreichs, gehört der Gemeinde Wien und das Geld, das da verspekuliert worden ist, ist das Geld der Wiener Steuerzahler. Der erste Skandal war die 6oo Millionenpleite in Saudiarabien. (Allerdings nicht die erste Pleite. 1972 trug die Errichtung von Montagebaufabriken in der Tschechoslowakei dem Bauring einen Verlust von 2,9 Millionen Schilling ein.) Die bürgerliche Presse hat geschäumt. Warum? Die Bourgeoisie erwartet sich von der Gemeinde, daß sie die Steuergelder, die sie den arbeitenden Massen abpreßt, im Interesse der Bourgeoisie verwendet und nicht sinnlos im Wüstensand versickern läßt. Da ihre Interessen verletzt waren, begann die Bourgeoisie im Korruptionssumpf zu wühlen und eine Menge Dreck wurde an die Oberfläche gespült. Die Massen hatten die seltene Gelegenheit, etwas Einblick in die schmutzigen Geschäfte ihrer Volksvertretung zu bekommen. Denn daß auf dem Boden eines Staatsapparats, der von den Volksmassen nicht kontrolliert werden kann, die Korruption nur so blühen muß, das ist wohl klar. Nur solange sie im Interesse der Kapitalisten blüht, erfahren die Massen nichts davon.

Der Bauring entstand in der Mitte der Sechzigerjahre aus dem Zusammenschluß mehrerer gemeindeeigener Baufirmen. Er wurde gegründet mit dem Hinweis, daß er den privaten Baufirmen Konkurrenz machen, und so die Preise für den "sozialen Wohnbau" niedrig halten sollte. Aber bald bekamen die Gemeindepolitiker und -beamten, die nun zu Superkapitalisten geworden waren (der Bauring macht 3 Milliarden Umsatz im Jahr), selber Lust am Spekulieren und stiegen in verschiedene Auslandsgeschäfte ein. Allerdings hatten sie nicht die nötige Schuhgröße dazu. Das Sechshundertmillionen-Geschäft in Saudiarabien (Bau einer Straße und eines Militärflughafens) war äußerst mangelhaft vorbereitet, die Untersuchungen ungenau und falsch. Dort wo Sand hätte sein sollen, tauchten auf einmal Felsen auf, die erst gesprengt werden mußten. Das führte zu Verzögerungen im Bau, und in der Folge zu Pönalezahlungen. Aber zur Unfähigkeit kam noch dazu, daß es den Bauringleuten wichtiger war, sich selbst zu bereichern, als der Gemeinde Wien Profite zu verschaffen. So sind bis jetzt fünf Bauring-Manager bekannt geworden, die Subaufträge an saudiarabische Firmen nur vergaben, wenn sie bestochen wurden. Einer machte es billig, er ließ sich "nur" einen Volkswagen schenken, die anderen bezogen monatliche Zusatzgehälter von 15.ooo bis 2o.ooo Schilling.

Eine noch nicht geklärte Angelegenheit ist die Frage der "Provisionen" (sprich Bestechungsgelder), die der Bauring an saudiarabische Empfänger bezahlte, um den Auftrag überhaupt zu bekommen. Insgesamt wurden 24 % des Geldes, das der Bauring von der saudiarabischen Luftwaffe erhielt, für Provisionen ausgezahlt. In Saudiarabien sind aber höchstens 3% bis 5% üblich. Für ein anderes Projekt in Saudiarabien zahlte der Bauring 8% Provision. 2o von den 24% soll ein gewisser Scheich Ali Bugshan bekommen haben. Dieser selbe Scheich begnügte sich bei einem anderen Projekt mit 2,5%. Schließlich beweist ein Aktenvermerk des damaligen Prokuristen Brichacek (der inzwischen gefeuert worden ist), daß der Scheich von den 67 Millionen Schilling Anzahlung auf die Provision, die auf ein Wiener Konto eingezahlt worden sind, nur 25 Millionen erhalten hat. Wo sind die verschwundenen Provisionsmillionen? Der ÖVP-Stadtrat Hahn hat wilde Empörung bei SPÖ Stadtrat Suttner (Aufsichtsratvorsitzender des Baurings) ausgelöst, als er in einer Gemeinderatssitzung vermutete das Geld könnte in SPÖ-Kassen geflossen sein. Wo es hingekommen ist, werden wir wohl nie erfahren: zur Überprüfung der Bauringgeschäfte sind zwei Wirtschaftsprüfer eingesetzt worden, von denen einer der SPÖ und einer der ÖVP nahesteht, und die deswegen angeblich unabhängig sind. Diese beiden Prüfer haben sich allerdings jetzt um die jährliche Pflichtprüfung der Gemeindeholding beworben. Die Gemeinde-Holding ist die Dachgesellschaft, der alle gemeindeeigenen Betriebe angehören, sie hat einen Jahresumsatz von 7,5 Milliarden Schilling, und das bedeutet riesige Honorare für die Wirtschaftsprüfer. Die beiden werden sich das Geschäft doch nicht verderben, indem sie der SPÖ-Gemeindemehrheit durch die Aufdeckung eines Riesenbetrugs Ungelegenheiten bereiten.

Nach dem Bekanntwerden der großen Saudiarabienpleite ist die Bauindustrie auf die Barrikaden gestiegen und hat die Reprivatisierung der gemeindeeigenen Baufirmen verlangt. Öfters gab der Kurier den Gemeindevätern den Rat, "Das Wirtschaften denen zu überlassen, die etwas davon verstehen". Der "soziale Wohnbau" ist eben keineswegs sozial sondern ein Riesengeschäft. Bisher wurde eine Teilfirma, die "Montagebau" aus dem Bauring "ausgegliedert" und an die Wienerberger Ziegelfabrik verkauft. Mitverkauft wurde der garantierte Auftrag über 2ooo Wohnungen jährlich, den früher die Montagebau hatte. Die Wienerberger ist hauptsächlich an diesem Auftrag interessiert und nicht an der Weiterführung des Unternehmens. Sie will das zweite Werk in Wien-Inzersdorf stillegen und daraus einen Lagerplatz machen. So bringt die Gemeinde auch noch hundert Arbeiter um ihre Arbeitsplätze.

Es nutzt aber nichts, gegen die Reprivatisierung der gemeindeeigenen Baufirmen zu wettern, so wie die KPÖ es tut. Freilich ist es notwendig dagegen aufzutreten, daß eine Firma an einen Konkurrenten verkauft wird, der nur die Absicht hat, sie stillzulegen und die Arbeiter auf die Straße zu setzen. Aber ansonsten macht es für die Arbeiter doch keinen Unterschied, ob sie von einem Privatkapitalisten oder von der Gemeinde ausgebeutet werden. Genausowenig macht es für die Gemeindemieter einen Unterschied, ob sie die Profite der Gemeinde oder eines

Fortsetzung nächste Seite



die Ursprunger-Villa

Schmutzige Geschäfte auf Kosten des Volkes

Der Bauring, für den "sozialen Wohnbau" bestimmt, baute auch einige Privathäuser. So für den Architekten Ursprunger eine Villa im Wert von 1o Millionen Schilling, für die er bis jetzt noch keine einzige Rate gezahlt hat. So für den Bauringprokuristen Wildner eine Tiefgarage und ein Swimming-Pool im Wert von 1 Million Schilling um fünfhunderttausend Schilling. Ebenso für diverse Rathausgrößen.

Stadtrat Suttner, Aufsichtsratvorsitzender des Baurings, ließ sich vor Jahren - er war damals Wohnungsstadtrat - in seiner Villa eine Nobelkellerstüberl und ein Zimmer dazubauen. Er bezahlte für Arbeiten im Wert von einer Million 42o.ooo Schilling.

Der jetzige Generaldirektor der Gemeinde-Holding Machtl, früher stellvertretender Magistratsdirektor der Gemeinde und als solcher mit dem Bauring befaßt, kaufte 1968 ein Haus und ließ es sich vom Bauring in Schuß bringen. Er zahlte dafür 63.315 Schilling. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß der Wert der Umbauten 154.695 Schilling ausgemacht hat.

Insgesamt 314 Millionen Schilling an Bürgschaften ließ der Bauring zwei privaten Baufirmen zukommen, die jetzt in Konkurs gehen. Beide Firmen gehören dem ehemaligen SP-Bezirksrat Martinuzzi. Wieviele hundert Millionen der Schaden endgültig ausmachen wird, steht noch nicht fest.

Walter Hofstetter, Aufsichtsratmitglied des Baurings, SP-Bezirksobmann von Döbling, Gemeinderat, Verwaltungsausschußmitglied der Zentralsparkasse, Funktionär dreier Wohnbaugenossenschaften, bekam von der Gemeinde Wien einen Grund in Nußdorf, der 2.ooo Schilling pro m^2 wert ist, um 5oo Schilling pro m^2. Er ließ sich darauf vom Bauring ein Haus bauen, für das der Kostenvoranschlag auf zwei Millionen lautete. Für seine Villa bekam er Förderungsmittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz. Die Villa ist nach Expertenschätzungen weitaus mehr wert als zwei Millionen.

Bauleiter aller dieser preisgünstigen Bauten war der damalige Prokurist der Wibeba, eines Teilbetriebs des Baurings. Jetzt ist er zum Vorstandsdirektor des Baurings avanciert.

Fortsetzung von Seite 17

Bauring ....

Privatkapitalisten finanzieren.

Die ganze Affäre um den Bauring macht vor allem klar, was für Leute das sind, die uns regieren und angeblich das Volk vertreten: ein bestechliches korruptes Gesindel, das mit dem Geld des Volkes den großen Unternehmer spielt und sich auf Kosten des Volkes ein angenehmes Leben gönnt. Nun, wir sind natürlich auch nicht für eine rechtschaffene Unterdrückung und ehrliche Ausplünderung. Wir werden nicht fordern, daß ehrliche und geschäftstüchtige Manager an die Spitze des Bauringes gestellt werden. Wenn der Bauring statt Pleiten gute Geschäfte machte, würden die Gemeindewohnungen dann vielleicht billiger werden? Keineswegs! In der Zeit, als der Bauring florierte und sich auf seine Funktion als Preisdrücker im Wohnungsbau beschränkte, wurden die Mieten der neuen Gemeindebauten immer höher, in dieser Zeit führte die Gemeinde auch den Baukostenzuschuß für Gemeindewohnungen ein, der dazu geführt hat, daß eine Gemeindewohnung heute nicht wesentlich billiger ist als eine andere Mietwohnung!

M.A. (VUV-Sektion Regionalpolitik)

VOLKSSTIMME, 9.6.:

Nach den Trotzkisten, die zu den Nationalratswahlen eine vor allem gegen die KPÖ gerichtete Kandidatur einreichten, haben sich jetzt die Maoisten zu Wort gemeldet. In einer 70 Seiten starken Broschüre zu den Wahlen steht kein Sterbenswörtchen über die Wirtschaftspolitik der VP, die die Stabilität für die Unternehmer durch Arbeitslosigkeit erreichen will. Oder über das Programm der SP, das das rechteste in der Geschichte dieser Partei ist. Es findet sich nicht einmal das Wort Sozialpartnerschaft.

Dafür aber ziehen die Maoisten über die Kommunistische Partei her. 70 Seiten Hetze, Verleumdung, Dummheit.

Offensichtlich ist die KPÖ nicht in der Lage, zu den in der Broschüre aufgeworfenen Fragen inhaltlich Stellung zu nehmen. *Red.*

Keine Autobahn in Wohn

Brigittenauer wehren sich -

Seit einiger Zeit geht das Gerücht von einer neuen Donaubrücke und von einer Autobahn in der Traisengasse um.

Die "Presse" vom 12. August dieses Jahres schreibt, daß die Plandokumente bereits unterzeichnet wurden, in denen die Traisengasse zu einer Autobahn wird, die quer durch den 20. Bezirk bis zur Gürtelbrücke gehen soll. Das heißt, eine zweite Rennbahn, wie die Adalbert Stifter Straße soll die Brigittenau zerteilen, 28 Wohnhäuser (1.500 Bewohner) sollen niedergerissen werden, von der Klosterneuburgerstraße bis zur Vorgartenstraße.

Nebenbei gehen noch 120 Bäume drauf. In der Brigittenauer-Zeitung vom September 75 steht wieder, daß die Donaubrücke Traisengasse ehestmöglich, aber dafür keine Autobahn gebaut werden soll. Schön wärs. Denn warum ist denndie Traisengasse vom Wohnviertel - wo keine Autobahnen oder Schnellstraßen erlaubt sind - in ein Geschäftsviertel - wo sehr wohl Autobahnen erlaubt sind, umgewidmet worden? Und wer wird so dumm sein, sich eine Brücke über die Donau zu bauen, ohne für eine "sinnvolle" Abfahrt zu sorgen?

Aber ob die Traisengasse bald Autobahn, Hochleistungsstraße, Bundesstraße oder sonst irgendwie heißt, ist egal - wenn diese Brücke gebaut wird, dann heißt das für die Bewohner der Traisengasse, des ganzen Viertels, ja der ganzen Brigittenau: blaue, giftige Abgaswolken, Gestank, Dröhnen und unerträglichen Lärm bis in die späten Nachtstunden.

Diese trüben Aussichten haben viele aufgerüttelt. Ein Komitee "Rettet die Brigittenau" wurde gegründet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, den Bau der Autobahn und der Brücke zu verhindern.

200 kamen zur Komiteeversammlung

Am 5. September gab es eine Kundgebung dieses Komitees im Floridsdorfer Haus der Begegnung. Dort hat Herr Reinberger, der Initiator dieser Aktion klar und deutlich bewiesen, daß die Autobahn geplant ist, er hat Bilder von amtlichen Plänen gezeigt, er hat von seinen Versuchen erzählt, von dem zuständigen Stadtrat Hofmann seit Februar eine Auskunft zu bekommen. Dieser feine Stadtrat hatte nie Zeit, obwohl Herr Reinberger alle 14 Tage ins Rathaus ging.

Etwa 200 Leute waren gekommen, um die Antworten von den anwesenden Politikern auf ihre Frage zu bekommen: wird eine Autobahn gebaut oder nicht? Doch was hatten die Politiker zu sagen?

Außer frommen Sprüchen eigentlich nichts, denn keiner hat klar gesagt, ob eine Autobahn gebaut wird oder nicht.

Der offensichtlich menschenscheue Planungsstadtrat Fritz Hofmann war nicht gekommen, dafür ließ er aber Tage zuvor ein Flugblatt in den Häusern aufhängen, wo er den gesetzlich beschlossenen Autobahnbau abstritt.

ÖVP-Nationalrat Bauer versprach hoch und heilig, er würde der Autobahn nur zustimmen, wenn sie unter den Wohnbezirken, also in Tunnels, gebaut würde.

Bezirksvorsteher-Stellvertreter Kafel versprach, die Bürgerinitiative zu unterstützen. Wir werden den beiden schon auf die Finger schauen, ob sie wirklich so selbstlos, auch nach dem 5.10. für Tunnel und Bürgerinitiative eintreten werden.

Bezirksrat Großmann von der KPÖ jammerte, daß er der einzige KPÖler im Bezirksrat sei und dort keiner auf ihn höre, wenn er seine Anträge stellt, daß man doch die Stadtpläne diskutieren solle.

Was die Leute gegen die Autobahn machen sollen, hat er nicht gesagt.

Der Gipfel der Frechheit war wohl der Bezirksvorsteher Stroh (SPÖ). Zur Brücke sagte er: "So bald wie möglich wird gebaut", zur Autobahn sagte er weder ja noch nein. Dann begann er vom modernen Bezirk zu schwätzen, von den sogenannten "Leistungen" der SPÖ für die Bevölkerung.

Herr Miedler, der Hausvertrauensmann vom Sozialbau am Mortaraplatz sagte, was das für Leistungen sind: "Was heißt, moderner Bezirk: Stadtautobahnen, Hochleistungsstraßen, Abgas, Lärm, kein Fleckerl Grün, Todesgefahr für Kinder und alte Menschen."

Das Geschwätz des Herrn Stroh wurde so als eine Lüge entlarvt.

Als die Leute mit Zwischenrufen den Redner unterbrachen und ihn fragten: "Wo wohnen Sie denn überhaupt?", lief dem Bezirksvorsteher seine fesche Urlaubsbräune ab und er stotterte: "Am Engelsplatz". "Das ist auch Ihr einziger Pluspunkt", sagte Herr Miedler und deckte auf, warum die Autobahn durch Wohngegend und nicht über die Nordbahnhofanlagen geführt wird: damit die Herren UNO-City-Diplomaten keine Abgase schlucken müssen in ihren modernen, vollklimatisierten Büros. So müssen die Bewohner des Bezirkes, Arbeiter und Angestellte, Giftgas schlucken!

Tosender Beifall für Herrn Miedler, Pfiffe für den Bezirksvorsteher.

Eines war allen nach den Auftritten der Politiker klar: Von denen haben wir nichts,



In diesen "Sozialbau" am Mortaraplatz im 2o.Bez. lockte das Wohnungsamt in der Bartensteingasse Wohnungssuchende mit der Versprechung, daß diese Wohnungen besonders ruhig gelegen sind, die Verkehrsbedingungen günstig und sogar Grünflächen vorhanden.

Nun haben die neu eingezogenen Mieter erfahren, was man im Wohnungsamt schon längst wußte: daß im Flächenwidmungsplan die vorbeiführende Traisengasse als Trasse für eine Stadtautobahn vorgesehen ist. Zwar beteuern die verantwortlichen Planer, daß sie "vielleicht erst in 4o Jahren" gebaut wird - aber die Leute dort haben Mieten samt Rückzahlungen bis zu 35oo.- -und das 5o Jahre lang!

vierteln!

Komitee gegründet

aber auch gar nichts zu erwarten, nicht einmal eine klare Auskunft. Sie fahren zwar auf unsere Kosten im Dienstwagen spazieren, leben ganz gut und essen ganz gut, aber für unsere Bedürfnisse sorgen sie nicht. Sie quatschen einem die Ohren voll, aber nachher ist man so gescheit wie vorher.
Wenn diese Autobahn nicht gebaut werden soll, dann müssen wir selber etwas tun und uns nicht auf diese Schmarotzer verlassen. Wir, das sind alle, die keine Autobahn im Schlafzimmer haben wollen, die keine niedergefahrenen Kinder wollen, das sind alle Brigittenauer. Wir müssen alle in dem Komitee mitarbeiten, wir müssen Protestkundgebungen veranstalten, Resolutionen verschicken, Aufrufe plakatieren, Haussammlungen durchführen, Unterschriften sammeln, demonstrieren usw., um Druck auf den Gemeinderat auszuüben. Wir selbst müssen uns helfen, wenn wir nicht bald ein Leben in Abgas und Dreck, in Lärm und Staub fristen wollen, in Wohnungen, die jeder bauwütige Stadtrat, wenn es ihm gerade paßt, wegreißen kann. Unser Ziel muß sein: keine Traisengassen-Donaubrücke, keine Traisengassen-Autobahn.

H.M/M.P.

Geldstrafen – moderner Strafvollzug oder Ausplünderung?

Die Strafgelder wegen Verkehrsübertretungen haben neue Rekorde erreicht. 1974 kassierte allein die Wiener Polizei 85,3 Millionen Schilling. Die niederösterreichischen Gendarmen konnten die Strafgelder von 6,4 Millionen im Jahr 1973 auf 11,4 Millionen steigern.
Vor dem Hintergrund solcher Zahlen bekommen auch die Geldstrafen des neuen Strafgesetzes ein anderes Gesicht. Verurteilt man jemand zu einer Geldstrafe, bekommt man nicht nur die Geldsumme, sondern der Betroffene arbeitet auch noch in derselben Zeit, zahlt direkte und indirekte Steuern wie jeder andere, was nicht der Fall wäre, würde man ihn einsperren.
Von Resozialisierung (die ist in einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Ungerechtigkeit Verbrechen immer wieder hervorbringt, sowieso illusionär) keine Rede – aber die Rechnung stimmt.

Den Dreck haben wir – das Geschäft die ÖMV

Grundwasservergiftung durch ÖMV-Ablagerungen



Öldeponie Zwölfaxing

"Gegen die ÖMV kommt ja keiner an", sagte uns ein Bauer aus der Gemeinde Zwölfaxing/NÖ, dessen Feld nur ein schmaler Weg und ein Drahtzaun von der riesigen Schottergrube trennt, in die seit Jahren die Tankwagen der ÖMV Altölrückstände leeren. "Außer dem Ölschlamm wird auch Müll abgeladen, wenn der Wind kommt, wird der Müll auf die Felder getragen. Noch vor kurzem haben wir alle drei Tage in stundenlanger Arbeit den Dreck vom Feld wegbringen müssen, damit die Kartons nicht in die Mähmaschine kommen. Diese Arbeit hat uns keiner bezahlt. Wir haben uns aufgeregt und die ÖMV hat daraufhin einen Zaun um die Deponie gelegt. Viel nutzt's ja nicht, aber noch ärger sind die Ölablagerungen."

Die Ölablagerstätten der ÖMV befinden sich in den Gebieten der Gemeinden Zwölfaxing und Schwechat und im Marchfeld. Das Grundwasser ist gefährdet oder bereits ungenießbar wie in Zwölfaxing. Für die aufgelassenen Schottergruben, in die das Altöl abgelassen wird, werden an die Grundeigentümer hohe Pachtgelder bezahlt. Die ÖMV steigt so immer noch billiger heraus, als vielleicht teure Verfahren zu entwickeln, um die Rückstände zu verwerten oder völlig zu beseitigen. Das würde die Profite schmälern und daran hat die Direktion kein Interesse. "Die Leute wollen Benzin haben, da muß man auch die Rückstände irgendwo deponieren", wurde den Bauern erklärt. Ob die Umwelt dabei draufgeht, darum kümmert sich die ÖMV nicht. Mit Benzin macht man heutzutage ein großes Geschäft.

Wenns ums Geschäft geht, kümmern sich auch die verantwortlichen Politiker nicht viel. Der oberste Wasserschutzbeamte von Niederösterreich, Mathias Bierbaum, Mitglied der Landesregierung, ist selbst in die Sache verwickelt: Seine Frau hat an die ÖMV eine aufgelassene Sandgrube bei Neusiedl an der Zaya verpachtet, in die laut Vertrag "vom 6. Februar 1974 bis 31. Dezember 1983 insgesamt 26.000 Kubikmeter Ölschlamm geschüttet werden." (Kurier, 23.8.)
"Ich kann ja nichts dafür, daß meine Frau diese Sandgrube besitzt", verteidigte sich Bierbaum. Das Geld aber, das seine Frau dafür einstreift, wird ihm sicher nicht weh tun.
Verantwortlich für die Genehmigung der Öldeponie in Zwölfaxing ist der Bürgermeister. Der aber hat bis jetzt nichts unternommen.
"Einmal haben wir gegen die ÖMV Anzeige erstattet", erzählte der Gemeindesekretär, "als ein LKW nichtgenehmigten Müll abgeladen hat. Aber was glauben Sie, wer die Strafe bekommen hat? Der Chauffeur!"
Der Bauer, mit dem wir zuerst gesprochen hatten, deutete uns an, daß die Herren in der Gemeinde von der ÖMV Schmiergelder bekommen haben. "Die müssen es ja genehmigt haben", sagte er, "und dabei könnten da Felder stehen. Aber den Dreck haben wir, das Geschäft die ÖMV."

H.H./A.Ger.

»Hochwasserhilfe«

Überflutungen in Niederösterreich



Das heurige Hochwasser hat für die Bauern von Enns einen enormen Schaden gebracht. Der Hof des Bauern, der uns über die "Hilfe" berichtete, liegt in einem besonders gefährdeten Gebiet, das fast alljährlich vom Hochwasser überflutet wird.
In einem normalen Jahr beträgt die Ernte an Weizen, Hafer und Mais an die 90.000 Schilling, von denen 80.000 Schilling an die Landwirtschaftsgenossenschaft für den Einkauf von Saatgut und Futtermittel abgehen. 10.000 S bleiben dann im Durchschnitt als jährlicher Gewinn.
Heuer kam durch die Katastrophe nur 30.000 S an Weizen und Hafer herein, der Bauer schätzt, daß er auf 50.000 S Schulden in der Genossenschaft kommen wird.
Die Herren Gemeinderäte beschlossen, 100.000 S aus dem Gemeindefond an die geschädigten Bauern als "Soforthilfe" auszubezahlen.
Der Bauer bekam 500 S!
Kommentar der Bäuerin zum Schriftstück, das ihnen die Gemeinde zuschickte: "Sie hätten dazuschreiben sollen: Sind Sie zufrieden, dann erzählen Sie es niemanden, sind Sie nicht zufrieden, dann verzeihen Sie uns, daß wir unseren Freunden besser geholfen haben."
Die Hochwasserspenden, die gesammelt wurden, werden durch die Landesregierung dazu benützt, einen Teil der Zinsen der Darlehen, die die Bauern bekommen haben, zurückzuzahlen. Den Banken, die die Zinsen für die Kredite einstreifen, fließen so die Spendengelder in die Taschen.
1965, als durch ein Hochwasser die gesamte Ernte vernichtet wurde, konnte der Bauer ein Darlehen bekommen, das allerdings auf drei Jahre befristet war. Die Vergabe ist zusätzlich von der finanziellen Lage der Bauern abhängig. Diejenigen, die schon verschuldet sind, können natürlich keinen Kredit aufnehmen.
Wie die Vertreter der Landesregierung mit den Bauern dabei umspringen zeigt folgendes Beispiel:
1972 stand das Wasser bei diesem Bauern "nur" bis an die Türschwelle. Der Bauer bekam keine Hilfe. Begründung: "Ihr Haus ist ja gar nicht überflutet, ihr wißt ja gar nicht, was das heißt." Heuer stand das Wasser 50 cm hoch eine Woche im Haus. Der Vertreter der Landesregierung sagte: "Im Haus macht das Wasser eh nix, ihr habt ja keinen Schaden davon."

m/m

Leidensweg Schwangerschaftsabbruch

Die Fristenlösung hat alles noch schlechter gemacht – das Abtreibungsverbot muß ersatzlos gestrichen werden

Im Mai 1975 habe ich mit der Pilleneinnahme ausgesetzt - schwanger. Aus persönlichen Gründen habe ich mich relativ spät zum Schwangerschaftsabbruch entschlossen.

Also Ende Juli im Hanusch-Krankenhaus bei der "Familienplanung" (natürlich nirgends ein Hinweis, wo diese ist und wann sie anwesend ist. Bei der gynäkologischen Ambulanz habe ich gefragt, ob ich hier richtig zur Familienplanung sei und bekam die trockene Antwort: "Ja, aber nur für Schwangerschaftsunterbrechungen!"). Dann habe ich mit fünf weiteren Frauen von 8-11 Uhr auf den Arzt, der dafür zuständig ist, gewartet und mit zwei dieser Frauen auch länger gesprochen. Auch sie halten die Fristenlösung für äußerst entwürdigend (man wird "ausgefratschelt"), und 1500 S sei viel zu teuer dafür, daß der Eingriff ohne Narkose und mit einem Tag Spitalsaufenthalt gemacht wird. Das müßte die Krankenkasse bezahlen.

Endlich kam der Arzt, untersuchte mich und lehnte mich mit der Bemerkung, daß man hier vier Wochen auf einen Termin warten müsse und ich in der 9.Woche sei (also nicht "in der Frist" bliebe) zur Aufnahme ab: "Ich kann Ihnen nur den Rat geben, sich so geschwind als möglich privat einen Arzt zu suchen." Woher ich das Geld dazu (ca. 10.000 S) nehmen sollte, konnte er mir nicht raten.

AUF DER SUCHE NACH EINEM PRIVATARZT:

Ich wußte nicht, wer in Wien überhaupt Abtreibungen macht, bekam aber einen Tip. Dieser Arzt sagte: "Ich würde Ihnen gern jederzeit zur Verfügung stehen, gehe aber morgen auf Urlaub" (ich fragte daher gar nicht mehr, wieviel er verlangen würde). Er schrieb mir einen Zettel mit "Bitte um Familienplanung" für die Semmelweißklinik, wohin ich sofort am nächsten Tag gehen sollte (weil ich mittlerweile schon in der 10.Woche schwanger war) bzw. privat weitersuchen könnte, weil "privat geht alles" (d.h. also auch nach Ablauf der Frist). Allerdings war er nicht bereit, einen entsprechenden Kollegen zu nennen.

Mit unwahrscheinlichem Glück gelang es mir, in den Besitz einer Indikation zu kommen (d.h. daß die Abtreibung wegen gesundheitlicher Gefahr auf Krankenkasse gemacht wird). Ich mußte damit in die Semmelweißklinik, weil die entsprechende Abteilung im Wilhelminenspital geschlossen hatte.

AUFNAHME IN DER KLINIK - OBERFLÄCHLICHE UNTERSUCHUNGEN

Bei der Familienplanung/ Semmelweißklinik war in einer halben Stunde alles erledigt: kurzes Gespräch mit Fürsorgerin und Ärztin, keine Untersuchung. Ich bekam einen Termin für die gleiche Woche zugesagt.

Freitag wurde ich schließlich aufgenommen, zweimal untersucht (für Aufnahmebefund und dann auf der Station) und es wurde mir mitgeteilt, daß nicht sofort abgesaugt oder curretiert werden könnte, weil das Kind zu groß sei. Der Oberarzt auf der Station fragte, warum ich nicht privat schon längst etwas unternommen hätte, wo es doch in Wien fünf Ärzte gibt, von denen bekannt ist, daß "sie so etwas" machen. Auf meinen Einwand, daß diese fünf Ärzte nicht sehr publik sein können, meinte er, daß man das wirklich jetzt bekannt machen müßte. Bei mir würde eine Instillation (Einspritzung) in die Gebärmutter gemacht, die eine Fehlgeburt verursachen sollte (und dann erst nachcurretiert).

DER EINGRIFF - VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT DER ÄRZTE

Samstag:
Ich mußte in den Operationssaal gehen, dort wurde ein Katheter in die Gebärmutter eingesetzt ("natürlich" ohne Narkose), dann zurück ins Zimmer ("natürlich"selbst gehen). Dann kam der Arzt, sagte mir, daß bei dieser Einspritzung bei 50% der Frauen "Nebenwirkungen" wie Atemnot und Hustenreiz auftreten und begann mit dem 1. Teil der Einspritzung (noch ohne Nebenwirkungen). Dann kam das dicke Ende, der 2.Teil der Einspritzung (Natrium-Chlorid): die angekündigten "Nebenwirkungen" waren noch das wenigste; es stellten sich außerdem sofort ein: ein totaler Krampf mit Zentrum im Bauch; heftiger brennender Schmerz im Hinterkopf und in den Schläfen, in den Brüsten; totale Gefühllosigkeit in Armen und Beinen. Der Blutdruck sauste auf 50/20 hinunter, der Puls war weg; Temperatur 38,8 Grad, unkontrollierbarer Schüttelfrost; Erbrechen (obwohl ich seit 2 Tagen nichts gegessen hatte)- das alles ca. eine Stunde lang. In dieser Stunde standen fünf Leute (2 Ärzte, 3 Schwestern) um mein Bett, packten mich in warme Decken, fühlten abwechselnd den nicht vorhandenen Puls und verpaßten mir endlich eine Infusion, die den Puls wieder brachte und den Blutdruck auf 110/80 hinauftrieb. Danach hatte ich den ganzen restlichen Tag und die folgende Nacht Wehen, zuerst alle fünf Minuten, dann abklingend bis zu halbstündigen Intervallen - aber nicht die gewünschte Fehlgeburt.

Sonntag:
Ich wurde sechs Stunden lang an eine Infusion (5prozentige Glucose-Lösung mit 20 Einheiten Drostin) gehängt, die die Geburt beschleunigen sollte. Abends bekam ich noch drei Injektionen in einstündigen Abständen; in der Nacht Wehen, aber noch immer keine Fehlgeburt.
Bei der Visite sagte ein anderer Oberarzt, daß am nächsten Tag, "auch wenn nichts abgeht", abgesaugt wird, "es ist ja gar nicht so groß, ich hätte gleich abgesaugt"(!!!), und jetzt sei auf alle Fälle"das ganze eh schon gelockert".

Montag:
Endlich auf dem Operationstisch mußte ich noch darum kämpfen, eine Narkose zu bekommen (obwohl auf Krankenkasse wegen Indikation!).
Montag abend bekam ich nach 4 Tagen das erste Essen (weil seit zwei Tagen immer damit gerechnet wurde, daß die Fehlgeburt stattfindet und wenn danach starke Blutungen auftreten, muß man gleich nüchtern zur Curretage bereit sein).

Dienstag früh wurde ich entlassen, ohne Untersuchung, ohne gefragt zu werden, ob ich mich nach dieser Tortur dazu auch in der Lage fühle.
Zwei Wochen nach der Saugcurretage bekam ich eine heftigste Eierstockentzündung, jetzt schon eine Woche lang, die erst langsam besser wird.

U.B.

Kinderaufziehen im Kapitalismus

Bei einem Agitationsstand am Brunnenmarkt erzählte mir eine Frau folgendes:

Sie ist Hausbesorgerin, Mutter von 4 Kindern - ihr Mann ist Präger. Seit seiner Jugend führt er bei der Arbeit immer dieselbe Armbewegung aus und hat davon schon ein schweres Rückenleiden. Eigentlich gehörte er bereits pensioniert, obwohl er noch nicht einmal 50 ist, aber die Familie kann es sich nicht leisten, von einer mageren Invalidenrente zu leben.
Vor zwei Jahren erwartete die Frau das vierte Kind. Sie verzweifelte fast und setzte alle Hebel in Bewegung, das Kind abtreiben zu lassen. Sie wußte um den schlechten Gesundheitszustand ihres Mannes, die feuchte Kellerwohnung, von der schon zwei ihrer Kinder Asthma hatten und die schlechte finanzielle Lage allgemein. Sie hatte keine Chance, das Kind abzutreiben, weil ihr die nötigen 6 000 Schilling dazu fehlten. Heute ist das Kind trotz alledem die große Freude der Familie, aber:

"Fleisch gibt's nur am Sonntag, den Urlaub müssen wir streichen, d.h. nicht, daß wir nicht wegfahren könnten, aber wenn wir zurückkämen, hätten wir auf Wochen hinaus nichts zu essen. Eine grössere Wohnung können wir uns nicht leisten, wir müssen uns halt weiterhin zusammendrücken in der zwei-Zimmer-Wohnung ohne Bad. Zwar haben wir das Gesundheitsamt verständigt, daß die Wohnung feucht und ungesund ist. Die Wohnung wurde daraufhin besichtigt und als unbewohnbar erklärt. Die Ersatzwohnung, die man uns anbot, hatte 3 Zimmer, Küche und Bad. Sie kostete 1 200 Schilling Miete und 85 000 S Ablöse. So gern wir die Wohnung genommen hätten - wir wären nie in der Lage gewesen, das Geld für die Miete, geschweige denn für den Kredit aufzubringen. Das Gesundheitsamt hatte seinen "guten Willen" bewiesen und verschwand auf Nimmerwiedersehen."

B.K.

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 50.- im Inland, S 60.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37. Einzahlung auf Konto Nr. BAWAG - Zentrale 00 66304 7, Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Redaktionsschluß: 6.9.75 Erscheinungstermin: 9.9.75
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

BERICHTIGUNG zum Artikel »Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein« aus Klassenkampf 8/75

An einer Passage meines Artikels in der letzten Nummer des Klassenkampf "Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein", der den Abschluß der KSZE behandelt, wurde von verschiedenen Seiten berechtigte Kritik geäußert.

Die Passage auf Seite 23, 1. Spalte, die mit den Worten "Über kurz oder lang werden die Imperialisten Europas auf die Schranken stoßen, die ihnen die Supermächte ziehen" beginnt und mit dem Satz endet: "Ihre Gesinnung ist um keinen Deut richtiger, als die der Supermächte", geht nicht von der Untersuchung der tatsächlichen Situation in Europa aus, sondern versucht, die Lage der Länder der 2. Welt einzig und allein aus dem allgemeinen Charakter des Imperialismus zu erklären. Eine solche Methode widerspricht dem Marxismus-Leninismus und muß zu falchen Ergebnissen führen. Die genannte Passage ist daher falsch. Die Länder der zweiten Welt suchen nach mehr Spielraum für ihre eigene imperialistische Politik. Das muß sie einerseits in immer größeren Widerspruch zu den Supermächten bringen, die nicht an größerer Selbständigkeit der europäischen Imperialisten interessiert sind, sondern an größerer Abhängigkeit und Kontrolle über diese Länder. Das läßt aber andererseits bei den meisten Regierungen dieser Länder den Wunsch zum Vater des Gedankens werden: Von der "Entspannung" erhoffen sie sich günstigere Bedingungen für die Ausweitung ihres Spielraumes - also lassen sie sich gegenwärtig auch leicht durch den Entspannungsbetrug der Supermächte täuschen und in Illusionen wiegen.

Gleichzeitig machen sich die beiden Supermächte bereits fertig zur Entscheidungsschlacht um die Kontrolle über die europäischen Staaten. Indem die europäischen Imperialisten auf den "Entspannungs"schwindel der Supermächte weitgehend hereinfallen, erleichtern sie diesen ihre Kriegsvorbereitungen. Setzen die europäischen Imperialisten heute noch auf die "Entspannung", so werden sie morgen schon - ihrer Illusionen beraubt - die Völker ihrer Länder in den Krieg zu treiben versuchen, wenn sie sich davon an der Seite einer der beiden Supermächte einen Vorteil für ihre Ausbeuterinteressen erhoffen.

H.W.

In dem oben angeführten Artikel sind eine Reihe von sinnstörenden Schreibfehlern enthalten. Der Artikel ist in der soeben erschienen Broschüre: "Die KPÖ - Keine Alternative" in einer korrigierten und leicht überarbeiteten Version enthalten.

Die Redaktion

Zivildiener verhindern ihre Versetzung

Acht Zivildiener, die im Krankenhaus Rudolfsstiftung arbeiten, sollten versetzt weden, da sie für folgende gerechte Forderungen eingetreten sind:
-Abschaffung der Zivildienstkommission
-Streikrecht für Zivildiener (ZD)
- Bezahlung der Fahrt zum und vom Arbeitsplatz
- zwei Wochen Urlaub

Diese Acht wollten Vertreter wählen und eine Versammlung für alle Zivildiener (derzeit 6o) einberufen, was ihnen aber verboten wurde. Dafür, daß sie sich gegen ihre rechtlose Lage (z.B. bei Arbeitsverweigerung 3oooS Strafe und die Möglichkeit, in den Wehrdienst versetzt zu werden) zur Wehr setzen und Forderungen aufstellen, sollten sie versetzt werden. Dank der Solidarität unter den Bediensteten im Krankenhaus, vor allem unter den Arbeitern, konnte mittels einer Unterschriftensammlung und der Androhung eines Hungerstreiks die Versetzung verhindert werden.

Die Forderung nach Abschaffung der Zivildienstkommission, die aus einem Richter, einem Psychologen und zwei Vertretern des Bundesjugendringes, der Arbeiterkammer und der Bundeswirtschaftskammer besteht, ist gerecht. Die vom Staat eingesetzte Kommission versucht natürlich, soviele wie möglich zum Wehrdienst einzuberufen: Von 3ooo Wehrdienstverweigerern können derzeit nur 6o den Zivildienst ableisten. In Wirklichkeit gibt es also kein Recht auf Wehrdienstverweigerung! Die Zivildiener sind vor allem Studenten und Mittelschüler, die sich genau begründete Argumente ausdenken, um verweigern zu können. Junge Arbeiter, die kurz und bündig sagen, sie wollen nicht ins Heer, weil sie dort unterdrückt und schikaniert werden, weil das Bundesheer nur zur Unterdrückung da ist, werden einfach abgelehnt und zum Wehrdienst einberufen.

Wir unterstützen den Kampf der Zivildiener gegen die Bevormundung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Wir müssen für das Recht auf Wehrdienstverweigerung eintreten, damit der bürgerliche Staat nicht willkürlich Wehrdienstverweigerer zum Dienst im Heer verpflichten kann. Wir unterstützen diese Jugendlichen, weil sie ihre Abneigung gegen das Bundesheer durch Verweigerung ausdrücken.

Es muß aber klar und unmißverständlich gesagt werden, daß man mit Wehrdienstverweigerung nichts daran ändern kann, daß das Bundesheer weiterbesteht, daß nach wie vor das Heer dafür eingesetzt werden soll, um die sogenannte "innere Ruhe", d.h. die Kapitalistenherrschaft aufrechtzuerhalten. Wehrdienstverweigerung ist der falsche Weg, man zieht sich vor der Wirklichkeit zurück, anstatt den Kampf gegen das Bundesheer und die Kapitalistenherrschaft aufzunehmen.

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um der Unterdrückung seitens der Kapitalistenklasse entgegenzutreten. Aus diesen Gründen sind wir nicht für die Verweigerung, sondern treten dafür ein, daß im Bundesheer politische Arbeit geleistet wird, um die Kapitalistenklasse zu schwächen und die Arbeiterklasse zu stärken.

A.K./R.K.

SCHULBEGINN: Gute Geschäfte für die Schulartikelindustrie

Zur guten Schulausrüstung eines Volksschülers gehört einiges: Schultasche (S 17o-S 4oo), Federpenal und Heftmappe(S 1oo- S 15o), Turnanzug(ab S 1oo) samt Beutel (S 25- S 75), Malsack mit Pinseln, Ölkreiden (ca25S), Deckfarben (S 5o-S7o), Buntstifte (S 12-S 3o) und Filzstifte (S 2o-S 1oo), Füllfeder und dazugehörige Patronen, Hausschuhe bei neuen Schulen (S 1oo) u.s.w. reißen ein tiefes Loch ins Budget vieler Familien, denn bei einem Schulanfänger kommt man unter 1ooo.-S nicht weg.

Viele dieser Utensilien sind nach einem Jahr wieder zu erneuern, sodaß auch die älteren Kinder die entsprechende Ausrüstung brauchen. Die Gemeinde stellt außer den Schulbüchern pro Kind Hefte, vier Bleistifte, zehn Zeichenblätter, fünf Ölkreiden, einen halben Bogen Packpapier, ab der 3.Volkschulklasse einen Borstenpinsel für drei Schüler, Deckfarben, Zeichenkohle und Federn zur Verfügung.

Bei einem sparsamen Lehrer reichen die Hefte höchstens bis Ostern- außer die Eltern mancher Kinder kaufen schon vorher die Hefte selbst. Die Farben der Malkästen sind minderwertig, geben nur matte Farben und zerbröseln, die Zeichenblätter reichen nicht einmal, wenn man das ganze Jahr über winzige Zeichnungen anfertigt.

Der Lehrer erhält für ein Schuljahr als Klassenpauschale S 7o. Davon soll er die Ausgaben für alle Arbeitsmittel der Klasse bestreiten. Tixo, Scheren, Filzstifte(Für das Anfertigen von Wandbildern im Unterricht etc), Klebstoff, Tuchtafelpapier... müßten von dieser Pauschale gekauft werden. Doch für S 7o kann man höchstens drei dicke Filzschreiber erstehen, also zahlen der Elternverein, die Eltern und oft der Lehrer das Nötige. Die Behörde deckt sich geschickt ab. Es gibt eine Vorschrift für Lehrer, daß sie keine Forderungen (Ankauf von Heften...) an die Eltern stellen dürfen.

In den ersten Schulwochen tröpfeln dann auch nach und nach die verschiedenen Zahlungsanforderungen für die Schülerversicherung (S8), das Rote Kreuz (S 5), das Jahrbuch (S 25), verschiedene Jugendheften und Broschüren (S 19 - S 24 im Halbjahr), Elternvereinsbeitrag (zwischen S 4o und S 1oo) und dergleichen ein und fressen ein weiteres Loch in die Geldbörsen der Eltern. Man hat zwar das Recht, diese Zahlungen abzulehnen, doch in der Praxis ist es schwer, davon Gebrauch zu machen. Das könnte dem Kind schaden. An manchen Schulen werden derlei widerspenstige Eltern auch in die Direktion zu einer Aussprache geladen. So kommen Eltern schulpflichtiger Kinder in den Genuß, doppelt für die Ausbildung ihrer Kinder zu zahlen. Einmal über die Steuern, damit der Staat die Ausbildung der Kinder "gewährleistet", das zweite Mal, damit die Kinder bessere Bedingungen vorfinden, um wirklich etwas lernen zu können.

Vorgesetzte, von Junglehrern auf diese Zustände angesprochen, erwidern, daß es uns heute eh so gut geht und daß früher alles viel schlechter war. Es stimmt, daß die Bedingungen früher noch schlechter waren. Aber Leute, die solche "Argumente" vorbringen, wollen damit nur erreichen, daß sich nichts ändert.

R.W.

Portugal: Mit Kompromissen kann der Widerspruch zwischen Revolution und Konterrevolution nicht gelöst werden

Heute geht es in Portugal nicht darum, ob KP oder SP oder beide zugleich an die Regierung kommen, wie die Zeitungen uns einzureden suchen. Die Frage, die entschieden werden muß ist, welche Klassen sollen herrschen unter Führung welcher Klasse? Sollen die Großgrundbesitzer und die Großbourgeoisie herrschen, oder sollen die Arbeiter, Bauern und Kleinbürger unter Führung der Arbeiterklasse herrschen? Für die Kapitalisten aller Schattierungen sieht die Sache anders aus. Die amerikanische, westdeutsche und sowjetische Bourgeoisie - sie alle strecken ihre Finger nach Portugal aus und jede von ihnen versucht, in Kollaboration mit der innerern Konterrevolution, über die Partei, die sie sich als Agentur im portugiesischen Volk hochgepäppelt hat, an die Macht zu kommen um die andere zurückzudrängen. Gemeinsam ist ihnen allen, daß sie dem portugiesischen Volk das Recht absprechen, seine inneren Angelegenheiten selber, d.h., durch die Revolution zu regeln.

Die Lage Portugals drängt nach einer Entscheidung

Die Entmachtung von Goncalves als Ministerpräsident hat die Lage in Portugal keineswegs beruhigt. Die Kräfteverhältnisse sind äußerst unklar, auch wenn die "gemäßigten" Offiziere um Antunes behaupten, sie hätten 80% der Streitkräfte und der Bevölkerung hinter sich für ihr Programm der pluralistischen Demokratie. "Heute kann kein Kommandant mehr sicher sein, ob ihm seine Truppen folgen." (ORF)

Die Frage der politischen Macht drängt auf eine Entscheidung. Kein einziges der anstehenden Probleme kann mehr entschieden werden, wird nicht diese Frage gelöst. Die Wirtschaft Portugals verfällt zusehends. Im Herbst sind die Goldreserven des Caetano-Regimes aufgezehrt. 9% der Bevölkerung sind arbeitslos. Die armen Bauern im Norden, die nur ein winziges Stück Land besitzen, sind weiterhin vom Großkapital abhängig, d.h. hoher Preis für Saatgut und Düngemittel, niedrige Preise und Absatzschwierigkeiten für die Produkte der Bauern. Ihre elende Lage treibt die Kleinbauern in die Arme der Reaktion, während die Landarbeiter im Süden mit der Enteignung der Großgrundbesitzer schon begonnen haben. (siehe nebenstehenden Artikel)

So kann es nicht weitergehen, weder für die Arbeiterklasse und die Volksmassen, noch für die in- und ausländische Bourgeoisie. Diese Situation verschärft das Ringen um die politische Macht enorm. Die vorhandenen Interessensgegensätze spiegeln sich auch in der MFA wieder und treiben auf eine offene Konfrontation zu.

Die Aufgaben, vor denen die Revolution heute steht, sind: Enteignung des ausländischen Kapitals, Enteignung der Großgrundbesitzer und Übernahme durch die Landarbeiter und Bauern, durchgreifende Maßnahmen zugunsten der Bauern.

All das kann nur durchgeführt werden, wenn die Volksmassen den bürgerlichen Staat zerschlagen und ihre eigenen Machtorgane an seine Stelle setzen.

Aber die Revolution zögert, diese Aufgaben anzugehen. Der Grund dafür ist das Fehlen einer anerkannten Avantgarde der Arbeiterklasse, die eine klare Marschrichtung angeben könnte.

Allerdings scheint in der letzten Zeit ein Sammlungsprozess der revolutionären Massen um die Plattform einiger COPCON-Offiziere unter General Calvalho stattzufinden. Gefordert wird darin u.a. die Durchführung einer "wirklichen Landreform im Übereinstimmung mit den Forderungen der Volksversammlungen und der anderen demokratisch gewählten Organe der kleinen und mittleren Bauern und der Landarbeiter im Süden " und "Portugal muß mit der Abhängigkeit vom Imperialismus Schluß machen, die der Grund für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist".

Die Imperialisten verstärken ihre Rivalität

Mit auffallender Häufigkeit werfen die beiden Supermächte sich in der letzten Zeit gegenseitig Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals vor. Die "Prawda" vom 28.8. klagt, daß "gewiße kapitalistische Kreise des Westens versuchen, dem Volk von Portugal eine politische Entscheidung aufzuzwingen, die die Feinde des revolutionären Prozesses begünstigt." US-Vizepräsident Rockefeller stellte daraufhin fest, daß diese Anklagen "ein Nebelschleier dafür sind, was die Sowjets selbst dort machen." Beide haben recht, beide haben ihre Finger in Portugal und versuchen kräftig mitzumischen. Warum das so ist, ist klar und die Amerikaner machen sich nicht einmal die Mühe, es zu verschweigen: "Die Einmischung fremder Mächte in ein Land, das ein alter Freund und Verbündeter von uns ist, ist unverträglich mit den Prinzipien der europäischen Sicherheit." Die amerikanischen Imperialisten wollen eine alte Einflußsphäre erhalten, die Sozialimperialisten eine neue erlangen; Portugal ist ein strategisch wichtiger Punkt an der Westflanke Europas.

Auch die EWG mit den westdeutschen Imperialisten an der Spitze haben etwas zu verlieren in Portugal. Der westdeutsche Imperialismus ist immerhin die größte ausländische Kapitalmacht in Portugal. Seine Kapitalanlagen sind von 1965 bis 1974 von 28 Millionen auf 3oo Millionen DM gestiegen.

Die Sorge um ihre Interessen zwingt die Imperialisten zu offenen Interventionsdrohungen. Der westdeutsche Bundeskanzler Schmidt forderte in einem Interview dazu auf, "dritten Ländern klar zu machen, 'daß wir nicht gewillt sind, an der Westflanke des Bündnisses ein Vakuum entstehen zu lassen.' Die Entspannungsbemühungen dürften nicht 'den Willen aushöhlen, alle zur Verteidigung unserer Lebensinteressen notwendigen Schritte zu unternehmen.'" (Süddeutsche Zeitung)

Wie die beiden Supermächte betrachtet auch Schmidt das portugiesische Volk als etwas, worauf man herumtrampeln kann, wenn es gilt, die "Lebensinteressen" der Imperialisten durchzusetzen.

Bei ihren Einmischungsversuchen setzen die Imperialisten auf die verschiedenen politischen Parteien, die sie selber geschaffen haben als mächtige Agenturen unter den Volksmassen.

Die US-Imperialisten haben mit ihrem Spinola bisher nicht viel Glück gehabt. Nach zwei gescheiterten Putschversuchen sind sie aber immer noch voll Tatendrang. Gerade die jetzige schwierige Lage läßt sie wieder hoffen, und Spinola teilt immer öfter aus seinem brasilianischen Exil mit, er wolle wieder nach Europa zurückkehren und eine aktive Rolle in der portugiesischen Politik spielen. (Presse 3.9.) Sie wittern Morgenluft, weil die reaktionärsten Kräfte innerhalb Portugals darangegangen sind, die offene Konterrevolution zu organisieren und es ihnen gelungen ist, Teile der Kleinbauern im Norden und Teile der Kleinbourgeoisie auf ihre Seite zu ziehen.

Die Sowjetunion setzt auf die Revisionisten. 4o Millionen Dollar hat sie bis jetzt an Zuwendungen an die KPP in dieses Unternehmen investiert. Aber die KP Cunhals stieß mit ihrer Absicht, den bürgerlichen Staatsapparat zu übernehmen und sich an einem staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erfreuen beim portugiesischen Volk auf keine große Gegenliebe. In der Plattform der COPCON-Offiziere wird festgestellt: "Die Ersetzung der faschistischen Verwaltung erfolgte in der Mehrzahl der Fälle durch Elemente der Klein- und Mittelbourgeoisie, die der PCP (portug. KP) und der MPD/CDE anhängen und die sich als unfähig erwiesen, die prinzipiellen bestehenden Probleme zu lösen." Auch die Arbeiter in den Fabriken beginnen sich vom Einfluß der Revisionisten zu lösen. So berichtet der Kurier vom 4.9. von den Arbeitern der Lissabonner Schraubenfabrik "Sociedade de Parafudos", die den Besitzer samt Management ausgesperrt und den Betrieb selber übernommen hatten: "Unter den 230 Arbeitern der Fabrik herrscht eine fröhliche Atmosphäre... Was sie nicht verstehen können, ist der Umstand, daß es die beiden Ratgeber aus dem kommunistisch geführten Arbeitsministerium ablehnten, ihnen höhere Löhne zu gewähren. 'Jetzt haben wir die zwei auch davongejagt, wir machen das alles einfach selber', erzählte mir einer aus dem achtköpfigen Arbeiterrat .... Sie haben nun statt zwei vier Wochen Urlaub."

Der westeuropäischen Monopolbourgeoisie liebstes Kind ist die SP, die für die Freiheit des Privateigentums, also die Freiheit der Geldsäcke, die Arbeiter auszubeuten, eintritt.

Die Entscheidung wird mit Gewalt herbeigeführt werden

Das Ringen der Imperialisten um Einfluß in Portugal und die Widersprüche zwischen der Revolution und dem in- und ausländischen Großkapital und der Reaktion können nicht mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Das Unternehmerblatt "Presse" stellt fest: "Das verzweifelte Bemühen des portugiesischen Staatspräsidenten Costa Gomes, einen drohenden Bürgerkrieg .... zu verhindern, hat ... zur einer Verschärfung der Spannungen geführt."

Andererseits will jede der bürgerlichen Parteien auch eine offene, gewaltsame Kon-

Eine entscheidende Front, an der über Sieg oder Niederlage der Revolution in Portugal entschieden wird, ist der Kampf um die Landreform. In diesem Kampf geht es um die Herstellung und Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern in den Städten und der Masse der Landarbeiter und Bauern, die ein Drittel der ganzen portugiesischen Bevölkerung stellen und die einen beträchtlichen Teil des nationalen Reichtums produzieren.

Der Kampf um die Landreform im Süden Portugals

Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus einem Bericht eines Korrespondenten der KVZ über die Fortschritte und die noch vorhandenen Schranken der Revolution im Süden Portugals.

Im Süden Portugals, im Alentejo ist es heiß und trocken. Die Landschaft ist bestimmt von Korkeichen, von denen überall Kork geschält worden ist. Selten sieht man ein Feld, eine Viehherde. Ein winziges Schild am Straßenrand mit der Aufschrift C.A.E.V. weist in einen ausgefahrenen Sandweg. Über ihn erreichen wir die "Cooperativa Agricola Estrela Vermelha", die Landgenossenschaft Roter Stern. Sie besteht seit dem 17. Februar 1975.

"Wie sah die Situation vor dem 25. April 1974 bei Euch aus?"

"Alles Land hier gehörte einem gewissen Enrique Barreidas. Er wohnt in Lissabon, man hat ihn hier niemals gesehen. Ihm gehörten 35.000 Hektar. Davon hat er fast nichts genutzt. Er hat nur Vieh weiden lassen auf dem unbebauten Land und hat jedes Jahr Kork schälen lassen. Deshalb hatten die meisten von uns keine Arbeit. Hier auf diesem Hof, der den Kern unserer Genossenschaft bildet, beschäftigte er nur sechs Leute. Heute sind wir 120, und dabei benutzen wir nur 3.000 Hektar von seinem Land, und das mit einer anderen Genossenschaft zusammen."

Das Gesetz der Regierung

Das war die Situation im Alentejo: *Drei Familien besaßen fast die gesamte Provinz. Intensive Nutzung des Bodens gab es nur, wenn sich Landarbeiter fanden, die zu einem Pachtvertrag bereit waren.* Ein solcher Vertrag war wie ein Pakt mit dem Teufel: Schriftliche Verträge gab es nicht; der Großgrundbesitzer gab nie eine Unterschrift. Er verlangte die Hälfte der Pacht mitten in der Aussaat und behauptete nach der Ernte, er hätte noch gar keine Pacht erhalten. Er setzte die Pacht in Geld fest, verlangte aber die Bezahlung in landwirtschaftlichen Produkten, deren Geldwert er selbst bestimmte. Oft war es schlimmer Pächter zu sein als arbeitslos.

Das Landreformgesetz der Regierung vom April dieses Jahres setzt dagegen fest: Enteignung allen ungenutzten Bodens über 500 Hektar bei bewässertem Land in Privatbesitz; Pachtverträge nur noch schriftlich unter Kontrolle des staatlichen Instituts für die Reorganisation der Landwirtschaft IRA; Bezahlung der Pacht nur in Geld und über Konten der staatlichen Banken; Festsetzung der Höchstsummen für Verpachtung; Sofortkredite für Genossenschaften und Familienbetriebe bei 6,5 % Verzinsung und Abzahlung durch Abnahmegarantie für die Produkte.

Dieses Gesetz ist heute eine Waffe in der Hand des Volkes. Die Entstehung der Genossenschaft "Roter Stern" zeigt, daß es kein Geschenk der provisorischen Regierung an das Volk, sondern das Ergebnis des revolutionären Willens der Landarbeiter ist.

Die Landgenossenschaft »Roter Stern«, eine Kommune in Portugal

"Wir haben hier im Februar angefangen, weil wir alle arbeitslos waren. Es gab damals noch kein Gesetz über die Landreform, weder für ungenutzten noch für bebauten Boden. Wir haben nur unbebautes Land besetzt, das heißt, wir haben einfach angefangen, es zu bearbeiten. Wir haben drei Kommissionen gewählt: eine für die Verwaltung, eine für Handels- und Absatzfragen und eine für technische Probleme. Alle Kommissionsmitglieder werden für ein Jahr gewählt, können aber jederzeit von der Vollversammlung der Genossenschaft abgewählt werden. Bis auf zwei Genossen von der Verwaltungskommission arbeiten alle mit auf dem Feld, und die zwei Genossen, die ständig für die Verwaltung arbeiten, haben mehr als genug zu tun, um ihre Aufgabe zu bewältigen.
So sind wir seit Februar gut vorangekommen. Unsere erste Ernte fängt gerade an. Jetzt sind wir beim Schälen der Korkeichen, auch die Eukalyptus-Ernte ist schon dran. Bald kommen der Reis, die Tomaten, der Mais."

Die Genossenschaft "Roter Stern" ist eine von den Kommunen, die seit dem April des vergangenen Jahres entstanden sind, sich selbst organisiert haben und große Erfolge vorweisen können. Sie sind der Grund dafür, daß die Regierung dazu gebracht werden konnte, das Gesetz über die Landreform zu erlassen. Und diese "Genossenschaften" sind in Wahrheit schon Kommunen. Die Landarbeiter haben sich zusammengetan, nicht um das Land zu verteilen, sondern die Arbeit. Das Land gehört allen, ebenso wie die Erzeugnisse.

"Habt ihr etwas davon erfahren, daß Euch die Arbeiter in den Städten unterstützen?"

"Wir haben sehr, sehr viel Unterstützung erfahren. An jedem Wochenende sind Arbeiter aus allen möglichen Städten zu uns gekommen, um uns bei der Arbeit zu helfen. Manchmal waren es 300, einmal sogar 700. Auch die Studenten helfen uns viel. Das Maisfeld, das Du dort siehst, ist von Studenten angelegt worden; vor fünf Monaten standen dort noch Gestrüpp und Disteln. Morgen kommen wieder hundert Studenten. Am nächsten Wochenende erwarten wir zweihundert Bankangestellte."

"Und welche Pläne habt Ihr?"

"Wir wollen unsere Ernte möglichst so weit verarbeiten, daß wir sie direkt an Ladenketten oder Supermärkte verkaufen können."

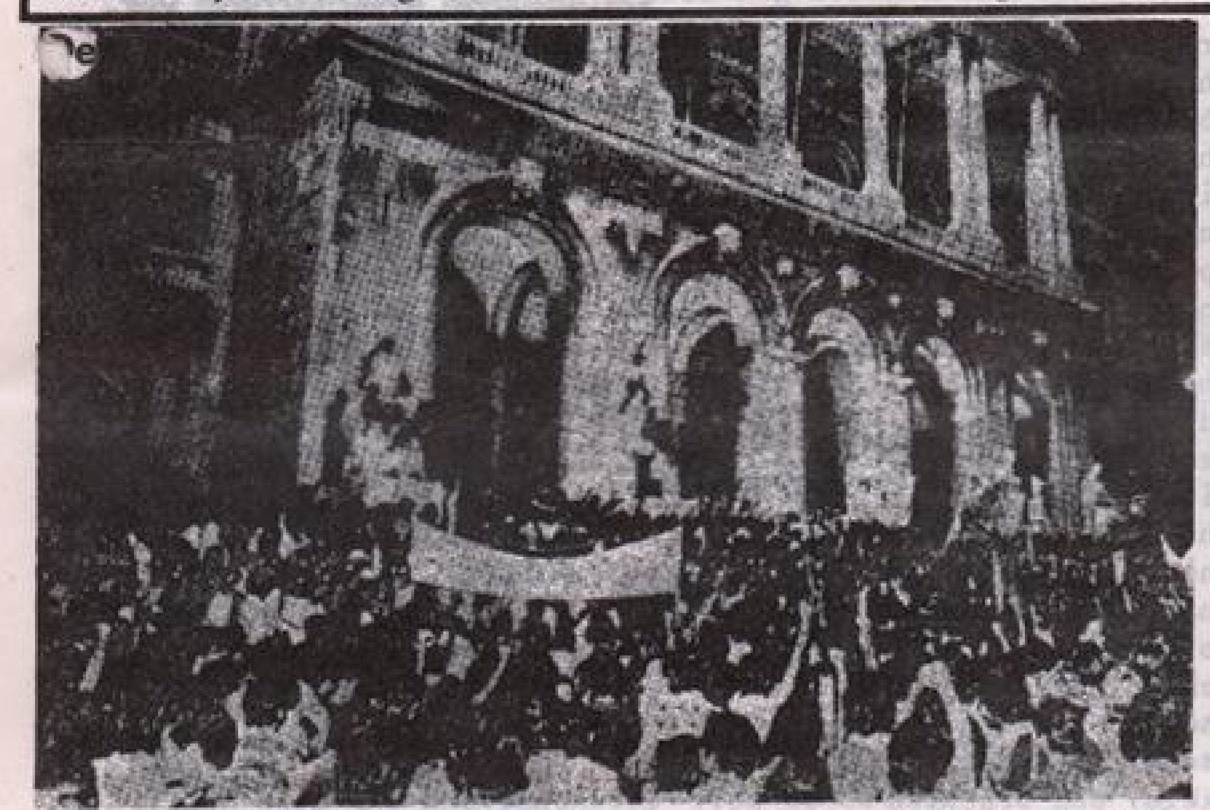
"Der alte Besitzer hat sich überhaupt nicht gerührt?"

"Von ihm haben wir gar nichts gehört. Aber wir bewachen unser Land Tag und Nacht."

"Und wenn etwas los sein sollte? Was wollt Ihr dann machen?"
"Wir haben unsere Waffen. Sonst hätte eine Bewachung ja keinen Sinn."

So kurz wie diese Antworten sind alle Sätze der Genossen, mit denen wir gesprochen haben.

Fortsetzung nächste Seite



Lissabon. Etwa 100.000 Menschen - überwiegend Arbeiter, Soldaten und Bauern aus den umliegenden Kooperativen - folgten dem Aufruf der Arbeiter- und Stadtteilräte von Lissabon. Sie demonstrierten unter den folgenden Forderungen: "Gegen den Faschismus, gegen das Kapital - die Offensive des Volkes! Tod dem ELP und denen, die es unterstützen! (ELP ist die faschistische 'Widerstandsarmee', die sich in Spanien formiert hat.) - Gegen alle Spielarten dem Imperialismus - nationale Unabhängigkeit! - Gegen die Supermächte - für das Bündnis mit der 3. Welt! - Gegen die Arbeitslosigkeit - Recht auf Arbeit! - Es leben die Bauern - Brüder der Arbeiter! - Schluß mit dem Elend der Bauern! - Schluß mit den Latifundien und den Ausbeutern der Bauern! - Revolutionäre Streitkräft an die Seite des arbeitenden Volkes! - Sofortige Verwirklichung des COPCON-Dokuments! - Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen! - Soldaten für immer an der Seite des Volkes! - Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung - jetzt! - Arbeiter, Bauern, Volksversammlungen!" Die Demonstration war die größte in Lissabon seit dem 1. Mai.

frontation vermeiden, nicht weil sie um das Blut des portugiesischen Volkes fürchten, sondern: Die KP, weil sie um ihren geringen und weiter schwindenden Einfluß weiß und deshalb ihren Plan der direkten und alleinigen Übernahme des Staates verschieben mußte; vorläufig setzt sie auf die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie. Die SP, weil die Kräfteverhältnisse unklar sind und sie des Sieges nicht gewiß sein kann. Die äußerste Rechte unter Spinola kann sowieso nur auf das Gelingen des nächsten Putsches hoffen. Daß das Volk zum Spielball dieser Gruppierungen und zum Anhängsel der verschiedenen Kräfte der Konterrevolution wird, kann nur durch eine entschlossene und bewußte Vorbereitung der Entscheidung durch die revolutionären Kräfte verhindert werden. Die Revolution kann ihre Aufgaben nur anpacken gestützt auf die bewaffnete Volksmacht. Dazu aber muß die Arbeiterklasse ihre Führung durchsetzen im Kampf gegen Revisionisten und Reformisten. C.R.



Mao Tsetung/Khieu Samphan

Freundschaftsbesuch Kambodschas in der VR China

Auf Einladung der Regierung der VR-China stattete eine kambodschanische Delegation vom 15.-18.August der Volksrepublik China einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Die Delegation wurde geleitet von Khieu Samphan, stellvertretender Ministerpräsident der GRUNK und Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte, und Ieng Sary, stellvertretender Ministerpräsident. In herzlicher Atmosphäre konnte Übereinstimmung in wichtigen Fragen hergestellt werden. Im gemeinsamen Kommuniqué wird u.a. festgestellt:

"Beide Seiten vertreten die Auffassung, daß die gegenwärtige internationale Situation ausgezeichnet ist. Die revolutionären Völker der Welt erwachen rasch und ihre Kräfte nehmen an Stärke zu. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und die Völker wollen Revolution - dies ist eine unaufhaltsame Strömung der Geschichte. Sie erschüttert heftig die alte, auf Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus beruhende Ordnung, beschleunigt den Zerfall und Zusammenbruch aller dekadenten reaktionären Kräfte. Die ganze Welt ist in Aufruhr und Unruhe. Die Grundwidersprüche in der Welt spitzen sich zu. Die Rivalität der zwei Supermächte um die Hegemonie über die Welt verschärft sich immer mehr. Die Faktoren zu einem neuen Weltkrieg wachsen an. Die Völker aller Länder müssen darauf vorbereitet sein. Falls die Imperialisten es wagen, einen neuen Krieg vom Zaune zu brechen, wird er ihren Untergang beschleunigen und zu neuen Siegen der Revolution der Völker der Welt führen.Ob der Krieg die Revolution hervorruft, oder die Revolution den Krieg verhindert, die Zukunft der Welt ist strahlend hell."

PORTUGAL...

ben. In ihnen spiegelt sich das Selbstvertrauen, das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern in der Lage ist, besser und menschenwürdiger zu produzieren als der Kapitalismus; denn sie hat alle dafür notwendigen Fähigkeiten: Obwohl 70 % der Landarbeiter der Genossenschaft "Roter Stern" weder lesen noch schreiben können, ist der Ertrag auf ihren Flächen heute schon höher als bei allen Großgrundbesitzern der Umgebung.

Die Landreform muss weitergehen

Bei diesen ersten Erfolgen der Arbeiter und Landarbeiter darf die Landreform nicht stehenbleiben. Wie soll es weitergehen?

Das Volk muß die nächsten Schritte bestimmen, es darf nicht warten. Schon lassen die Großgrundbesitzer das Vieh schlachten, lassen sie sich Kredite geben, um die neuen Mindestlöhne zahlen zu können, und verschwinden damit ins Ausland, fälchen sie Unterschriften, um an die Kredite für Familienbetriebe heranzukommen, treiben sie Vieh nach Spanien über die Grenze. Wenn die Landarbeiter in dieser Situation nicht sofort entschieden voranschreiten, werden sie ihre bisher erreichten Positionen nicht halten können.

Was kann sich die Konterrevolution jetzt Besseres wünschen als ängstliches Zögern des Volkes? Es kommt jetzt darauf an, die Landreform sofort durchzusetzen, und das Volk allein ist dazu imstande. Hier haben die Kommunisten eine große Aufgabe zu bewältigen; unter der Losung "Landreform sofort nach den Wünschen der Landarbeiter und der armen Bauern", die schon an vielen Mauern auftaucht, arbeiten sie daran, das Volk zusammenzufassen und vorwärtszuführen.

I, z.Z.Sagres/Algarve

Sowjetische Sozialimperial asiatischen Staaten

Bis vor einigen Jahren noch war Südostasien eine Domäne des US-Imperialismus. Doch das Bild hat sich gewandelt. Das Streben der Entwicklungsländer nach Unabhängigkeit und Befreiung drängt den Einfluß der US-Imperialisten immer mehr zurück. Der sowjetische Sozialimperialismus versucht nun verstärkt, sich diese Strömung zunutze zu machen und seinen Einfluß und die Kontrolle über dieses Gebiet zu verstärken. Dabei stößt er auf den immer stärkeren Widerstand der asiatischen Völker und Staaten, die sich von seinem "System der kollektiven Sicherheit in Asien" nicht täuschen lassen.

Expansion und Subversion auf dem indischen Subkontinent

Bereits zu Beginn der 60er-Jahre setzten die Sowjetrevisionisten erste entschiedene Schritte, um ihren Einfluß in Asien auszudehnen. Dabei nützten sie zuerst geschickt die expansionistischen Bestrebungen der indischen Reaktionäre aus, gewährten ihnen militärische und wirtschaftliche Hilfe und schickten ihnen "Spezialisten" und "Berater". Auf diese Weise durchdrangen sie verschiedene Bereiche der indischen Wirtschaft und Gesellschaft und festigten ihre Kontrolle. Sie unterstützten Indien in seinen expansionistischen Abenteuern (wie im Falle Kaschmir, Pakistan, Nepal und Sikkim) und brachten es so politisch, ökonomisch und militärisch immer stärker in ihre Abhängigkeit.

Heute sind die Sozialimperialisten die eigentlichen Herren Indiens. Sie kontrollieren die Eisen- und Stahlerzeugung, die Ölraffinierung und die gesamte Energiewirtschaft. Im August 1971 wurde ein indisch-sowjetischer Vertrag über "Freundschaft und Zusammenarbeit" abgeschlossen, der seinem Wesen nach nichts anderes als ein gegen die Interessen der asiatischen Völker gerichtetes militärisches Bündnis ist.

Drei Monate später griff Indien mit sowjetischer Waffenhilfe Pakistan an. Während der Kriegshandlungen weilten hohe sowjetische Funktionäre in Neu-Delhi, um persönlich den indischen Aggressionsfeldzug zu überwachen. Dreimal brachte die Sowjetunion im UNO-Sicherheitsrat Anträge auf sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und Abzug der indischen Truppen vom pakistanischen Territorium durch ihr Veto zu Fall. Der Krieg verstärkte neuerlich den Einfluß der Sowjetunion auf dem indischen Subkontinent.

Aber die Abtrennung der pakistanischen Provinz Ost-Bengalen und die Bildung des Indien- und SU-freundlichen Bangla Desh genügte ihnen nicht. Bald darauf begannen sie schon, im Nordwesten Pakistans seperatistische Bewegungen massiv zu unterstützen, die sich die Abtrennung der Provinz Belutschistan zum Ziel setzten. Die seperatistischen "Guerillas" werden von sowjetischen Militärfachleuten ausgebildet und mit sowjetischen Waffen versorgt. Die Sowjetunion hofft, auf diese Weise Pakistan noch mehr zu zerstückeln und einen Korridor über Afghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean zu erhalten.

Sowjetische Kriegsschiffe verletzen die Souveränität asiatischer Staaten

Indien ist eine äußerst wichtige Basis für die Sowjetunion, um ihre strategischen Ziele in Asien durchsetzen zu können. Über Indien versuchen die Sozialimperialisten die Durchfahrt im Indischen Ozean für sich abzusichern, die für ihre Expansion in den ganzen südostasiatischen Raum entscheidend ist. Seit 1969 patrouillieren stets mehr als 20 sowjetische Kriegsschiffe im Indischen Ozean. Sie sichern eine strategische Linie der Sozialimperialisten ab, die sich vom Mittelmeer über den Suezkanal und das Rote Meer, den Arabischen Golf, den Golf von Bengalen und die Malakka-Straße bis zum Südchinesischen Meer erstreckt.

Es ist klar, daß sich die sowjetische Expansionspolitik nur gegen die asiatischen Völker durchsetzen läßt, die kein Interesse an der Anwesenheit irgendeiner Supermacht in den Gebieten und Gewässern ihrer Länder haben. Wie wenig sich die Sozialimperialisten um die Souveränitätsrechte anderer Länder scheren, läßt sich gut anhand des Beispiels der Malakka-Straße zeigen.

Im Jahre 1971 gaben die Regierungen von Malaysia, Indonesien und Singapur in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, daß sie die Malakka- und die Singapur-Straße gemeinsam verwalten. Aber ungeachtet der Souveränität der Küstenländer an diesen Meeres-Straßen bestand die Sowjetunion darauf, daß ihre Kriegsschiffe das Recht auf die "freie Durchfahrt" durch die Malakka-Straße erhalten müssen. Sie entsandte mehrmals ihre Flot-

isten bedrohen die

te, die ohne Erlaubnis die Malakka-Straße passierte und so die Hoheitsgewässer der Küstenländer wie die Hochsee behandelte.

Was hinter dem sowjetischen Plan eines »kollektiven Sicherheitssystems« steckt

Die Sozialimperialisten lassen es sich angelegen sein, die US-Imperialisten in ihrem Zynismus noch zu übertreffen. Genau die Supermacht, die Indien ausbeutet und kontrolliert, die an der Zerstückelung Pakistans maßgeblich beteiligt war, die mit ihren Kriegsschiffen viele asiatische Länder bedroht und unverhohlen erpreßt, spielte sich hier als "Friedensmacht" auf. 1969, als die antichinesische Hysterie in der SU einen Höhepunkt erreichte und sowjetische Truppen die chinesische Insel Dschenbao angriffen, legten die Kremlherren erstmals ihren Plan zur Schaffung eines "kollektiven Sicherheitssystems in Asien" vor. Dieses "Sicherheitssystem" sollte auf den Prinzipien der "Nichtanwendung von Gewalt", der "Respektierung der Souveränität der Länder" und der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten", der "Nichtverletzung der Grenzen", der "Entwicklung der Wirtschaft" usw., usf. beruhen. Die SU erklärte sich großzügig dazu bereit, die "Garantie" für ein solches Sicherheitssystem zu übernehmen. Die Absicht, die damals hinter dem "kollektiven Sicherheitssystem" steckte, war hauptsächlich die, in ganz Asien Staaten für ihren sozialimperialistischen Plan der Einkreisung und Bedrohung der VR-China zu gewinnen und sie zuerst mit Hilfe bilateraler Verträge an die SU zu binden. Inzwischen haben sich die Vorstellungen, die die Kremlzaren mit dem "kollektiven Sicherheitssystem" verbinden, etwas geändert. Sie spielen zwar immer noch gerne mit dem Gedanken, die VR-China militärisch zu überfallen und haben ihre Provokationen an der chinesischen Grenze nicht aufgegeben. Heute aber sind sie hauptsächlich darauf aus, mit Hilfe ihres Planes ihre Positionen im Kampf mit den USA um die Vorherrschaft in Asien zu stärken, die asiatischen Länder untereinander zu spalten und die kleinen und mittelgroßen Länder Asiens in ihre Einflußsphäre einzubeziehen. Das hat nichts mit Friedenspolitik, alles aber mit imperialistischer Hegemoniepolitik zu tun.
Wenn die Sozialimperialisten ein aufrichtiges Interesse an der Sicherung des Friedens in Asien hätten, wüßten sie, was sie dazu tun müßten. Sie müßten ihre Stützpunkte und Häfen in den asiatischen Staaten schleifen und ihre Kriegsschiffe aus dem Indischen und dem Pazifischen Ozean zurückbeordern. Sie müßten ihre Truppen aus der Mongolei und von der chinesischen Grenze abziehen. Sie müßten aufhören, unberechtigte Gebietsforderungen an die VR-China zu stellen und die vier Inseln an Japan zurückgeben, die sie immer noch widerrechtlich besetzt halten. Sie müßten mit ihrer Politik der Subversion und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der asiatischen Länder aufhören und mit der Ausplünderung asiatischer Staaten Schluß machen.

Der Widerstand der asiatischen Länder

Die Regierungen von Burma und Sri Lanka (Ceylon) gaben bereits 1969 Stellungnahmen ab, in denen sie darauf hinwiesen, daß die asiatischen Länder durchaus allein dazu imstande sind, friedlich zu koexistieren und daß gerade die bedrohliche Präsenz fremder Mächte in Süd- und Südostasien dem Frieden in diesem Raum entgegenstehe. Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Prinz Sihanouk, bezeichnete das sowjetische "kollektive Sicherheitssystem" als nicht annehmbar. Die im "Verband südostasiatischer Nationen" (ASEAN) zusammengeschlossenen Staaten (Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand) treten dafür ein, Südostasien zu "einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität, frei von jeder Form oder Art der Einmischung durch äußere Mächte" zu machen. Um die Neutralisierung Südostasiens zu fördern, haben die fünf ASEAN-Staaten in den letzten fünf Jahren ihre Beziehungen immer enger gestaltet.
Sie weigern sich beharrlich, ihre Neutraliätspolitik in den sowjetischen Plan zur Schaffung eines "kollektiven Sicherheitssystems in Asien" einzubauen - trotz offener Drohungen und hinterhältiger propagandistischer Manöver der Sozialimperialisten.
Die sowjetischen Sozialimperialisten treten in die Fußstapfen des US-Imperialismus. Das wird ihnen nicht gut bekommen. Die asiatischen Völker, die dem US-Imperialismus heftige Niederlagen bereitet haben, werden nicht dazu bereit sein, "den Tiger durch die Hintertür hereinzulassen, während der Wolf an der Vordertür zurückgeschlagen wird".

K.P.Sch.

Tanzam-Eisenbahn fertiggestellt!

Die Tanzam-Bahn oder, wie sie in Afrika genannt wird, "Bahn der Freiheit", ist 18 Monate vor dem vorgesehenen Termin fertiggestellt worden. Mit ihrem Bau war begonnen worden, um Sambia aus dem Würgegriff der portugiesischen und rhodesischen Siedler zu befreien, da die einzigen Bahnverbindungen zur Küste bisher über Angola (die Benguelabahn) und Rhodesien gingen, was stets Anlaß zu politischen Erpressungsversuchen gegenüber der sambischen Regierung war.
Die Bahn wurde mit Hilfe der VR-China gebaut. Ein langfristiger, praktisch zinsenloser Kredit diente zur Finanzierung. Die Bahn wurde nicht mit teuren Baumaschinen und hochspezialisierten chinesischen Fachleuten gebaut, wie das die Imperialisten machen, um über die benötigten Ersatzteile und "Berater" andere Länder gängeln und ausplündern zu können. Es wurde hauptsächlich auf im Land vorhandene Möglichkeiten zurückgegriffen, sodaß den betreffenden Ländern Sambia und Tansania die Erhaltung der Bahn ohne ausländische Mittel möglich sein wird. Gleichzeitig mit dem Bau wurden die afrikanischen Arbeiter von ihren chinesischen Kollegen ausgebildet, sodaß jetzt mit der Fertigstellung auch bereits das benötigte afrikanische Fachpersonal da ist und sich auch hier keine Abhängigkeit vom Ausland ergeben kann.
Diese Bahn, die seit ihrer Projektierung stets den Zweck hatte, der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten zu dienen, ist ein weiterer Erfolg der afrikanischen Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus und ein glänzendes Beispiel für den proletarischen Internationalismus.

LAOS: Eine revolutionäre Verwaltung in Vientiane

Auf einer Massenkundgebung in Vientiane, an der an die 200.000 Menschen teilnahmen, wurde eine neue Stadtverwaltung unter Vorsitz des Pathet Lao-Vertreters Phimphachanh geschaffen. Mit der Umbildung der Verwaltung in Luang Prabang eine Woche zuvor sind in allen Städten und Dörfern von Laos die Reaktionäre, die die US-Einmischung im Land aufrechterhalten wollten, aus der Verwaltung entfernt worden.
Die neue Verwaltung betonte in der ersten Erklärung die Unabhängigkeit von Laos und forderte die Koalitionsregierung auf, die Bestimmungen des Vientianer Abkommens durchzuführen. In Spruchbändern forderten die Massen den Abzug aller US-Berater und das Ende der amerikanischen Einmischung.
Die Ultra Reaktionäre, die auf Betreiben der USA von ihrem Zufluchtsort in Thailand aus immer wieder in Laos intervenieren, und die USA, die die Koalitionsregierung mit wirtschaftlichen Repressionen unter Druck zu setzen versuchten, haben eine neue schwere Niederlage erlitten.

SPANIEN: Fortsetzung von Seite 1

Richterliche Ermächtigung für Hausdurchsuchungen ist nicht mehr nötig; auf alle Delikte, die mit "Terrorismus" zusammenhängen, ist die Maximalstrafe anzuwenden - u.a. die Todesstrafe. Einen Tag vor dem Prozeß gegen die 2 Basken trat dieses Gesetz in Kraft. Daß es sich nicht gegen einige "Terroristen" richtet, sondern gegen jeden, auch den geringsten Widerstand gegen die Franco-Herrschaft, zeigt die Tatsache, daß gestützt auf dieses Gesetz noch am selben Tag 4 Wochenzeitungen beschlagnahmt wurden, die über den Prozeß berichteten.

Verzweifelt versucht das Franco-Regime, die anhaltende Unruhe im Volk, die im letzten Jahr einen großen Aufschwung erlebt hat, mit äußerster Gewalt zu ersticken. Diesen Todesurteilen sollen in den nächsten Tagen weitere folgen - Pro-



zesse, die wegen des großen Widerstandes im spanischen Volk lang verschoben werden mußten, werden jetzt durchgepeitscht. Aber das spanische Volk hat sich auf diese "Offensive", auf die Prozesse gut vorbereitet. Schon lange ist festgestanden: Generalstreik im Baskenland bei Eröffnung der Prozesse! Nach bisherigen Meldungen streikten in den baskischen Provinzen 130.000 Menschen, in mehreren Städten kam es zu stürmischen Demonstrationen.

Israelisch-ägyptisches Abkommen:

Ein amerikanischer Friede ist ein fauler Friede

Nach 11 Tagen regen Reiseverkehrs zwischen Jerusalem, Alexandria und Damaskus kehrte US-Außenminister Kissinger mit einem neuen Abkommen zwischen Israel und Ägypten in die USA zurück. Zum 11. Mal war er ausgezogen, um einen "Schritt zum Frieden und der Sicherheit" zu vermitteln.

Was wird in dem Vertrag gesichert? Er besteht aus 4 Teilen:

1. Vereinbarungen über den neuen Verlauf der Truppentrennungslinien. Israel "verzichtet auf ein Siebentel der besetzten Sinai-Halbinsel". Politische Abmachungen über den Verzicht auf Gewalt und die "Verpflichtung zur Friedenssuche".
2. Ein Anhang mit Richtlinien über die technische Durchführung.
3. Ein Dokument über die Stationierung von US-Technikern in acht Frühwarnstationen auf Sinai.
4. Ein Geheimdokument über massive Rüstungslieferungen und Wirtschaftshilfe der USA an Israel.

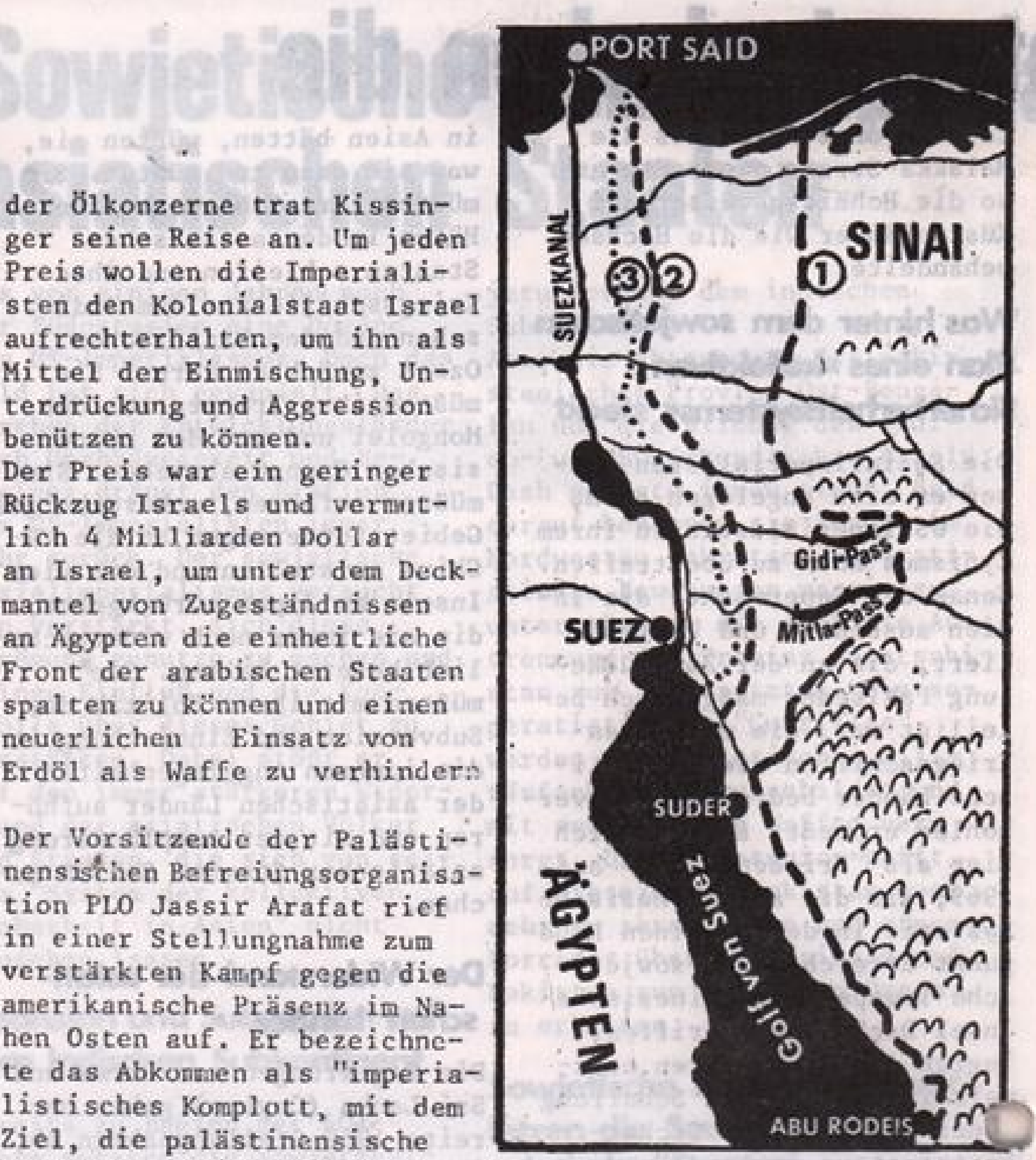
Das bedeutet also:

1. Die weitere Besetzung ägyptischen Territoriums durch Israel.
2. Die Präsenz der amerikanischen Imperialisten im Nahen Osten. Daß es sich bei den amerikanischen "Technikern" um CIA-Agenten handeln wird, war in Kissingers Begleitmannschaft ein offenes Geheimnis. (laut "Süddeutsche Zeitung" vom 27.8.)
3. Die weitere Aufrüstung und Stärkung des imperialistischen Wachhundes im Nahen Osten, Israel.

Warum die amerikanischen Imperialisten mit äußerster Verbissenheit um dieses Teilabkommen kämpften, warum sie sogar bereit sind, Israel "Entschädigung" für das widerrechtlich besetzte Erdölfeld Abu-Rodeis zu zahlen, legte Kissinger vor dem Antritt seiner Nah-Ostreise bei einer Rede in Atlanta in unverblümter Offenheit dar: "Unsere wichtigen Interessen in der arabischen Welt sind: ein Gebiet von mehr als 150 Millionen Menschen, die sich auf den größten Ölreserven der Welt befinden." Nicht weil sich die amerikanischen Imperialisten plötzlich in Friedensengel verwandelt hätten - für die Riesenprofite der Ölkonzerne trat Kissinger seine Reise an. Um jeden Preis wollen die Imperialisten den Kolonialstaat Israel aufrechterhalten, um ihn als Mittel der Einmischung, Unterdrückung und Aggression benützen zu können.

Der Preis war ein geringer Rückzug Israels und vermutlich 4 Milliarden Dollar an Israel, um unter dem Deckmantel von Zugeständnissen an Ägypten die einheitliche Front der arabischen Staaten spalten zu können und einen neuerlichen Einsatz von Erdöl als Waffe zu verhindern.

Der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO Jassir Arafat rief in einer Stellungnahme zum verstärkten Kampf gegen die amerikanische Präsenz im Nahen Osten auf. Er bezeichnete das Abkommen als "imperialistisches Komplott, mit dem Ziel, die palästinensische Sache zu liquidieren". Arafat bekräftigte seine Überzeugung, daß dieses Komplott am ungebrochenen Willen des palästinensischen Volkes scheitern werde und rief zur Einigkeit im Kampf gegen die Anwesenheit der USA in diesem Gebiet auf.



Das neue Truppenentflechtungs-Abkommen sieht einen Rückzug Israels von Linie 2 auf Linie 1 vor. In der UNO-Pufferzone zwischen diesen beiden Linien liegen die strategisch wichtigen Pässe und die Frühwarnstationen. Ägyptische Truppen rücken von Linie 3 auf Linie 2 (in die bisherige Pufferzone) vor. Ägypten erhält einen entmilitarisierten Zugang zu den Ölfeldern von Abu Rodeis.

Kampf um gewerkschaftliche Organisierung

Erfolge der türkischen Landarbeiter

3000 Landarbeiter und arme Bauern aus Sazliköy, die auf dem Besitz des Grundherrn (Aga) Hilmi Firat in der Söke-Ebene in der Westtürkei leben und sich für niedrigsten Tagelohn als Baumwollpflücker verdingen müssen, sind am 26. Juni in den Streik getreten und haben das Land besetzt. Die dringlichsten Forderungen der Landarbeiter waren:

1. Erhöhung der Löhne; gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal ob Mann oder Frau.

2. Beseitigung des Systems der Arbeitsvermittler (Dayibasi), die als Vertrauensleute des Grundherrn billige Arbeitskräfte aus allen Gebieten der Türkei anheuern. Die Landarbeiter werden von diesen Leuten bezüglich ihres Arbeitsplatzes in größter Abhängigkeit gehalten und müssen ihnen einen Prozentanteil des Bruttolohnes als Abgabe zahlen.

3. Einhaltung des gesetzlich garantierten 8-Stunden-Tages.

4. Anerkennung der Landarbeitergewerkschaft (Toprak Is), die Anfang des Jahres unter Führung türkischer Marxisten-Leninisten (Türkische Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Partei) gegründet worden war und die den Streik organisiert hatte.

Der Grundherr und sein Gesinde, die Gendarmerie, der Bürgermeister und Polizeikommandant von Söke versuchten alles Mögliche, um die gewerkschaftliche Einheit der Landarbeiter zu spalten und ihren Kampfgeist zu brechen. Sie versuchten, Teilen der Landarbeiter aus anderen Teilen der Türkei als Streikbrecher einzusetzen. Das Ergebnis aber war, daß diese sich mit den kämpfenden Landarbeitern solidarisierten und jetzt das Beispiel ihres heldenhaften Kampfes auch in den entferntesten Gebieten der Türkei verbreiten.

Sie versuchten weiters, die Arbeiter einzeln zu bestechen, damit sie aus der Gewerkschaft austreten und sie schwächen, mit dem Ergebnis, daß der Widerstand nur noch mutiger und entschlossener wurde. Sie haben schließlich am 30. Juni den Vorsitzenden der Gewerkschaft, drei Vorstandmitglieder und weitere acht Landarbeiter und -arbeiterinnen verhaften und brutal mißhandeln lassen. Die Gewerkschaftsführer wurden angeklagt, daß sie die "Arbeitsfreiheit durch Gewalt beseitigen wollten". Polizei und Gendarmerie prügelten brutal die Bauern und Arbeiter nieder, die nach Söke gekommen waren, um der Verhandlung beizuwohnen, und verwehrten ihnen den Eintritt. Eine Frau hat dabei ihr Kind verloren. Als das alles den Widerstand nicht brechen konnte und der Ernte die Vernichtung drohte, mußte der Grundherr schließlich einen Vertrag mit der Gewerkschaft schließen und praktisch alle Forderungen der Landarbeiter erfüllen. Die Gewerkschaftsführer mußten unter dem Druck der kämpfenden Landarbeiter und den Protesten zahlreicher fortschrittlicher Organisationen und Vereinigungen aus allen Teilen der Türkei freigesprochen werden.

Die wichtigste Errungenschaft war die Anerkennung der Toprak-Is-Gewerkschaft. Der Kampf der türkischen Landarbeiter für die gewerkschaftliche Organisierung und für ihre dringlichsten Forderungen ist damit einen Schritt weitergekommen.

W.G./E.S.

ZIMBABWE:
Verfassungskonferenz abgebrochen

Am 25.8. haben zwischen Vertretern des ANC (Dachverband aller Befreiungsbewegungen in Zimbabwe) und dem Führer des rhodesischen Siedlerregimes Jan Smith, Verfassungsgespräche stattgefunden. Smith mußte der Abhaltung der Konferenz zustimmen unter dem Druck des erfolgreichen Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und der entschlossenen Haltung des ANC, den bewaffneten Kampf zu verstärken, falls es nicht zu einer Verfassungskonferenz auf der Grundlage "sofortige Regierung der Mehrheit" kommen sollte.

Der ANC betonte, daß es über nichts mehr und nichts weniger zu verhandeln gibt, als darüber, wie die Macht von der Minderheit (275.ooo Weiße) auf die Mehrheit (6 Millionen Afrikaner) übergehen soll. Und was bot Smith an? Eine Regierungsbeteiligung der Afrikaner, die jedoch die Führungsrolle der weißen Minderheit nicht in Frage stellen darf! Eine solche Lösung ist selbstverständlich unannehmbar für das afrikanische Volk. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

Aus den Erfahrungen Chiles lernen

Über viele Fragen herrscht in der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus noch Uneinigkeit und Verwirrung. Warum konnte der Putsch Pinochets sich gegen das Volk durchsetzen? War die Politik der Unidad Popular richtig und revolutionär? Wie müssen sich die revolutionären Volksmassen zum bürgerlichen Staat verhalten? Wenn wir in diesen Fragen Klarheit haben, können wir den chilenischen Widerstand noch besser unterstützen und für unseren Kampf gegen die österreichische Kapitalistenklasse daraus lernen, denn in beiden Ländern herrscht die Kapitalistenklasse, in beiden Ländern kämpft die Arbeiterklasse für die Beseitigung der Ausbeuterordnung.

1. Der konterrevolutionären Gewalt kann nur mit revolutionärer Gewalt begegnet werden!

Die Allende-Regierung verwirklichte eine Reihe von Maßnahmen, die sich gegen die Ausplünderung der Bodenschätze Chiles durch das US-Finanzkapital, die Kontrolle des in- und ausländischen Monopolkapitals über die chilenische Wirtschaft und den Großgrundbesitz richten: Verstaatlichung der großen Kupferminen, der Großbetriebe und Banken, Landreform u.a.. Schon allein diese Maßnahmen mußten ihr den Haß der chilenischen und der US-Monopolbourgoisie sowie der Großgrundbesitzer zuziehen. Sie ermöglichte aber auch eine freie Entfaltung des Klassenkampfes: Die Arbeiter und die Armen in Stadt und Land gingen über die Pläne der Regierung hinaus und verlangten nicht nur die Enteignung einzelner Kapitalisten, sondern die Beseitigung des Kapitalismus, nicht nur eine Regierung, die Verbesserungen bringt, sondern die politische Macht für das Volk. Die revolutionäre Massenbewegung war den Interessen der Ausbeuter des chilenischen Volkes noch mehr zuwider: durch die Maßnahmen der Regierung hatten sie schon einiges verloren, die revolutionären Massen drohten, ihnen alles wegzunehmen. Kein Wunder, daß sie da die Regierung stürzen und die revolutionären Massen niederschlagen wollten.
Der Militärputsch wurde seit dem Regierungsantritt Allendes vorbereitet. Die reaktionären bürgerlichen Parteien erzwangen von Allende im Parlament die Zusicherung, daß er das Berufsheer und die Polizei nicht durch eine Volksmiliz ersetzen werde. Die chilenischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten wußten genau, daß Armee und Polizei die wichtigsten Stützen ihrer Herrschaft waren. Trotzdem sagte Allende immer wieder, daß er auf den verfassungstreuen Charakter der chilenischen Streitkräfte vertraue. Die Regierung und die KP Chiles, die in ihr dominierte, versicherten den Arbeiter- und Volksmassen ununterbrochen, daß das Militär nicht putschen werde, solange man sich in den Grenzen der Legalität halte. Spätestens ab dem gescheiterten Putschversuch im Juni 1973 war klar, daß ein Bürgerkrieg bevorstand und daß darin die Armee die Hauptstütze der konterrevolutionären Kräfte sein würde. Aber die Regierung vertraute weiterhin auf den verfassungstreuen Charakter der Streitkräfte und weigerte sich, die revolutionären Massen zubewaffnen. Statt dessen versuchte sie in Verhandlungen mit den reaktionären bürgerlichen Parteien zu einer Lösung zu kommen, was nur um den Preis einer vollständigen Kapitulation möglich gewesen wäre. Die KP verbreitete die Parole "Nein zu Bürgerkrieg!" und behauptete, daß die Linksradikalen, d.h. die revolutionären Massen die Reaktion zum Angriff provozieren würden. Sie hat die Vorbereitung der Massen auf den bewaffneten Kampf durch ihre Propaganda über den verfassungstreuen Charakter der Streitkräfte ideologisch und durch bestimmte Maßnahmen auch praktisch sabotiert.
Es ist daher richtig, wenn man sagt, daß die Regierung der Unidad Popular und die KP Chiles die Hauptschuldigen am Gelingen des Putsches vom 11. September 1973 waren. Die Schlußfolgerungen aus dieser Erfahrung der chilenischen Arbeiterklasse kann nur sein: die Arbeiterklasse muß sich, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums verfügt, darauf vorbereiten, den Widerstand der Ausbeuter mit Waffengewalt zu brechen und der konterrevolutionären Gewalt entgegenzutreten.

2. Der bürgerliche Staatsapparat ist kein geeignetes Werkzeug für den Aufbau des Sozialismus

Illusion des friedlichen Wegs zum Sozialismus war nicht der einzige Fehler der Unidad Popular. Sie sah im bürgerlichen Staatsapparat das "Hauptwerkzeug des Aufbaus einer Neuen Gesellschaft" (Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles). Diese Politik scheiterte nicht erst durch den Putsch eines Teils des bürgerlichen Staatsapparates, des Militärs, sondern bereits vorher.
Einerseits sabotierten die reaktionären Beamten alle fortschrittlichen Maßnahmen der Allende Regierung, insbesonders die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Justiz fällte laufend Urteile gegen die Regierung und revolutionäre Menschen. Im Parlament, wo die reaktionären bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten, wurde alles getan, um die Reformen der Regierung zu Fall zu bringen.
Aber die Unidad Popular und die KP nahmen nicht Kurs darauf, die Volksmassen zu mobilisieren, um diesen alten Staatsapparat hinwegzufegen, sondern sie versuchten, sich in ihm einzunisten und ihn zu "übernehmen". Der Druck des bürgerlichen Staatsapparates, seine ungeheure Bürokratie, der Druck von Polizei, Justiz, Militär und damit die Möglichkeit der Ausbeuterklassen, die Revolution zu sabotieren, blieb erhalten. Deswegen begannen die Massen mit dem Aufbau eigener Organe, von Organen der Volksmacht, die vom bürgerlichen Staatsapparat und der Regierung unabhängig waren. Diese Organe waren jederzeit auf Wunsch der Mehrheit ihrer Wähler abwählbar und an die Aufträge ihrer Wähler gebunden. Sie organisierten das Volk, um durch Entlarvung, Ausübung von Druck, durch Kontrolle und Unterordnung der staatlichen Bürokratie unter ihre Macht den Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu führen, mit dem Ziel seiner Zerstörung. Die Organe der Volksmacht übernahmen die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit in den Fabriken und Wohngebieten und entwickelten ihre eigenen Formen der Rechtsprechung. Sie begannen sich in Organe der politischen Kämpfe der Arbeiter- und Volksmassen zur Eroberung der Macht zu verwandeln, denn die Arbeiter verstanden sehr wohl, daß es nichts nützt, daß eine Regierung in ihrem Namen spricht, wenn sie nicht selbst die Macht haben. Während sich die Organe der Volksmacht im Verlauf der UP-Regierung entwickelten, zerfiel die Unidad Popular zusehends. Sie war zur Regierung gekommen als eine Wahlkoalition auf der Grundlage des bürgerlichen Parlamentarismus; die Einheit der Massen hatte sie nicht im Kampf sondern bloß die Einheit der Wahlstimmen in der Urne hergestellt. In dem Moment, wo sich die Klassenkämpfe verschärften, erwies sie sich für die Arbeiter- und Volksmassen als ungeeignetes Instrument. Am Vortag des Putsches war sie praktisch gespalten und handlungsunfähig. Die Einheit der Massen existierte nur mehr in der Gestalt der verschiedenen Volksmachtorgane, die allerdings unbewaffnet waren, was ein wichtiger Grund für den Sieg des Putsches war. Die chilenische Arbeiterklasse hatte so die Erfahrung gemacht, daß sie nicht den bürgerlichen Staatsapparat, sondern dessen Zerschlagung und die bewaffnete Volksmacht braucht, um zu siegen und die soziale Revolution durchzuführen. Im Widerstand gegen die faschistische Militärjunta haben die revolutionären Massen demgemäß nicht an die Unidad Popular, sondern an die Erfahrungen mit dem Poder Popular angeschlossen, weil eben nur solche, von den Massen getragene demokratische Organe die Einheit im Kampf garantieren.
Über 2000 Komitees des Volkswiderstandes haben sich schon gebildet, die den Widerstand in Fabriken, Betrieben und Büros, in den Wohnvierteln, Schulen und Universitäten organisieren.

Sie nützen die Möglichkeiten legaler, halblegaler und illegaler Arbeit in den Gewerkschaften, in den Nachbarschafts- und Mütterzentren, in den Gruppen des Friedenskomitees, kirchlichen und Sportvereinigungen aus.

Ein Kommiteemitglied:

"Auf meinem Arbeitsplatz arbeiten wir heimlich als Gewerkschaft. Wir treffen uns, um Beschlüsse zu fassen, politische Diskussionen zu führen und versuchen, die Arbeiter zu vereinigen, da wir überzeugt sind, daß wir jetzt mehr als je zusammenstehen müssen. Wir haben auf indirekte Weise auf die Unternehmer Druck ausgeübt und auf diese Weise schon einige Verbesserungen erhalten: einen Monatslohn zu Ostern, außer dem gesetzlich bestimmten....
Unser Komitee ist bereit, bis zur äußersten Konsequenz zu kämpfen, die Gorilla-Regierung zu stürzen, die die Arbeiterklasse und ihre Führer ermordet. Jedes Verbrechen wird vergolten werden. Wir sind überzeugt, daß das Volk eines Tages, in nicht allzuweiter Ferne, diese Kriminellen, die heute unsere Brüder abschlachten, richten wird..."
(Nachrichten vom Widerstand Juni 75)

L.K./Red.

VR CHINA: Ein neues Leben

Voriges Jahr besuchten zwei Mitglieder des Kommunistischen Bundes Wien gemeinsam mit zwei Genossen der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRAÖ-ml) auf Einladung des chinesischen Büros für Freundschaft mit dem Ausland die Volksrepublik China.
Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge aus dem ersten Kapitel des Reiseberichtes der beiden Genossen des KB-Wien "Ein Besuch in der VR-China".
Red.

Das Leben in den chinesischen Städten und Dörfern ist von einer heiteren Ruhe und Gelassenheit gekennzeichnet, die der ausländische Besucher, der die nervenzermürbende Hast der kapitalistischen Großstädte gewohnt ist, sofort angenehm bemerkt.

EINE CHINESISCHE STADT

Die neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen prägen jede Einzelheit des Lebens im sozialistischen China. Das chinesische Volk gestaltet seine Umwelt bewußt so, daß sie den ständig steigenden Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern gerecht wird. Im Mittelpunkt steht der Mensch, die Erhaltung und Entwicklung seiner körperlichen und geistigen Gesundheit. Die Millionenstadt Peking ist - was die Ruhe und die gute Luft betrifft - eher mit einem Kurort als mit einer Stadt wie Wien zu vergleichen. Man hat den Eindruck, man befindet sich in einer riesigen Park- und Gartenanlage, die von breiten Straßen durchzogen ist und in die sich Wohnhäuser, große Gebäude wie Fabriken und Ämter organisch einfügen. Das Straßenbild wird beherrscht von Fußgängern und Radfahrern. PKWs gibt es nicht im Privatbesitz, man sieht nur wenige davon, dafür mehr Lastkraftwägen und öffentliche Verkehrsmittel. Die Stadt ist nicht zerrissen in Wohnsiedlungen, Industrieviertel und Geschäfts- und Verwaltungszentren. Die Arbeiter wohnen zumeist in unmittelbarer Nähe der Fabrik, in der sie arbeiten. Klar, daß sie schon aus diesem Grund allergrößten Wert auf den Schutz der Umwelt vor Industrieabfällen u.ä. legen.
Die einheitliche Gestaltung der Städte bewirkt auch, daß das Problem der Massenbeförderung, an dem die kapitalistischen Stadtplaner hoffnungslos herumbasteln, in China relativ einfach zu lösen ist. Es besteht gar nicht mehr die Notwendigkeit, große Menschenmassen in kurzen Zeiträumen über große Entfernungen zu ihren Arbeitsstätten zu transportieren. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind sehr gut ausgebaut und werden nicht durch chaotischen Individualverkehr behindert.
Die Verkehrsverhältnisse und die gesamte, menschenwürdige und gesunde Gestaltung der Umwelt macht die ganze Stadt zu einem Paradies für Kinder. Zusätzlich gibt es noch großangelegte Kinderspielplätze. Umzäunte Grünflächen oder ein "Betreten des Rasens verboten" haben wir nirgends gesehen. Die historischen Plätze und Museen der Städte sind voll von Arbeitern, Bauern, Soldaten der Volksarmee und Jugendlichen, die sich - zumeist in Gruppen - die Sehenswürdigkeiten ansehen. Uns ist - besonders in Peking - aufgefallen, daß es verhältnismässig wenige Gaststätten und Teehäuser gibt. Die chinesischen Genossen haben uns das damit erklärt, daß die Arbeitsstätten zugleich die Zentren des gesamten gesellschaftlichen Lebens sind. In fast allen Fabriken, Verwaltungsgebäuden, Schulen usw. gibt es Aufenthaltsräume und Kantinen, in denen die Menschen gemeinsam auch die Freizeit verbringen. Die Arbeiter besuchen sich häufig gegenseitig in den verschiedenen Fabriken, tauschen ihre Erfahrungen aus, organisieren gemeinsam sportliche Wettkämpfe und kulturelle Aktivitäten. Weitere Treffpunkte der Werktätigen sind die Arbeiterklubs, die ebenfalls Veranstaltungen, Fortbildungskurse u.ä. organisieren. Entsprechende Einrichtungen für die Schuljugend sind die Pionierpaläste.

Arbeitspause in der Raffinerie "Der Osten erglüht" (ein Teil der Petrochemischen Hauptfabrik Pekings)

Das alles zeigt schon, daß die Gestaltung der Freizeit in China grundsätzlich verschieden ist von dem, was wir im Kapitalismus unter Freizeit kennen.
Der erste Unterschied ist der, daß die chinesischen Werktätigen die Freizeit nicht "konsumieren". Es gibt hier keine Freizeitindustrie, die sich die Kapitalisten bei uns als zusätzliches Mittel zur Ausplünderung der Volksmassen geschaffen haben. Die chinesischen Werktätigen widmen sich in ihrer Freizeit intensiv und aktiv der Politik, der Kultur und dem Sport. Zweitens wird diese Freizeit hauptsächlich gemeinsam, im Rahmen des sozialistischen Kollektivs verbracht. Die Arbeiter organisieren von den Fabriken aus häufig Ausflüge, in den Fabriken gibt es Theatergruppen, Singkreise und vieles mehr. Drittens ist die Freizeit nicht von der Arbeit getrennt. Dadurch, daß der Arbeiter ein anderes Verhältnis zu seiner Arbeit hat, entsteht bei ihm gar nicht erst das Bedürfnis, in der Freizeit die Arbeit zu vergessen und zu verdrängen.
Von "Freizeit" im Sozialismus sollte man daher strenggenommen gar nicht sprechen.
Der Begriff ist auf die kapitalistischen Verhältnisse zugeschnitten, wo man bei der Arbeit eben nicht frei ist. Das wird durch diesen Begriff zugegeben. Zugleich versucht er uns einzureden, daß man nach der Arbeit im Kapitalismus "frei" ist, während man in Wirklichkeit nach dem Arbeitstag meistens so zerschunden ist, daß man mit seiner arbeitsfreien Zeit nicht viel anderes mehr machen kann, als ein Bier zu trinken, ins Kino zu gehen oder Schillinge in die Musicbox zu werfen. Im Sozialismus hingegen dient beides, die Zeit, in der man arbeitet und die, in der man nicht arbeitet, der Förderung der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung der Werktätigen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben.

In ihrer Hetzpropaganda gegen den Sozialismus behaupten die Kapitalisten oft, daß der sozialistische Kollektivismus die freie Entfaltung des Einzelnen behindert.
Sie meinen damit, daß es im Sozialismus nicht mehr für den Einzelnen möglich ist, sich auf Kosten der anderen, indem er sie ausbeutet, "frei zu entfalten". Damit haben sie zweifellos recht. Weiters behaupten sie, daß das Leben im Sozialismus eintönig und gleichförmig sei, wobei sie meist darauf hinweisen, daß es in China keine Kleidermode gibt. Es ist richtig, daß die chinesischen Werktätigen verhältnismäßig einheitlich gekleidet sind. Vorherrschend sind blaue, grüne und graue Jacken und Hosen aus Baumwolle, weit und bequem geschnitten, mit großen Taschen, einfache und bequeme Schuhe und Sandalen. Die chinesischen Frauen und Mädchen schminken sich nicht, stecken sich keine falschen Wimpern auf, färben sich ihre Haare nicht um, zwängen sich nicht in enge Hosen oder Röcke und tragen auch keine Stöckelschuhe. Die männliche Jugend versucht nicht, sich durch lange Haare und zerfranste Kleidung ein exotische Aussehen zu verleihen.
Und den eleganten Herren im grauen Nadelstreif mit Zigarr goldener Armbanduhr und männlich-herber Duftnote gibt es in Peking auch nur unter den Diplomaten der kapitalistische und revisionistischen Länder.
Die chinesischen Werktätigen tragen eine Kleidung, die ihren Bedürfnissen entspricht, die ihrem Leben als Werktätige entspricht. Sie haben nicht das Bedürfnis, sich voneinander abzugrenzen, sich untereinander mit immer ausgefalleneren Kleidungsstücken auszustechen und schon gar nicht, jedes Jahr einer neuen Modetorheit nachzurennen.
Die chinesischen Werktätigen sind stolz auf ihre Klassenzugehörigkeit. Wie sie sich politisch zusammenschließen, um die Revolution fortzusetzen, so entwickeln sie auch gemeinsam ihre neue, lebenskräftige proletarische Kultur und Lebensart, die sich radikal von der egoistischen, fauligen und dekadenten Kultur und Lebensart der Bourgeoisie unterscheidet.